

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



TRUMP UND DIE
NEOLIBERALE
WELTORDNUNG

INHALT

die internationale

Migration

Schluss mit der unmenschlichen Einwanderungspolitik!, Büro der IV. Internationale..... 3

Ökonomie

Wachstumswende – der Weg zur Nachhaltigkeit? Wolfgang Cürten..... 7

Theorie

Zum Verhältnis von Marx und Freud, Helmut Dahmer..... 15

inprekorr

Portugal

Ein portugiesisches Märchen, Catarina Principe..... 20

Griechenland

Griechenlands Martyrium geht weiter, Michel Husson..... 26

Mexiko

Pack schlägt sich, Pack verträgt sich, Manuel Aguilar Mora..... 30

Nicaragua

Volksaufstand in Nicaragua gestoppt – für den Augenblick, Dan La Botz..... 35

Friedlicher Aufstand des Volkes, Fernando Cerezal..... 41

USA

USA-Dossier, Ein Dossier mit 4 Beiträgen..... 46

Trump und die neoliberale Weltordnung, Tom Bramble..... 56

letzte Seite

Sommer 1938: André Breton und Leo Trotzki treffen sich in Mexiko, Michael Löwy..... 64

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

SCHLUSS MIT DER UNMENSCHLICHEN EINWANDERUNGSPOLITIK!

Büro der IV. Internationale

■ In Trumps USA werden Kinder von ihren Familien getrennt und in Käfige gesperrt; Tausende Menschen ertrinken auf ihrem Weg über das Mittelmeer; Schiffe, die Migrant*innen transportieren, wird in Salvinis Italien das Recht verweigert, italienische Häfen anzulaufen; in Orbans Ungarn ist es jetzt ein Verbrechen, Flüchtlingen zu helfen; 370 000 Rohingya fliehen aus Myanmar nach Bangladesch aufgrund eines weiteren Angriffs des Militärs und wegen der von der Regierung zu verantwortenden Massaker; Zehntausende von Wirtschaftsflüchtlingen aus Haiti und Venezuela strömen in die Länder Südamerikas; über fünf Millionen syrische Flüchtlinge haben ihr Land verlassen und noch mehr Syrer sind im Lande selbst auf der Flucht ... Die Machthaber*innen in Europa und den Staaten des amerikanischen Kontinents sind in einer unheiligen Hexenjagd auf das Schreckgespenst „Migrant*innen“ vereint: eine breitgefächerte Allianz, die Rechtspopulist*innen und die traurigen Reste der traditionellen Sozialdemokratie umfasst. Salvini und Macron, Putin und Trump – Chauvinisten aus dem Osten und dem Westen, französische Liberale und deutsche Polizei ...

Die Eskalation der Unmenschlichkeit

Trumps neuester Angriff auf Migrant*innen aus Mexiko, Mittelamerika und anderen Teilen der Welt, die versuchen, in die Vereinigten Staaten zu kommen, hat eine erschreckende Stufe der Unmenschlichkeit erreicht. In den letzten Wochen, vor allem im Juni, wurden Tausende von Fällen bekannt, in denen durch Anwendung der Null-Toleranz-Politik Kinder von ihren Eltern getrennt wurden, als die Familien versuchten, die Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten zu überqueren. Tausende von Kindern wurden wie Tiere in Käfige gesteckt und anschließend in Auffanglager verbracht. Diese Lager befanden sich in anderen Städten, weit entfernt von den Grenzorten, an denen die Eltern dieser Kinder festgehalten wurden.

Die daraufhin folgenden Proteste, die diese Maßnahmen nicht nur auf internationaler Ebene, sondern auch ganz erheblich innerhalb der USA selbst auslösten, zwangen Trump, eine Verfügung zu erlassen, durch die diese Trennung von Kindern und Eltern gestoppt werden musste. Der Zeitrahmen jedoch, in dem diese Familien wieder zusammengeführt werden sollten, ist inzwischen überschritten, und Tausende von Kindern sind noch immer von ihren Eltern getrennt. Einige dieser Eltern wurden in diesem Zeitraum bereits deportiert, andere wurden nicht gefunden bzw. identifiziert.

Aber obwohl Trump diesen Erlass unterzeichnet hat, durch den Eltern wieder mit ihren Kindern vereint werden sollen (was noch nicht geschehen ist), hat er gleichzeitig auch das Weiterbestehen der „Null-Toleranz“-Politik in puncto Immigration bestätigt. Und jetzt werden ganze Familien, selbst solche mit Kindern, in Auffanglagern eingesperrt, noch bevor in ordentlichen Gerichtsverfahren eine Entscheidung gefällt wurde, und das, obwohl diese Familien bereits extreme Gewalt in ihren Heimatländern oder auf dem Fluchtweg erfahren mussten.

Das Leid der aus Mexiko und Mittelamerika, aber auch aus weiteren Staaten wie Brasilien, Haiti oder sogar afrikanischen Ländern kommenden Migrant*innen beginnt dabei nicht erst, wenn sie die Grenze zu den USA überschreiten, es begleitet sie von Anfang an. Besonders ernst ist die Situation für Migrant*innen, die Mexiko durchqueren. Sie werden Opfer von Erpressung, ihrer wenigen Habseligkeiten beraubt oder von Verbrecherbanden entführt, die Frauen zur Prostitution zwingen und Männer als Auftragsmörder oder Drogenkuriere missbrauchen ... oder sie werden ganz einfach umgebracht. In Ländern wie El Salvador werden inzwischen humanitäre Karawanen organisiert, die durch Mexiko ziehen und nach Verwandten suchen, die auf dem Weg zur mexikanisch-amerikanischen Grenze spurlos verschwunden sind.

In Europa sind zwischen 2014 und 2017 mehr als 16 000 Männer, Frauen und Kinder bei dem Versuch gestorben, das Mittelmeer zu überqueren. Im Schnitt starb eine von 1000 Personen, die die Überfahrt wagten. 2018 war es mehr als eine von 50 Personen! Seit Januar 2018, nachdem die südlichen Seegrenzen noch stärker abgeschottet wurden, sind bereits 1100 Migrant*innen ertrunken. Gleichzeitig verschärft sich die Situation auf beiden Seiten des Mittelmeers noch weiter – sowohl in der Wüste und an der Küste Libyens als auch auf den Alpenpässen oder in Calais.

Diese Todesfälle sind samt und sonders Verbrechen, die von rassistischer Politik an Migrant*innen begangen werden. Und es ist nicht nur Salvini, der ihnen ein Betreten italienischen Bodens verweigert hat. Sämtliche europäischen Regierungen singen in diesem Chor mit.

In Brüssel einigten sich die Oberhäupter der Europäischen Union am 29. Juni darauf, ihre Strategien noch weiter zu verschärfen, Aktionen der Schiffe von Hilfsorganisationen zu behindern und zu versuchen, Auffanglager außerhalb von Europa, in Nordafrika oder dem Nahen Osten einzurichten: Die EU will die Migrant*innen als „Sündenböcke“ für ihre eigene, interne Krise missbrauchen.

Reaktionäre Strategien als ideologische Offensive

Massenmedien und populistische Politiker*innen behaupten, dass die Probleme Hunderte Millionen von Menschen in Europa und Nordamerika – wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Art, Sorgen bezüglich individueller und sozialer Sicherung sowie der Umwelt- und Lebensbedingungen – eine einzige, offensichtliche Ursache hätten: die Migrant*innen, die von Süden nach Norden kommen. Dabei ignorieren sie bewusst die gewaltigen Migrantenströme zwischen den Ländern auf der Südhalbkugel, die zwei Drittel der gesamten Migration ausmachen. Die Anzahl, die im Norden ankommt und die dort 0,5 bis 1,5 Prozent der Bevölkerung repräsentiert, könnte sehr leicht aufgenommen und integriert werden. Als Vergleich: Allein der Libanon mit seinen nur etwa fünf Millionen Einwohnern (einschließlich Hunderttausender von Palästinensern) hat mehr als eine Million syrischer Flüchtlinge aufgenommen.

Wenn im Norden die Löhne sinken und die Arbeitslosigkeit steigt, so wird dies von Massenmedien und populistischen Politiker*innen mit dem Konkurrenzdruck durch Migrant*innen erklärt, die unkontrolliert und illegal in den Norden kämen. Wenn es nicht genügend Sozialwohnungen mit bezahlbaren Mieten gibt, ist das angeblich dem demografischen Druck durch Migrant*innen in Städten geschuldet, wo sie unter inakzeptablen Bedingungen wohnen und

damit den Lebensstandard senken, an den „unsere Zivilisation“ gewöhnt ist. Wenn die Verbrechensrate steigt oder das Gefühl von Unsicherheit und die Furcht vor Terrorismus zunimmt, dann ist das ganz offensichtlich die Schuld der Migrant*innen, vor allem jener, die aus arabischen Staaten oder solchen mit einer großen islamischen Bevölkerung kommen.

Für diese Art der Argumentation gibt es noch viele weitere Beispiele. Alle anderen Probleme lösen sich in Luft auf, sobald das „Migrantenproblem“ in die Debatte geworfen wird:

- die bereits seit zehn Jahren andauernde Wirtschaftskrise;
- der kräftige Anstieg der Profite, während die Löhne als Teil des gesamtwirtschaftlichen Einkommens gesunken sind;
- die Rolle der multinationalen Konzerne (vor allem jener, die mehrheitlich in amerikanischer, europäischer oder chinesischer Hand sind) bei der Plünderung der Ressourcen des Südens (vor allem in Afrika);
- die erdrückenden Rückzahlungen der (oftmals illegitimen) Auslandsverschuldung sowie die von den großen internationalen Finanzinstitutionen aufgezwungenen Strukturanpassungs- und Sparprogramme;
- die Umweltkrise und die Klimakatastrophen, die durch das Konsumniveau im Norden und das im Moment an allen Ecken und Enden des Planeten präsente nicht nachhaltige Modell der kapitalistischen Entwicklung ausgelöst wurden;
- die anhaltenden, innerstaatlichen kriegerischen Auseinandersetzungen im Süden (vor allem im Nahen Osten und Zentralasien), wo die Intervention imperialistischer und regionaler Mächte für Chaos und Verwüstung sorgt und wo kein Mangel an Waffen herrscht, von denen die meisten von Ländern produziert werden, die ihre Grenzen für Migrant*innen und Flüchtlinge schließen.

All diese durch das kapitalistische System ausgelösten Prozesse sind in Wirklichkeit der Hauptgrund sowohl für die soziale Krise in der gesamten Welt als auch für die aktuelle Migrationswelle, doch verschwinden sie spurlos in den vorherrschenden Narrativen, die zu einer ideologischen Vergiftung führen.

Die Regierungen in Europa und den USA haben klipp und klar beschlossen, ihre Grenzen zu schließen und die Steuerung der Migration außerhalb ihrer eigenen Territorien vorzunehmen. Sie benutzen bereitwillige Regierungen im Süden (wie etwa die der Türkei, Libyens und Marokkos), um ihre Grenzen nach außen zu verlagern, und stellen ihnen Millionen von Dollars bzw. Euros zur Verfügung, damit diese Länder für sie die Schmutzarbeit erledigen und sich um die Flüchtlinge und Migrant*innen kümmern, die vielleicht in die EU kommen wollen.

Diese Strategien werden oft als „notwendiges Übel“ gerechtfertigt, mit dem ein möglicherweise wachsender Rassismus bekämpft werden soll, oder sie werden der Bevölkerung als angeblich notwendig für eine „Kontrolle“ der Migration verkauft.

Politische und kulturelle Positionen, die (wenn auch auf „kontrollierte“ Art) offenere Grenzen akzeptieren, weil „wir sie brauchen“, damit Stellen besetzt werden können, die mit der „einheimischen“ Bevölkerung nur schwer zu besetzen sind, oder um die Renten einer alternden Gesellschaft zu sichern, unterscheiden sich nicht wirklich von dem Muster der Ausbeutung von Menschen.

Ausbeutung, Abgrenzung, Rassismus

Wie schon so oft in der Vergangenheit leiden Migrant*innen unter einer zweifachen Ausbeutung, speziell auf einigen „typischen“ Gebieten wie Landwirtschaft, Logistik und Pflege. Die extreme Verwundbarkeit und soziale Ausgrenzung erleichtern ihre brutale Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt. Das wiederum maximiert die Profite von kleinen, mittleren, großen nationalen und multinationalen Firmen. Migrant*innen finden Arbeit über Netzwerke, die sowohl mit nicht zugelassener Rekrutierung durch illegale Arbeitskräftevermittler, sogenannte „Gangmasters“, als auch mit extrem prekären Verträgen arbeiten.

Dieser Ausbeutungsteufelskreis, in den die Migrant*innen geraten, ist dabei kein Parallelnetzwerk zu der Art, in der „einheimische“ Arbeitskräfte behandelt werden. Allerdings funktioniert diese Ausbeutung von Migrant*innen gerade darum so gut, weil sie mit den Strukturen der allgemeinen Ausbeutung eng verknüpft ist. Die Rollen der Arbeitenden (sowohl der Migrant*innen als auch der „Einheimischen“) sind untereinander verbunden und wechselseitig bestimmt.

In diesem Zusammenhang fungieren Grenzen und Einwanderungsgesetze als Filter, die vor allem junge und gesunde Arbeitskräfte oder solche mit speziellen Fähigkeiten ins Land lassen, gleichzeitig aber sicherstellen, dass ihnen die Rechte fehlen, sich angemessen gegen extreme Ausbeutung zu wehren. Zudem sorgen sie für spektakuläre Bilder, die Hunderte von Menschen zeigen, die in wenig seetüchtigen Booten zusammengepfertcht hocken oder hohe Zäune überklettern, Bilder, die dann Assoziationen mit „Lawinen“ oder „Invasionen“ hervorrufen.

Obwohl das neoliberale Projekt zum Ziel hat, jegliche rechtlichen oder sozialen Bestimmungen zugunsten arbeitender Menschen komplett abzubauen, bedeutet die rassistische Hierarchie, die den Arbeitsmarkt strukturiert, dass

einige unwichtigere grundlegende unterstützende Regelungen zumindest für „einheimische“ Arbeitskräfte momentan noch erhalten bleiben. Diese „einheimischen“ Arbeitskräfte profitieren dabei direkt oder indirekt von der extremen Ausbeutung der Migrant*innen, was ihnen meistens, aber nicht immer, gar nicht bewusst ist (genauso wie bei der geschlechtsspezifischen Strukturierung des Arbeitsmarkts).

Neben dieser ausbeuterischen Struktur gibt es auch noch Formen der Ab- und Ausgrenzung, wie z. B.

- die „temporären“ Auffanglager (innerhalb und außerhalb der EU, der USA und Australiens);
- die isolierten, weitgehend unsichtbaren Orte, an denen Migrant*innen draußen auf dem Land zusammen mit Tausenden von Landarbeitern unter abstoßenden Bedingungen leben und arbeiten;
- die rassistische Ausgrenzung ganzer Stadtviertel, in denen Migrant*innen an den Rand gedrängt und kriminalisiert werden.

Innerhalb dieser Ausgrenzungen gibt es eine ganze Reihe rechtlicher und sozialer Verhältnisse, die häufig unter dem allgemeinen Begriff „Migrant“ zusammengefasst werden: Arbeitende ohne Papiere, Asylbewerber, Flüchtlinge mit humanitärem oder internationalem Schutzstatus, Immigrant*innen mit Arbeitserlaubnis, Kinder und Enkel von Migrant*innen. All das bildet eine Hierarchie von Bedingungen, in der die Frage nach ihren Rechten völlig ausgeblendet wird und in der sie eingeteilt werden in Menschen, die über gewisse „Privilegien“ verfügen (z. B. Dokumente besitzen), und solche, die derartiges nicht haben.

Die Realität der sozialen, materiellen und kulturellen Bedingungen von Migrant*innen in den Ländern des Nordens zeigt zudem eine Zunahme in puncto Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit. In jüngster Zeit haben diese überaus gefährlichen Phänomene bestimmte politische Formen angenommen, die drohen, in der Gesellschaft hegemonial zu werden und die Strategien von Regierungen innerhalb der G7 zu gestalten, wie es bereits in den USA und Italien, in zunehmendem Maße aber auch in Frankreich, Deutschland und Großbritannien der Fall ist. Gemeint sind damit bestimmte Organisationen, die sämtlich fälschlicherweise als „populistisch“ bezeichnet werden. Sie alle haben jedoch ein gemeinsames Merkmal: Sie wollen sich eine breite Unterstützung sichern, indem sie ein Narrativ entwickeln, nach dem Migrant*innen die Folge einer Politik sind, die von einer „globalen politisch-ökonomischen Elite“ verfolgt wird, mit verheerenden Folgen für die „einheimischen“ Bevölkerungen, die die „Zeche“ zu zahlen hätten.

Diese Organisationen sind oftmals nahe beim Neofaschismus angesiedelt, sie greifen einzelne Migrant*innen und ganze Gemeinschaften an; die in regelmäßigen Abständen immer wieder aufflammenden Kampagnen gegen die Roma und Sinti sind dafür ein gutes Beispiel.

Angesichts dieser Situation können und wollen diese Regierungen, die sich als liberal bezeichnen, nicht wirklich etwas tun, um diese Missstände zu beheben. Sie sind unfähig, mit Strategien offener Grenzen oder Garantien der Menschenrechte zu reagieren. Diese Regierungen sind für die Zerstörung des Wohlfahrtsstaates verantwortlich. Sie sind die wichtigsten Verbündeten der multinationalen Konzerne und der Finanzzentren, die wiederum die Hauptverursacher der Wirtschaftskrisen sind. Die Regierungen haben keine echten Projekte auf den Weg gebracht, um Menschen, die nach Europa oder in die USA kommen wollen, willkommen zu heißen oder ihnen Asyl zu bieten.

Antikapitalistische Alternative

Die einzig wirksame Antwort ist, Migration nicht als „Problem“ zu sehen und stattdessen die sozialen Bedürfnisse von Millionen Frauen und Männern, Migrant*innen und „Einheimischen“ zu erfüllen. Wir fordern, dass die reichsten Länder Aufnahmeländer werden, so wie es viele andere Länder dieser Welt bereits sind. Die Organisationen und Aktivist*innen der Vierten Internationale bemühen sich, beim Aufbau einer solchen Antwort eine wichtige Rolle zu spielen. In vielen Fällen sind sie bereits in vorderster Linie in den antifaschistischen, antirassistischen Kampf involviert, ganz weit vorn stehen sie auch bei der Unterstützung von Migrant*innen. Diese Arbeit sollte sich auf die folgenden fundamentalen Punkte konzentrieren:

- Wir fordern das Recht auf Migration: Freizügigkeit und freie Wohnortwahl. Als Internationalist*innen glauben wir, dass es ein Grundrecht aller Menschen ist, in Würde zu leben und sämtliche politischen und sozialen Rechte des Landes zu genießen, in dem sie wohnen. Gleichzeitig muss es sich bei der Migration um eine frei gewählte Option handeln. Millionen von Menschen sind jedoch zur Migration gezwungen, um Elend, Armut, Krieg, Umweltkatastrophen, Perspektivlosigkeit usw. zu entfliehen. Sie alle sollten sämtliche Rechte genießen, einschließlich, aber nicht darauf beschränkt, das Recht auf Asyl für jene, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Wir lehnen die Unterscheidung zwischen sogenannten „Wirtschaftsmigrant*innen“ und Flüchtlingen ab.

- Das hat Priorität in sämtlichen Ländern, vor allem in jenen, in denen die Repression gegen Migrant*innen am größten ist. Alle linken Organisationen sollten dafür kämp-

fen, dass alle Migrant*innen sämtliche Rechte zugesprochen bekommen, unter besonderer Berücksichtigung von Frauen, rassistisch determinierten Personen, LGBTIs, Muslim*innen und Minderjährigen, die unter anderen Formen der Diskriminierung und Unterdrückung leiden.

- Wir wollen antirassistische und antifaschistische Bewegungen aufbauen, und zwar nicht nur als Teil eines kulturellen Kampfes, sondern auch als eine politische Mobilisierung gegen die Agent*innen von Rassismus in Staat und Gesellschaft. Die kulturellen und politischen Aspekte dieses Kampfes sind untrennbar miteinander verbunden. Damit diskriminierende und rassistische Ideologien bekämpft werden können, ist die Arbeit auf den Ebenen der Kultur und der Bildung überaus wichtig. Genauso wichtig ist es aber auch, den sozialen Kampf aufzunehmen, um die Rechte und die Macht für die arbeitende Bevölkerung zurückzuholen und die Verbindung zwischen Rassismus und der Funktionsweise des Kapitalismus in der Praxis aufzuzeigen.

- Wir unterstützen die Selbstorganisation und die Kämpfe der Migrant*innen, beginnend bei ihrer Besonderheit und ihren speziellen Forderungen, versuchen dabei aber auch gleich die nötigen Verbindungen zu Fragen der Klassen-, Geschlechts- und Rassendiskriminierung herzustellen und aufzuzeigen, dass dies ein einziger, zusammenhängender Prozess ist.

- Wir berücksichtigen die wechselseitigen Erfahrungen zwischen den Ausgebeuteten und Diskriminierten und ihren gemeinsamen Kämpfen, sei es durch den Aufbau von sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfen von Arbeitenden jeglicher Art oder durch kollektive Projekte wie selbstverwaltete Wohnprojekte, Arbeitsgenossenschaften, Solidaritätsvereine und informelle gegenseitige Wirtschafts- und soziale Hilfsprojektgruppen.

- Als Internationalist*innen sind wir der Ansicht, dass eine freiwillig gewählte Migration und die Vermischung von Bevölkerungsgruppen für die Gesellschaften von Nutzen sind. Verbindungen zwischen Volksbewegungen und sozialen Bewegungen in den Ländern, aus denen Migrant*innen kommen, und den Ländern, in denen sie sich niederlassen, aufzubauen, ist ein äußerst wichtiges Element, um Widerstandsbewegungen, die sich gegen den Kapitalismus richten, zu entwickeln und die Möglichkeiten für eine auf Solidarität und gegenseitiger Hilfe basierende neue Welt aufzuzeigen.

25. Juli 2018

■ *Übersetzung: Antje Hink*



WACHSTUMSWENDE – DER WEG ZUR NACHHALTIGKEIT?

Mit einer *Wachstumsrücknahme* (englisch *Degrowth*), einer *Wachstumswende* oder einem *Postwachstum* soll einem Wirtschaftswachstum begegnet werden, wenn es als sozial, ökologisch, ökonomisch oder politisch schädlich wahrgenommen wird. Vertreter dieses Konzepts sehen darin eine Strategie gegen ein Umwelt und Ressourcen überlastendes Wachstum.

■ **Wolfgang Cürten**

Genau genommen bedeutet Degrowth eine *Verringerung* von Konsum und Produktion. Ziele sind ökologische Nachhaltigkeit und mehr soziale Gerechtigkeit. Verschiedene Wirtschaftswissenschaftler*innen, Philosoph*innen, Politolog*innen, Wissenschaftler*innen anderer Fachbereiche, Schriftsteller*innen, Wirtschaftsjournalist*innen und Politiker*innen, sowie Globalisierungsgegner*innen und Umweltschützer*innen kritisieren insbesondere das – wies sie es formulieren – „exponentielle Wachstum von Volkswirtschaften“.

In Deutschland beteiligen sich auch ehemalige Politiker*innen und Spitzenmanager*innen wie Kurt Biedenkopf, Klaus Wiegandt oder Michael Otto an einer wachstumskritischen Debatte. Wissenschaftlich werden wachstumskritische Konzepte unter anderen von Niko Paech thematisiert, auf dessen Vorstellungen ich mich im Folgenden konzentrieren werde¹.

Aussicht auf mehr Glück

In seiner Einleitung macht Niko Paech sich Gedanken, worin ein Zuwachs an Glück und Nutzen bestehen könne, der stofflich und energetisch neutral ist. Er kommt zu dem Schluss, dass, wenn ein Zuwachs an Glücksempfinden tatsächlich rein qualitativer, also vollständig entmaterialisierter Art wäre, könnte seine Quelle nur im Subjekt selbst liegen.

Er beschreibt die florierenden, konsumorientierten Industriegesellschaften des Nordens, die gekennzeichnet sind durch eine reizüberflutete Konsumsphäre und eine käufliche Selbstverwirklichung und formuliert dazu drei Thesen:

I. Die Menschen in modernen Konsumgesellschaften leben auf dreifache Art über ihre Verhältnisse. Dabei eignen sie sich Dinge an, die in keinem Verhältnis zu ihrer eigenen Leistungsfähigkeit stehen. Sie entgrenzen ihren Bedarf

WWW.DEGROWTH.INFO

Auf dem in Leipzig erstellten Web-Portal www.degrowth.info finden sich Informationen zur Bewegung, zu Konferenzen u. ä.

Partnerinnen dieses Web-Portals sind Anstiftung (Offene Werkstätten, Reparatur-Initiativen, Interkulturelle und Urbane Gemeinschaftsgärten), Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft)-Kolleg Postwachstumsgesellschaften, Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung / Engagement Global (FEB) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Friedrich Ebert Stiftung, Heinrich Böll Stiftung, Misereor, Rosa-Luxemburg-Stiftung

von den gegenwärtigen Möglichkeiten, von den eigenen körperlichen Fähigkeiten und von den lokal oder regional vorhandenen Ressourcen.

II. Jegliche Anstrengungen, wirtschaftliches Wachstum durch technische Innovationen von ökologischen Schäden zu entkoppeln, sind bestenfalls zum Scheitern verurteilt.

III. Das Alternativprogramm einer Postwachstumsökonomie läuft auf eine drastische Reduktion der industriellen Produktion hinaus, aber stärkt die ökonomische Stabilität der Versorgung und bedeutet keinen Verzicht, sondern eröffnet die Aussicht auf mehr Glück.

1 Über seine Verhältnisse leben – ein vermeintliches Menschenrecht

Der auf Expansion und Mobilität gebürstete europäische Wirtschaftsraum muss zur Rettung der Ökosphäre entschleunigt werden. Das mobile Subjekt muss heute ständig seinen Aktionsradius erweitern, und sein Glück ist immer einen Ortswechsel oder eine Flugreise entfernt. Räumlich entgrenzte Produktionsketten und Lebensstile sind kein Nebeneffekt des europäischen Eifers, sondern dessen intendierte „Harmonisierungs-“ und „Integrationsleistung“. Es ist das Ziel eines maximalen Wachstums an Wertschöpfung und individueller Selbstverwirklichungsoptionen. Der Verlierer ist die Ökosphäre.

Das *Haben-jetzt-zahlen-später-Prinzip* verkörpert eine Entgrenzung zeitlicher Art. Die Verschuldung dient dem Aufbau eines wie auch immer gearteten Kapitalbestandes, dessen spätere Verwertung – so die stillschweigende Voraussetzung – einen hinreichenden Überschuss erwarten lässt. Moderne Gesellschaften geben sich in Geiselhaft einer unerbittlichen Wachstumsmaschinerie. Der Fiskus ermöglicht durch steuerliche Vergünstigungen viele elementare Produktions- und Konsummuster (z.B. Billigflieger, Äpfel aus Neuseeland u. ä.). Die Nutznießer eines Lebens über die Verhältnisse (Autos, Telekommunikation, Einfamilienhäuser etc.) sind längst in der Mehrheit.

Den Marxist*innen, denen es – so Paech – nur um die gerechte Verteilung geht, hält er vor, dass sie die kollektive Bereicherung lediglich als ungleich bewerten. Aber Plünderung lasse sich nicht dadurch legitimieren, dass die Beute gerecht verteilt wird.

1.1 Fortschritt als Illusion – Wohlstand durch Plünderung

Industrielle Arbeitsteilung und Marktwirtschaft: Die vermeintliche Effizienz der industriellen Arbeitsteilung setzt physische Entgrenzungsvorgänge voraus. Die „ökonomische Theo-

rie“ neige dazu, Effizienz mit gesteigerter räumlich-materieller Okkupation zu verwechseln.

Die Entgrenzung ist gekennzeichnet durch Erweiterung von Transportwegen, Logistikeinrichtungen, Lagerkapazitäten u. ä. Dazu kommen zusätzliche Konsumaktivitäten durch menschliches Multitasking, schnellen Verschleiß usw.

Innovation und Produktionsfortschritt: Innovationen bedeuten nicht Ressourceneinsparung, sondern erfordern in der Regel immer zusätzliche Ressourcen, die sich zu den alten addieren. Denn ein Prozess des koordinierten Umbaus oder Ersatzes entspricht nicht der Marktlogik.

Niko Paech bezweifelt, dass die Arbeitskraft noch die Quelle des Wohlstandes ist. Der Konsum ist für ihn eine Inanspruchnahme von Beute, die aus ökologischer Sicht gar nicht erst hätte entstehen dürfen und die keineswegs verdient ist. Gemessen am heutigen materiellen Konsum müsste die produktive Leistung menschlicher Individuen seit der jüngeren Steinzeit geradezu phantastisch zugenommen haben.

Einkäufe mit dem Auto, komfortable Technologien und der sonstige Ersatz eigener physischer Leistungen durch Maschinen führen zu körperlicher Verkümmern des modernen Menschen. Körperliche Arbeit wird von Energiesklaven wie Akkuschauber, Laubsauger, Smartphones usw. übernommen. Die Drecksarbeit gibt es zwar noch, wird aber in andere Bereiche der Erde (in den globalen Süden) ausgelagert.

Auf der anderen Seite greift man zu Fitness-Programmen, Operationen usw., um trotzdem einen ästhetischen Körper zu behalten. Manuelle Kompetenzen und die Kraft zur Genügsamkeit verkümmern.

Die menschliche Arbeitskraft weicht der Simulation eigener Leistung. Im Extremfall bedeutet dies, dass die menschliche Arbeit keine physische Ressource mehr darstellt, sondern Ressourcenströme vereinnahmt. Ein minimales menschliches Signal wird in eine donnernde Symphonie der Energie- und Materialumwandlung verstärkt.

Die, die vorwiegend immaterielle Arbeit leisten, greifen auf den höchsten materiellen Wohlstand zu. Die Erfindung neuer „Dienstleistungen“ ist nur eine Frage der Phantasie. Denken wir nur an Beratungen, Vernetzungen, Werbung, Coaching, Moderation, Mediation und anderes Blabla.

Die verlängerten Arme unseres Wohlstandsmodells: Gegenwärtige Knappheiten werden durch intensivere Plünderung einfach nur zeitlich oder örtlich verlagert. Ressourcen und Arbeitskraft an anderen Orten werden umso intensiver in Anspruch genommen. Coltan aus dem Kongo, Kohle aus Kolumbien, Erdgas aus Sibirien usw.: Die Ressourcen

fließen aus allen Teilen der Welt in die florierenden Industriegesellschaften des Nordens. Abholzung des Regenwaldes für Soja zur Rindermästung, Landraub und Rapsanbau für Sprit sind weitere Beispiele, ergänzt durch plündernde Lebensstile: mit dem Billigflieger zu den besten Partyorten, zum Shoppen, zum Sex oder zu Weltrettungsevents (Weltsozialforen).

Das moderne Bildungsideal konditioniert Individuen, die vollständig in die entgrenzte Arbeitsteilung und Mobilität eingebunden sind. Junge Menschen werden mit hoher Reflexions- und Kommunikationsfähigkeit ausgestattet, verfügen aber über eine manuelle Kompetenz, die sich zusehends auf die Bedienung eines Touchscreens beschränkt.

Andere Daseinsformen, die auf praktischer oder bescheidener Lebenskunst beruhen, gar handwerkliche Kompetenzen voraussetzen, werden als „bildungsfern“ diskreditiert.

Fazit: Die enormen Steigerungen des materiellen Wohlstandes seit Beginn der Industrialisierung beruhen im Wesentlichen auf ökologischer Plünderung. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich dieser „Fortschritt“ darin, sich mit minimalem eigenem physischen Einsatz ein zunehmendes Quantum an physischen Leistungen anzueignen. Niko Paech fordert eine Rückkehr zum „menschlichen Maß“ und versteht darunter, dass jeder Mensch nur durchschnittlich das Maß an ökologischen Ressourcen verbrauchen darf, das – wenn alle das Gleiche täten – die Kapazität der Erde nicht angreift.

Dazu gehört eine Rückkehr zur Sesshaftigkeit. Die überhandnehmende globale Mobilität wäre damit genauso unvereinbar wie eine Aneignung von Gütern mit entfernt liegenden Ressourcenquellen und Flächen. Dazu gehört eine mittlere Technologie, die die Produktivität menschlicher Arbeitskraft zwar erhöht, aber nicht ersetzt. (z. B. Fahrrad, mechanische Nähmaschinen, Segelschiffe u.v.m.)

Eine durchschnittliche Reduzierung der Arbeitszeit soll den Output an Produkten verringern. Mittels eigener Pflege- und Instandsetzungsmaßnahmen soll die Lebensdauer von Produkten verlängert werden. Und durch eine verstärkte Gemeinschaftsnutzung kann man dafür sorgen, dass eine verringerte Anzahl von Produkten den Bedarf vieler befriedigt.

1.2 Freiheit als Illusion – neue Abhängigkeiten

Niko Paech sieht die Existenzsicherung der Menschen schicksalhaft äußeren Gegebenheiten ausgeliefert. Haushalte haben jede Fähigkeit der Selbstversorgung zugunsten eines spezialisierten (und deswegen besser bezahlten) Arbeitsplatzes aufgegeben. Das Soziale geht vollständig im

Ökonomischen auf. Individuelle Freiheit und angemessene Teilhabe an der Gesellschaft bedeutet, sich genauso viel leisten zu können wie andere. Dies führt zu einer hohen Verletzlichkeit. Eine ständige Angst vor Weniger sowie Zukunftsängste sind die Folge.

Gleichzeitig aber verlieren die Konsumgesellschaften ihre materielle Grundlage. Man spricht davon, dass der Peak Oil (das globale Ölfördermaximum) erreicht ist. Aber das gilt schon längst auch für andere Ressourcen, wie Lithium für Akkus, Coltan für Handys, Seltene Erden usw. Es sind gerade innovative und nicht selten „grüne“ Technologien, die zu diesem Nachfragezuwachs führen. (z.B. Handys, Computer, LED-Lampen, Elektroautos u. a. m.)

2 Mythos Entkopplung – die Mär vom „grünen Wachstum“

„Grünes Wachstum“ oder „Green New Deal“ ist das Märchen vom „qualitativen“, „entkoppelten“ oder „dematerialisierten“ Wachstum. Zum einen soll die stoffliche Entkopplung unseres Wohlstands mittels erhöhter Ressourcenproduktivität und Effizienz erreicht werden. Zum anderen besteht die Entkopplung in geschlossenen Stoffkreisläufen und gestützt auf regenerative Energien.

Dabei gibt es allerdings eine Reihe von Rebound-Effekten (damit werden in der Energieökonomie Effekte bezeichnet, die dazu führen, dass das Einsparpotenzial von Effizienzsteigerungen nicht oder nur teilweise verwirklicht wird bzw. unter dem Strich sogar ins Gegenteil verkehrt wird).

Zu nennen wären beispielsweise *materielle Rebound-Effekte*. Neue effizientere Technologien oder Produkte setzen einen Zuwachs an Infrastruktur, Produktionsanlagen u.a.m. voraus. Nehmen wir zum Beispiel die Elektromobilität, die die Errichtung von Stromtrassen, Speichermedien, Versorgungsstationen und – nicht zu vergessen – Entsorgungsindustrien zur Folge hat. Nicht selten sind diese Innovationen mit noch nicht erforschten Risiken verbunden wie der Freisetzung von Fasern, Gasen und anderen Stoffen oder etwa der stetigen Zunahme der Strahlenbelastung durch Kommunikationstechnologien.

Die ökologischen Probleme werden nur zeitlich verlagert: Z. B. werden in zwanzig Jahren die ersten Photovoltaikmodule verschrottet. Oder sie werden auf ein neues Medium verlagert. So bedeuten erneuerbare Energieträger (Windräder, Photovoltaik-Parks) weiteren Flächenverbrauch und Eingriffe in Biodiversität und Landschaft.

Finanzielle Rebound-Effekte: Preissenkungen führen zu verstärkter Nachfrage, oder sparsame Produkte in einem Segment führen zu verstärkter Kaufkraft in anderen Berei-

chen. Beispiel Ökostrom: Die Bereitstellung der Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien führt zu einer Steigerung der volkswirtschaftlichen Kaufkraft, was dann dazu dienen kann, Nachfrage nach anderen Gütern zu finanzieren.

Psychologische und politische Rebound-Effekte: So hat zum Beispiel in aller Regel der Bau von Passivhäusern oder Windkraftanlagen nur einen additiven Charakter zu Bestehendem. Die Errichtung von Passivhäusern fördert vielfach die Zersiedelung weiter Landstriche. Die Katalysator-technik wird als Alternative zur Abrüstung fossiler Motorisierung genutzt. Das Bewusstsein, ein weniger umweltschädigendes Produkt zu benutzen, verlockt dazu, es verstärkt zu nutzen.

Unter den Bedingungen eines beständigen Wirtschaftswachstums ist es unmöglich, die Ökosphäre absolut zu entlasten. Denn dies würde bedeuten, dass man nicht bloß weniger schädliche Produkte erzeugt, sondern dass der bisherige Output real verringert wird. Beispiel: Wohin mit den alten Produktionsanlagen und Autos, wenn auf Elektromobile umgestiegen wird?

Für Niko Paech lässt sich Nachhaltigkeit allein durch die Änderung der Lebensstile erreichen. Nur die Summe der ökologischen Wirkungen aller von einem einzelnen Subjekt ausgeübten Aktivitäten lässt Rückschlüsse auf dessen Nachhaltigkeitsperformance zu. Das geht natürlich nicht, wenn mit dem SUV zum Bioladen gefahren wird oder wenn etwa in jedem Zimmer ein Flachbildschirm mit Ökostrom betrieben wird.

2 Umrisse einer Postwachstumsökonomie

Das Fundament der Postwachstumsökonomie ruht auf einer Theorie der *Subsistenz* (das ist alles, was materiell und sozial zum alltäglichen Überleben benötigt wird: Nahrung, Kleidung, eine Behausung sowie Fürsorge und Geselligkeit) und *Suffizienz* (die steht in der Ökologie für das Bemühen um einen möglichst geringen Rohstoff- und Energieverbrauch).

Niko Paech schlägt eine „*Ökonomie der Nähe*“ vor. Durch die direkte Beziehung zwischen Kapitalnachfrager und -anbieter entstünden Vertrauen und Transparenz. Es entstünde eine soziale Einbettung der Ökonomie durch unmittelbare Beziehungen, die über anonyme Marktinteraktionen hinausgehen. Verstärkt würde dies durch die Identifizierung der Akteure mit ihrer Region.

Es entstünde eine Interessenkongruenz, da man sich bei Erhöhung von Renditen- und Zinsansprüchen durch Preiserhöhung in einer hinreichend kleinräumigen Ökonomie selber schädigen würde. Kapitalgeber verwirklichen sich als Förderer ihrer eigenen ethischen Orientierung, etwa wenn

sie ihre Ersparnisse in regionale, ökologische, soziale, künstlerische Projekte oder Unternehmungen investieren, die mit ihren Vorstellungen harmonisieren.

Regionale Komplementärwährung wie der „Chiemgauer“ oder der „Bremer Roland“ könnten eine räumliche Entflechtung unterstützen. Durch eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ließen sich Selbst- und Fremdversorgung so kombinieren, dass die Abhängigkeit vom monetären Einkommen sinkt. Neben ehrenamtlichen, gemeinwesenorientierten, pädagogischen und künstlerischen Betätigungen lassen sich mittels urbaner Subsistenz drei Outputkategorien entwickeln, durch die die industrielle Produktion partiell ersetzt werden kann:

Nutzungsintensivierung durch Gemeinschaftsnutzung. Autos, Waschmaschinen, Gemeinschaftsräume Gärten u.a.m. können gemeinsam angeschafft bzw. genutzt werden. Dies trägt dazu bei, dass materielle Produktion durch soziale Beziehungen ersetzt wird.

Verlängerung der Nutzungsdauer. Ein besonderer Stellenwert käme der Pflege, Instandhaltung und Reparatur von Gütern jeglicher Art zu. Dadurch ließe sich die Produktion neuer Objekte verringern.

Eigenproduktion. Im Nahrungsmittelbereich erweisen sich Hausgärten, Dachgärten, vor allem Gemeinschaftsgärten und andere Formen der urbanen Landwirtschaft als dynamischer Trend. Aber nicht nur in der Nahrungsmittelproduktion wäre das denkbar, sondern auch in kreativer Wiederverwertung von Holz- oder Metallgegenständen. Das Gleiche gilt für lokal erzeugte Güter in Form von Services wie etwa Vorträge, Unterricht, Beratungen, Schulungen, künstlerische Darbietungen, Pflegeleistungen.

Die Rolle der Unternehmen: Das heutige industrielle System wäre so umzugestalten, dass die Neuproduktion eher untergeordnet ist. Der Fokus läge auf dem Erhalt und der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände.

Die Aufgabe der Unternehmen läge dann nur noch in ihrer Rolle als:

- I.** Instandhalter zur Verschleißminderung;
- II.** Reperaturdienstleister für defekte Güter;
- III.** Renovierer für weiteres Nutzen vorhandener Güter;
- IV.** Umgestalter von vorhandenen Gütern zur neuen Nutzung;
- V.** Anbieter von Dienstleistungen;
- VI.** Vermittlungsstellen, um dafür zu sorgen, dass Konsumgüter möglichst lange im Kreislauf belassen werden;
- VII.** Designer, die verantwortlich für Dauerhaftigkeit und Multifunktionalität von Produkten sind.

Was wäre eine Postwachstumspolitik?

Niko Paech macht zunächst einige Vorschläge zum Geld- und Finanzwesen. Geld- und Finanzmarktformen könnten systemimmanente Wachstumszwänge mildern. So könnte eine Finanztransaktionssteuer, wie von Attac gefordert, eingeführt werden.

Die praktisch unbegrenzte Geldschöpfung der Geschäftsbanken könnte eingehegt werden. Regionalwährungen wären seiner Meinung nach zu stärken. Genossenschaftsbanken müssten eingerichtet werden. Obergrenzen für Einkommen und Vermögen müssten mit Hilfe einer Verteilungs- und Steuerpolitik eingeführt werden.

Des Weiteren müssten Ansätze einer Bodenreform durchgeführt werden. Grund und Boden sollten allen Menschen zur Verfügung stehen. Der skandalöse Subventionsdschungel müsste durchforstet werden. Ein striktes Moratorium wäre für jegliche Projekte einzuhalten, die zur weiteren Versiegelung des Bodens führen, und es müsste Rückbauprogramme bei Infrastrukturen geben (Kraftwerke, Autobahnen, Parkplätze, Flughäfen).

Der Erziehungs- und Bildungssektor müsste entrümpelt werden.

Unternehmen müssten dazu verpflichtet werden, bei den Waren einen CO₂-Fußabdruck zu erstellen. Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssten ergriffen werden.

3 Fazit: Wie könnte eine Postwachstumsökonomie aussehen?

Die *Transition Town*-, *Urban Gardening*- oder *Repair-Bewegungen* sind Beispiele für Pioniere, die einiges vorwegnehmen, was auch die übrige Gesellschaft machen müsste. Zur Erklärung: Im Rahmen der *Transition-Town-Bewegung* (etwa „Stadt im Wandel“) gestalten seit 2006 Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in vielen Städten und Gemeinden der Welt den geplanten Übergang in eine postfossile, relokalisierte Wirtschaft. (Initiiert wurde die Bewegung u. a. von dem irischen Permakulturalisten Rob Hopkins).

Urbaner Gartenbau, auch *Urban Gardening*, ist die meist kleinräumige, gärtnerische Nutzung städtischer Flächen innerhalb von Siedlungsgebieten oder in deren direktem Umfeld.

Ein *Repair-Café* ist ein Veranstaltungsformat mit temporär eingerichteter Selbsthilfwerkstatt zur Reparatur defekter Alltags- und Gebrauchsgegenstände und kleinem Verpflegungsangebot, meist in Form von Kaffee und Kuchen.

Zusammengefasst:

1 Was von Niko Paech als Alternative vorgeschlagen wird, appelliert nicht an eine grundsätzlich andere politische Ordnung. Er appelliert an ein anderes Konsumentenverhalten. Die ökologischste Flugreise ist die, die nicht stattfindet. Dasselbe gilt für Handy, Flachbildschirm, Einfamilienhäuser oder Autobahnen und ist beliebig erweiterbar. Pures Weglassen ist überall und kurzfristig umsetzbar.

2 Der Rückbau der arbeitsteiligen Industriegesellschaft muss sozial abgefedert werden. Dies geschieht mit einer drastischen Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit. Die Versorgung muss auf möglichst kurzen Distanzen zwischen Ressourcensextraktion und Verbrauch beruhen.

3 Möglichst viel Fremdversorgungsballast muss abgeworfen werden.

4 Die Reizüberflutung auf allen Kommunikationskanälen erzeugt nur fade Oberflächlichkeit.

5 Dagegen stehen Erfolgserlebnisse durch eigenes Schaffen wie Eigenproduktion, Reparatur oder künstlerisches Tätigsein.

6 Weniger kaufen, dafür mehr mit anderen gemeinsam organisieren, tauschen und nutzen. Damit soll das Ökonomische wieder in das Soziale eingebettet werden.

7 Ein hoher Anteil des Wohlstandes, der nicht mehr auf Geld, sondern auf eigenhändiger Schaffenskraft beruht, nivelliert materielle Ausstattungsunterschiede.

Dieses aufgeklärte Glück wäre untrennbar mit dem Bewusstsein verbunden, Glück stiftende Lebenskunst innerhalb eines verantwortbaren, also nicht entgrenzten Handlungsrahmens zu praktizieren.

4 Kritik des Ansatzes von N. Paech

„Und mehr braucht mehr und wird am Ende zu nichts“. (Die Antigone des Sophokles von Bert Brecht) Sicherlich ist, die Welt zu schildern wie sie ist, die Grenzen des Wachstums zu benennen, u. ä. kein reaktionäres Zeug. Im Gegenteil, und um Rosa Luxemburg zu zitieren: „Wie Lasalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer ‚das laut zu sagen, was ist‘.“ Man muss kein(e) Wissenschaftler*in sein, um zu sehen, dass die Ressourcen unseres Planeten beschränkt sind, oder um Erderwärmung und Klimawandel zu registrieren. Irgendein ökologisches Gleichgewicht wird sich schon einstellen und sei es für den Borkenkäfer oder die Flechten. Dies ist also *nicht* der Punkt. Auch die Kulturkritik von Niko Paech (und der eher fortschrittlichen Teile der Degrowth-Bewegung), von allem das Neueste haben zu wollen, egal ob das Alte kaputt ist oder nicht, oder super dreckige Kreuzfahrten oder Billigflüge zu nutzen, ist gut nachvollziehbar.

Allerdings ist es auch nichts besonders Neues. Schon 1968 lehnte man sich gegen „Konsumterror“ auf. Unbestritten ist natürlich auch, dass die Zersiedelung der Landschaft, die Versiegelung der Böden usw. so nicht weitergehen können. **1** Fundamental zu kurz gegriffen ist die Erklärung für den Drang zur ständig steigenden Produktion. Sie liegt in der voll entfalteten Warenproduktion, sprich: dem Kapitalismus, begründet. Es liegt im Wesen des Kapitalverhältnisses, dass aus Gründen der Konkurrenz der Kapitale der in der Produktion erzeugte Mehrwert mindestens zum Teil für eine erweiterte Reproduktion eingesetzt werden muss, bei Strafe des Untergangs desjenigen Kapitals, das sich an diesem Wettlauf nach immer mehr nicht beteiligt. Wer das Kapitalverhältnis nicht infrage stellen will, wird auch nicht verstehen können, dass die Produkte aus systemischen Gründen nicht auf lange Haltbarkeit angelegt sind, dass sie schlecht oder gar nicht repariert werden können, dass immer neue Varianten auf den Markt kommen, die mit den älteren nicht kompatibel sind usw. Das Kapital ist gerade nicht an der Steigerung des Gebrauchswerts interessiert, sondern an der Steigerung der Tauschwertproduktion, also immer mehr und mehr, getreu dem Motto: Nach mir die ökologische Sintflut.

2 Nicht besser ist es mit der von Paech dargelegten Alternative zur heutigen Wirtschaftsweise (und hier steht er stellvertretend für die größten Teile der Degrowth-Bewegung): Sie erschöpft sich in einem Appell an ein geändertes Konsumentenverhalten, das von Politik und Unternehmen wohlwollend unterstützt wird. „allein mir fehlt der Glaube.“ (Goethe) Der „Charme“ der von Paech und anderen dargelegten Degrowth-Vorstellungen liegt in dem Glauben, diese Welt könne eine kapitalistische bleiben und trotzdem eine werden, die der Natur, der Erde und den Menschen gerecht werden kann. Da war die große Fantasy-Saga des letzten Jahrhunderts „Herr der Ringe“ doch etwas realistischer, denn dort konnte man sein beschauliches Leben im Auenland erst genießen, als Mordor niedergedrungen war und der „Ring, sie Alle zu knechten“, zerstört war.

3 Es ist schön, dass es Pioniere gibt, die einiges vorwegnehmen, was auch dem Rest der Gesellschaft zu Gute kommen könnte. Sicher kann man von einer Reihe selbstbestimmter und autonomer Projekte einiges lernen, was man in einer neuen Gesellschaft verwerten kann. Linke haben da ja häufig schon einiges in dieser Richtung mitgemacht, denken wir an unzählige Wohnprojekte oder Erziehungsprojekte. Ehrenamt ist ehrenhaft, getragen von einem humanistischen Anspruch. Und damit ist es ein Pfeiler gegen die neo-liberale Jeder-gegen-jeden-Ideologie, die den Kern rechter

Ideologien ausmacht. Deshalb werden Ehrenamtler*innen auch gerne als Gutmenschen diffamiert. Doch wenn man sich ein wenig in diesem Bereich auskennt, weiß man eines gewiss: Die Akteure und Akteurinnen begreifen sich und ihre Aktivitäten bei weitem nicht als systemüberwindend oder gar systemsprengend. Faktisch ist das Ehrenamt eher ein Stützpfeiler dieser Gesellschaft, denken wir nur an die unzähligen Helfer der Geflüchteten oder die Tafeln. Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftshilfe, wie sie an vielen Orten existieren, füllen die Lücken aus, die der Staat offenlässt. Sammelbüchsen-Sozialismus hatte das Hans Dieter Hüschen mal genannt. Mit der Werbe-Maxime von Toom-Märkten – „Respekt wer's selber macht“ – auf den Transparenten wird diese Gesellschaft nicht geändert.

4 Man kann sich fragen, was denn das richtige Leben sei. Der linke Literatursoziologe Leo Löwenthal (1900–1993), erläuterte 1989: „Das richtige Leben ist alles das, was das falsche Leben nicht ist. Man kann niemals, und dagegen haben wir uns immer verwahrt, positiv ausführen, was das richtige Leben ist. Das richtige Leben ist, das falsche Leben zu kritisieren, um es für das richtige Leben zu eröffnen. Wenn man sagt, was das richtige Leben ist, heißt das positive Religion predigen oder irgendetwas in dieser Art. Das können wir ganz bestimmt nicht, denn das würde bedeuten, den Menschen eine neue Unfreiheit aufzuerlegen, indem ich ihnen sage, was für sie das richtige Leben sei. Wie kann ich das tun [...]. Ich kann ihnen nur sagen, was das falsche Leben ist, so wie du mir das auch sagen könntest. Und nur aus dieser gleichsam Zusammenarbeit der Menschen, und nur daraus, bilden sich revolutionäre Klassen; in dieser Zusammenarbeit in bestimmter Negation zu sagen, was das falsche Leben ist, das das richtige Leben verstellt, nur da ist ein richtiges Leben möglich. Richtig leben heißt, das Falsche nicht leben. Nicht mitmachen.“ (zitiert nach *junge Welt* vom 20.1. 2018)

5 Eine wirklich umfassende Umwandlung dieser Gesellschaft ist nicht möglich, ohne denen, die die Macht haben, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu bestimmen, genau diese Macht aus der Hand zu nehmen. Wie soll man zum Beispiel eine Autoindustrie zum ökologischen Umdenken bringen, die mit Hilfe von Affen und Menschen die Unschädlichkeit von Stickoxiden beweisen will und die in großem Ausmaß Abgaswerte fälscht? Wie bringt man eine Chemieindustrie, der beim Verkauf von Glyphosat die Folgen für Mensch und Umwelt scheinbar egal sind, oder Saatgutkonzerne, die Monopole auf Saatgut durchsetzen, dazu, ihr profitorientiertes Handeln zu ändern? Was ist sorgsames Umgehen mit Gütern und Reparatur von Produkten

gegen geplante Obsoleszenz, eine Strategie also, in der die Obsoleszenz eines *Produkts* vom Hersteller konzeptionell vorgesehen ist, geboren aus dem Streben nach Profit? Oder eine andere Frage: Wer setzt denn mit wem (und auf wessen Kosten) die Arbeitszeitverkürzung durch?

6 Auch an den Auslassungen von Niko Paech kann man erkennen, dass er keine grundsätzliche Kapitalismus- oder gar Imperialismuskritik vornimmt. Gibt es denn eine größere Ressourcenverschwendung als Kriege? Jeder Schuss zerstört materielle Ressourcen mit dem Ziel, ... Menschen zu töten. Der gesamte militärisch-industrielle Komplex bedeutet eine gigantische Verschwendung bzw. Vernichtung von Material, Energie und Menschen schon im Frieden und noch mehr im Krieg. Diese Auslassung macht Bruno Kern nicht, der die ressourcenverschlingende Rüstungsproduktion in seinem Artikel „Das gemeinsame Boot hat Schlagseite“ in *Lunapark* 21 Nr. 40 (2017), S. 18 dankenswerterweise mit aufgeführt hat.

7 Ich weiß nicht, wie viel Menschen die Erde ernähren kann. Allerdings gehe ich davon aus, dass es nicht das natürliche Bedürfnis des weiblichen Körpers ist, das Mutterkreuz zu erwerben. Gegenüber den hergebrachten Strukturen wie Patriarchat, männerdominierten Religionen, Tradition und Moral ist ein harter Kampf für das Recht der Frauen auf den eigenen Körper, das Recht auf Abtreibung und für Aufklärung über Empfängnisverhütung zu führen.

8 Beim Konzept der Regionalwährungen scheint mir eine Idealvorstellung von Geld vorzuliegen, das nur in einem kleinen, geographisch engen Bereich funktionieren kann, nämlich auf Gutscheine-Basis, nicht aber als allgemein anerkanntes Tauschäquivalent. Im Kapitalismus ist dieses allgemeine Äquivalent aber unerlässlich, und es ist systembedingt gleichzeitig die unabdingbare Voraussetzung für den Kredit. Hinzu kommt: Der Kapitalismus basiert bekanntlich auf dem Prinzip der privaten Bereicherung und so ist es nur folgerichtig, dass das Geld gleichzeitig auch Spekulationsobjekt ist. An diesen grundlegenden Fakten ändern auch kleinräumig funktionierende Gutscheine nichts. Die Geldwirtschaft aufheben bedeutet, die Warenwirtschaft aufheben und sie durch eine demokratisch geplante Güterwirtschaft ersetzen. Aber genau das, nämlich den Kapitalismus zu überwinden, wollen Paech und Gleichgesinnte nicht.

9 Niko Paech setzt sich auch mit dem auseinander, was er als Marxismus versteht. Ich sehe in diesen Ausführungen eine sehr oberflächliche und verfälschende Marx-Rezeption. So stellt er fest: „Insoweit Kapitalismuskritik allein die unternehmerische Aneignung eines sogenannten ‚Mehrwertes‘,

der angeblich durch menschliche Arbeit entsteht, als ‚Ausbeutung‘ brandmarkt, greift sie viel zu kurz. Zu Lebzeiten von Karl Marx mag es noch leichtgefallen sein, zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten zu unterscheiden aber mit zunehmender Verbreitung materiellen Reichtums sowie einer stetig gewachsenen Distanz zwischen Verbrauch und Produktion verschwimmen diese Grenzen.“ (S. 37)

Niko Paech bringt damit zum Ausdruck, dass er Ausbeutung als moralische Größe begreift und nicht als eine Grundkategorie der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Dies wird an anderer Stelle bestätigt: „Wenn Ausbeutung darin besteht, sich materielle Werte anzueignen, die in keiner reziproken Beziehung [wechelseitigen Beziehung] zur eigenen Leistung stehen, dann ist sie keineswegs Unternehmen vorbehalten, wie der Marxismus suggeriert. Konsum ist ein mindestens so gutes Ausbeutungsinstrument, zumal entgrenzter materieller Wohlstand nur aus ökologischer Plünderung entstehen kann.“ (S. 61)

Auch hier tritt der verwendete Begriff der Ausbeutung als eine moralische Größe auf und hat nichts mit der wertschöpfenden Größe zu tun, wie sie in der Analyse der kapitalistischen Produktionsweise von Marx gebraucht wird.

Auch die Beschreibung der Arbeitswelt in den westlichen Industriegesellschaften wird stark idealisiert. Das klingt bei Werner Seppmann dann doch viel realistischer: „Die Zunahme der vermittelnden (heute in der Regel mikroelektronisch bzw. kommunikationstechnologisch unterstützten) Tätigkeiten ist also nicht Ausdruck einer Abnahme der produktiven Arbeit, sondern eines Wandels ihrer Organisationsformen. [...] Trotz vieler arbeitsorganisatorischer Veränderungen ist das Industriesystem vor allem in seinen Negativaspekten erstaunlich konstant geblieben. Arbeitsbelastung, Leistungsdruck und Reglementierung haben sich durch die Ausdehnung der hochtechnologischen Bereiche sogar verstärkt. Auch hinsichtlich der ‚klassischen‘ Belastungsformen haben die Arbeitsverhältnisse immer noch einen traditionell industriegesellschaftlichen Charakter: Ein Viertel aller Beschäftigten muss schwere Lasten tragen und heben, knapp 15 Prozent müssen in Zwangshaltungen (z. B. durch Überkopf-Arbeit) ihre Tätigkeiten ausüben, und 24 Prozent sind an ihrem Arbeitsplatz starker Lärmbelastung ausgesetzt. Dort, wo traditionelle Belastungen tatsächlich abgebaut wurden, geschieht das nicht selten um den Preis einer Intensivierung der Arbeit, höheren Leistungsdrucks und der Zunahme psychischer Belastungsmomente.“ (*Junge Welt* 5.2.18, Der verkannte Machtfaktor – Die Arbeiterklasse zwischen Mythos, Verleugnung und Realität)

Gehen wir nur mal kurz von der Utopie der „schönen neuen Welt“ aus, in der keine Arbeitskraft mehr nötig ist. Was passiert unter den heutigen Verhältnissen mit denen, die nicht ausgebeutet werden? Wir sehen dies jeden Tag, sie leben von Hartz IV, oder schlimmer noch sie verhungern in den, wie Donald Trump sagt, „Dreckslöchern“ dieser Welt.

10 Nach Paech streiten sich Neoliberale und Marxisten nur um die gerechte Verteilung eines mutmaßlichen Ertrags menschlicher Leistungen, der in Wahrheit Kapitalverzehr darstellt. Danach verschleiern ritualisierte Verteilungskämpfe zwischen Gewerkschaften und „Arbeitgeber“verbänden, dass sich dahinter eine beständige Komplizenschaft in der Aneignung von Zuwächsen verbirgt, die aus gesteigerter Ressourcenplünderung resultieren.

Den Kapitalismus nur als Verteilungsproblem zwischen Arm und Reich zu sehen, hat mit Marxismus wenig zu tun. Es mag vielleicht auf die Gewerkschaften zutreffen, aber der Sozialdemokratie ein solches Denken unterzuschieben, wäre heute sicher schon zu viel der Ehre.

„Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Karl Marx, *Das Kapital*, MEW 23: 529 f)

In der jüngsten Ausgabe von *Widerspruch – Münchner Zeitschrift für Philosophie* herrscht überraschende Einigkeit unter den Autoren auch hinsichtlich der „analytischen Kraft“ des „Kapitals“, welche nicht nur die Produktivität, sondern vor allem die Destruktivität der kapitalistischen Produktionsweise begrifflich macht. So legt Elmar Altvater dar, dass allein die Einsicht in den „Doppelcharakter der Arbeit“ (zitiert nach *junge Welt* vom 5.2.18, S. 10) ein richtiges Verständnis der kapitalistischen Dynamik der Naturzerstörung ermöglicht.

Zusammenfassend

wollen wir betonen: Uns Marxist*innen kommt es darauf an, dass die Produzierenden die Produktion selbst in die Hand nehmen, um gemeinsam zu bestimmen, was, wie und wie viel produziert wird. Wenn dies demokratisch gemeinsam geplant wird, ergibt sich die Möglichkeit, dass dann ausschließlich Gebrauchswerte und keine Tauschwerte (Waren) produziert werden. Dies wird mit Sicherheit bedeuten, dass man sich z. B. von der heutigen Autogesellschaft abwenden wird (mittels Ausbau des ÖPNV usw.).

Heute werden gewaltige Mengen an menschlicher Arbeitskraft und Ressourcen für Unsinn oder auch zur

Herstellung destruktiver Produkte verwendet. Das reicht von Trash-TV bis zur Waffenproduktion. Allerdings sind Schlagzeilen wie „In der Armutsfalle“ oder „Menschen wird die Existenzgrundlage entzogen“ auch ein Hinweis darauf, dass die ungleiche Verteilung des produzierten Reichtums uns nicht gleichgültig sein kann. Solange alle 5 Sek. ein Kind an Hunger stirbt (!), solange im Winter ein Kältebus durch Frankfurt fahren muss, solange 50% der Arbeiter*innenklasse in der Welt in prekären Verhältnissen lebt, solange man bei der Fahrt mit der S-Bahn von Wiesbaden nach Frankfurt die Obdachlosen auf den Bahnsteigen schlafen sieht, ist die ungleiche Verteilung nicht ein „Klagen auf hohem Niveau“, sondern ein Wesensmerkmal der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Deshalb ist es unabdingbar, die ökologischen Kämpfe mit den sozialen Kämpfen zu verbinden.

Schritte zu einer anderen Gesellschaft kann man heute schon angeben, wie zum Beispiel die Vergesellschaftung wichtiger Sektoren wie Energiebereich, Verkehr, Gesundheitsversorgung. Die Konversion der Autoindustrie unter Kontrolle der Produzent*innen und Konsument*innen ist eine strategische Achse, die ganz andere Perspektiven eröffnet als die Fortentwicklung des Car-Sharing. Nur dann wird nämlich ein Ausstieg aus der ökonomisch völlig widersinnigen und ökologisch verheerenden Autogesellschaft möglich sein.

Eine andere Gesellschaft ist nötig, und zwar bald. Für den Weg dorthin gibt es leider den „Roten Stein der Weisen“ nicht. Was aber mit Sicherheit gilt: „Jede linke Praxis, die mehr sein will als Ideologiekritik und sektiererische Besserwisseri, wird immer eine Gratwanderung zwischen dem Opportunismus der kleinen Schritte und der radikalen Systemkritik sein. Da hilft nur ein Programm von linken Übergangsforderungen, die reale gesellschaftliche Kämpfe radikalieren. So etwas zu entwickeln, liegt durchaus noch in den Möglichkeiten der Linken.“ (Thies Gleiss)

Aber: Ohne diese radikalen gesellschaftlichen Kämpfe läuft nichts.

1 Hauptsächlich dargelegt in seinem Buch „Befreiung vom Überfluss – Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie“, München 2012 (Oekom-Verlag).



ZUM VERHÄLTNIS VON MARX UND FREUD

Die Geschichtstheorie von Marx (Sozialgeschichte) und die von Freud (Lebensgeschichte) setzen einander voraus, auch wenn sie einander ignorieren.

■ Helmut Dahmer

1 Marx und Freud sind einander nie begegnet, obwohl der 19-jährige Freud, angehender Student der Physiologie und Zoologie und Darwin-Leser, den 57-jährigen Emigranten Marx und dessen Freund Engels im Sommer 1875 leicht in London hätte treffen können, als er seine beiden Halbbrüder in Manchester besuchte. Marx hatte damals gerade seine berühmten „Randglossen zum Gothaer Programm“ geschrieben und korrespondierte mit dem russischen Kommunisten und Soziologen Lawrow über die Verkürzung der Krisenzyklen und die Versuche (des Berliner Physiologen Traube), künstliche Zellen herzustellen. Anfang März jenes Jahres hatte der junge Freud seinem Freund Silberstein geschrieben: „Sozialistischen Bemühungen bin ich übrigens sehr wenig abhold, obwohl ich keine von den Formen kenne, unter denen sie heute auftreten. Es ist wirklich sehr viel faul in diesem ‚Kerker‘, Erde genannt, was durch menschliche Einrichtungen zu bessern wäre.“ An Gesprächsstoff hätte es also den dreien nicht gemangelt. Allein sie trafen sich nie, schrieben sich keine Briefe und lasen ihre Schriften nicht. Beider „Hauptwerke“ erschienen im Abstand von (nur) drei Jahrzehnten: *Das Kapital* (Bd. I) 1867, *Die Traumdeutung* 1900.

2 Hegel hatte in der *Phänomenologie des Geistes* (von 1806) und in der 1812–14 veröffentlichten großen *Logik* versucht, seine Zeit (und die gesamte Geschichtezeit) in Gedanken zu fassen. Doch die gesellschaftlich-politische

Entwicklung ging weiter, und die innere Dialektik seines „Systems“ sprengte alsbald dessen Rahmen. Seit Kant versuchten die bedeutendsten deutschen Philosophen, die Erfahrung mit der Französischen Revolution zu verarbeiten. Warum mündete die erfolgreiche Revolution des „Dritten Standes“ in Krieg und Terror, warum wurde sie dann rückläufig (im sogenannten „Thermidor“), warum konnte sich der Revolutionsgeneral Napoléon zum Kaiser aufschwingen? Warum kam die verheißene Freiheit vor allem Privateigentümern zugute, warum gab es Gleichheit nur vor dem Gesetz, warum blieb die Brüderlichkeit auf der Strecke? Die Resistenz alter und neuer Institutionen gegen Veränderung provozierte die Ausbildung einer neuartigen Wissenschaft: der Kritik obsoleter Institutionen.

3 Die ausschlaggebenden Kritiker der Hegelschen Philosophie waren sein naturphilosophischer Gesinnungsgenosse Schelling und sein Schüler Ludwig Feuerbach. Feuerbach kritisierte die (christliche) Religion, die der Hegelschen Geschichtsphilosophie zugrunde lag, und setzte anstelle des „Weltgeists“ als historisches Agens die Menschheit (oder „den“ Menschen) als Geschichtssubjekt ein. Die Religionen verstand er als eine grandiose „Projektion“, als eine von vielen Generationen geschaffene, ihrem Bewusstsein jedoch entzogene Darstellung ihrer Wünsche und Möglichkeiten in mythologischer Gestalt. Marx kritisierte diesen Feuerbachschen „anthropologi-

schen“ Materialismus als zu abstrakt. Weil der Mensch ein leidendes *und* ein denkendes Wesen ist, mit sich selbst und seinem „natürlichen“ Milieu in Auseinandersetzung steht, hat er eine Geschichte, in deren Verlauf er sein Milieu und sich selbst fortlaufend verändert. An die Stelle „des“ Menschen tritt darum im Marxschen „historischen“ Materialismus die in Klassen (oder Quasi-Klassen) gespaltene Menschheit, die ihr Leben auf unterschiedlichen Niveaus technischer Naturbeherrschung in verschiedenartigen „Gesellschaftsformationen“ organisiert, deren Struktur den Vergesellschafteten kaum bewusst (vielmehr selbstverständlich) ist und erst retrospektiv von Historikern erschlossen werden kann.

4 Freud studierte die naturwissenschaftliche, gegen die „Naturphilosophie“ (Schellings) gerichtete, physikalisch orientierte Medizin seiner Zeit (die Physiologie der „Helmholtz-Schule“) ebenso wie die Arbeiten der (französischen) Psychologen, die sich für Grenz-Phänomene – wie die Hypnose – interessierten (Charcot, Liébault, Bernheim). In den europäischen Metropolen traten gegen Ende des 19. Jahrhunderts neuartige „organische Leiden ohne organischen Befund“ auf, die im Rahmen der zeitgenössischen Medizin unerklärlich blieben. Freud wurde in seiner Praxis mit solchen „Neurosen“ konfrontiert und suchte nach einer geeigneten Therapie, was natürlich zunächst die Kenntnis der Ätiologie [Ursache für das Entstehen einer Krankheit] dieser Störungen vom Typus der Hysterie voraussetzte. Sein Versuch, das Rätsel der Hysterie, der Obsessionen und Phobien zu lösen, führte ihn zur Entdeckung, dass seine Patientinnen und Patienten in besonderer Weise an der ihnen zugemuteten Lebensform litten, es sich also bei ihren Krankheiten nicht um „naturale“, sondern um „soziale Leiden“ (Ferenczi) handelte, die im Laufe der Sozialisation akquiriert wurden.

5 Im Zuge der Aufklärung des Rätsels der Hysterie ergab sich alsbald die Aufklärung eines anderen Rätsels, und zwar desjenigen, das die Träume darstellten. Und anhand der Traumdeutung entwickelte Freud eine völlig neuartige Psychologie. Er wandelte sich auf diesem Wege von einem Objekt- (oder Natur-) Wissenschaftler zu einem Subjekt-Wissenschaftler, der Individuen, die sich selbst abhanden gekommen waren, im Zuge therapeutischer Dialoge, die auf die Wieder-Erinnerung verschütteter Traumata der Lebensgeschichte zielten, dazu verhalf, die verlorene Autorschaft ihres Lebens wiederzugewinnen. Aus der Perspektive von Menschen, die an der bestehen-

den „Kultur“, die noch keine ist, leiden – weil sie ihnen mehr abverlangt, als sie ihnen gibt –, entwickelte Freud schließlich eine Kritik der auf Ungleichheit, Herrschaft und Aberglauben basierenden Gesellschaft der Gegenwart, in der es die Menschen, wie er (1930) schrieb, so weit gebracht haben, dass sie einander bis zum letzten Mann ausrotten können. Wie die Marx'sche Gesellschaftstheorie ist die Freud'sche Therapeutik keine Naturwissenschaft, sondern eine Kritik (lebens- und kulturgeschichtlicher) Institutionen, die als „natürliche“ imponieren, ohne es zu sein.

6 Marx wie Freud – der Feuerbach seinen Lieblingsphilosophen nannte – knüpften an dessen „anthropologischen Materialismus“ an. Der eine entwickelte daraus eine neuartige Theorie der Sozialgeschichte, der andere eine neuartige Theorie der Lebensgeschichte. Beide Geschichtstheorien setzen einander voraus, auch wenn sie einander ignorieren. Geht es in der Sozialgeschichte um die Revision der etablierten Formen von Herrschaft und Knechtschaft (Ausbeutung), um die Revision der Verteilung von Armut und Reichtum, von Lasten und Lüsten, so müssen die vergesellschafteten Individuen diesen Konflikt – als einen von Triebwünschen und Befriedigungschancen – in sich austragen. Er bildet das zentrale Thema ihrer Lebensgeschichten.

7 Die moderne, „bürgerliche“ oder „kapitalistische“ Gesellschaft hat sich, von ihren europäischen Ursprüngen ausgehend, in den letzten Jahrhunderten weltweit verbreitet. Ihre Besonderheit besteht darin, dass sie tradierte Formen von Subsistenzwirtschaft auflöst, das heißt: Menschen aus ihrer Bindung an das von ihren Gemeinschaften bewirtschaftete Territorium herauslöst, sie von ihren Lebens- und Arbeitsmitteln trennt, sie also in „freie Lohnarbeiter“ (oder „abhängig Beschäftigte“) verwandelt. Dieser langfristige, noch immer fortschreitende Enteignungsprozess erzeugt „vereinzelte Einzelne“, die überhaupt nur in modernen Marktgesellschaften überlebensfähig sind. Diese (modernen) Individuen sind widerstrebende Träger ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse, und sie bilden die ständig wachsende „Welt-Lohnarbeiterklasse“, von der Marx hoffte, sie würde eines (baldigen) Tages das kapitalistische Weltsystem abschaffen. Gespalten in die nationalen Arbeiterklassen der reichen Gläubiger- und der armen Schuldnerländer, terrorisiert durch die Menschenfresser-Regime des vorigen Jahrhunderts, sieht es derzeit nicht so aus, als wäre die Lohnarbei-

terschaft in der Lage, einen neuen Weltkrieg rechtzeitig zu verhindern.

Zu unserem Glück ist „die Geschichte“ offen, und wie so manche Fromme *glaub(t)en*, der „Messias“ könne in jeder Sekunde auf- und eintreten, so wissen wir Unfrommen, dass auch in unserer Lebenszeit immer wieder erhoffte Wendungen unverhofft eingetreten sind und eintreten werden. Wieso? Weil in *allen* Menschen das Ungenügen mit den bestehenden Verhältnissen rumort (Marx: Körperschwäche und Eigensinn; Freud: Feindschaft gegenüber der bestehenden „Kultur“), und es zum einen darauf ankommt, welchen Weg dieser Änderungswille einschlägt – abhängig von den jeweils gegebenen (und geduldeten) linken und rechten Organisationen und ihrer Politik –, zum andern darauf, welche realen Veränderungs-Möglichkeiten die (objektiv) in Klassen und Schichten vergesellschafteten Menschen aufgrund ihrer „Lage“ und ihrer Stellung im Produktionsprozess haben. Pessimismus in der Theorie (d. h. auf alles gefasst sein!) und Optimismus in unserer Praxis scheint mir noch immer eine brauchbare Formel (der sowohl Horkheimer als auch Gramsci anhängen).

8 Die Individuen stehen den von ihnen geschaffenen und von ihnen unterhaltenen Institutionen (und deren Auswirkungen) fremder denn je gegenüber. Darum gibt es nicht *eine* Sozialwissenschaft, sondern zwei, nicht *eine* Kritik der Institutionen, sondern zwei davon: eine Kritik sozialgeschichtlich entstandener und eine Kritik lebensgeschichtlich gebildeter Institutionen. Beide haben einen gemeinsamen „Vater“ – die Hegelkritik –, erkennen einander aber nicht als Geschwister. Im vorigen Jahrhundert haben vielmehr Marxisten und Freudianer, die beide ein Monopol auf Welterklärung beanspruchten, einander entweder ignoriert oder gegeneinander Krieg geführt.

9 Die beiden radikalen Kritiken – die eine am Rätsel der Warenproduktion und der Krisen ansetzend, die andere am Rätsel der Träume und der Neurosen – entfernten sich so weit vom Welt- und Selbstverständnis ihrer Zeitgenossen, dass sie von Anfang an verkannt und verpönt wurden. In der Rezeptionsgeschichte figuriert Marx als ein Dogmatiker, der „alles“ auf wirtschaftliche „Interessen“, Freud als ein Monomane, der „alles“ auf Sexualität zurückführen wollte. Marx' wie Freuds Kritik unterlagen – auch bei ihren Anhängern – einem Reduktions- und Erosionsprozess, in dessen Verlauf sie dem *Common Sense* der zeitgenössischen Soziologie und Psychologie wie-

der angenähert und sodann einverleibt wurden. Aus der Marx'schen Revolutionstheorie wurde – in der Sowjetunion – eine Partei- und Staatsreligion, aus der Psychologie des Unbewussten – im Hitlerreich – eine Anpassungs- und Ertüchtigungsdisziplin.

10 Diese Erosions- und Konformierungsprozesse wurden durch die widersprüchliche Struktur der beiden Kritiken begünstigt, die der widersprüchlichen Struktur ihres „Objekts“, das eigentlich ein Subjekt ist, entspricht. Marx zufolge haben sich die Ausbeutungssysteme – der „asiatischen“, „antiken“, „feudalen“ und „bürgerlichen“ Produktionsweise – „naturwüchsig“, also ungeplant entwickelt, und weder die Masse der Vergesellschafteten, noch ihre Ideologen hatten ein deutliches Verständnis von der Funktionsweise der Gesellschaft ihrer Zeit. Erst wenn – auf der kapitalistischen Stufe der Vergesellschaftung – die Grundstruktur *jeder* Vergesellschaftung einer kleinen Gruppe von „Ökonomen“ zu Bewusstsein kommt, vermögen sie die der modernen „vorhergehenden Formen der Vergesellschaftung“ (Marx) anhand der historischen Quellen beschreibend zu analysieren.

11 Die „klassischen“ Ökonomen des bürgerlichen Zeitalters (Smith, Ricardo) haben die Gesellschaft ihrer Tage als die endlich erreichte ideale und definitive – weil „natürliche“ – missverstanden. Und auch ihr Kritiker, Marx, sieht in den periodisch auftretenden Krisen (und ihrer Periodizität) die quasi-natürliche Resultante von Milliarden von wirtschaftlich relevanten Aktionen der Vergesellschafteten, die versuchen, ihren Vorteil wahrzunehmen, und dabei nicht wissen können, was sie tun (und anrichten). Die Wirtschaftsakteure werden also – mit Schelling zu sprechen – zu potentiellen Opfern ihres „bewusstlosen Produzierens“, sei es, dass sie, entsprechend dem Konjunkturverlauf, ins Proletariat oder gar ins Lumpenproletariat hinabstürzen, sei es, dass sie, um ihrer Selbsterhaltung als Kapitalisten willen, Tausende oder Millionen anderer Existenzen ruinieren. Diese „Naturgeschichte“ (in der der Mensch dem Menschen, wie Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert schrieb, ein Wolf ist) kann und wird erst enden, wenn die ausgebeutete Mehrheit ihr ein Ende macht, die Expropriateure expropriert und an die Stelle des bewusstlos ablaufenden Konzentrations- und Verelendungsprozesses des „Kapitals“ eine demokratisch kontrollierte Welt-Planwirtschaft setzt. Die „Naturwüchsigkeit“ menschlicher Vergesellschaftung ist also, Marx zufolge, eine nur historische, eine auf Widerruf. Das

„Subjekt-Objekt“ der Geschichte kann zu deren Subjekt werden. Dazu bedarf es einer (dialogischen) Erinnerung unserer Menschheitsgeschichte, wie Hegel sie in seiner *Phänomenologie* und Schelling in seinem *System der Weltalter* (1827/28) ausgeführt haben. In Marx' Formulierung:

„Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit auf *sachlicher* Abhängigkeit gründet, ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten.“¹

Die „Ware“ Arbeitskraft kann ihrer selbst bewusst werden und (in kollektiver Aktion) das Lohnarbeitsverhältnis abschaffen. Doch das dem „Proletariat“ „zurechenbare“ Bewusstsein (G. Lukács) ist eine bloß mögliche Entwicklung seines empirischen (oder „abfragbaren“) Bewusstseins. Darum bedarf es einer „Vorhut“-Organisation, wie Marx und seine Nachfolger im frühen 20. Jahrhundert sie sich dachten, deren Sprecher die Lohnarbeiterschaft an ihr schlummerndes Potential zur Expropriation der Expropriateure und zur Selbstverwaltung erinnern.

12 Um die Vergänglichkeit – oder Überwindbarkeit – einer bestehenden Sozial- oder Seelenverfassung zu erweisen, bedarf es der Erinnerung ihrer Genese. In der Konstellation des freudianischen Therapeuten und seines Klienten (oder Patienten) kehrt das – von Marx formulierte – Verhältnis von Partei und Klasse wieder. Das (geschwächte) Ich des Patienten bildet, so Freud, eine „Partei“ (Freud) gegen die übermächtigen, unbewusst wirkenden Gewalten des „Es“ (des Reservoirs der Triebwünsche) und des „Über-Ichs“ (der verinnerlichten sozialen Gewalt, die die Individuen zur Reproduktion der herrschenden Moral anhält). Durch Schwächung der Gewissens-Instanz zugunsten der Ich-Instanz – der einzig bewussten im Seelenhaushalt – soll der Klient die Verfügung über ihm entglittene Symptome wiedererlangen. Dabei stützt die Arzt-Patient-„Partei“ sich zunächst auf die „Realität“, die keine Konstante, sondern eine historische Variable ist. Besteht in der Gesellschaft, in der Arzt und Patient leben, eine gesellschaftliche Opposition, so kann die thera-

peutisch – durch Brechung des Wiederholungszwangs – wiedererlangte Kritikfähigkeit dem Klienten auch zur Überwindung seiner „loyalen Denkhemmung“ (Freud) verhelfen. Psychotherapie geht dann in Sozialkritik über.

Wien, 04.05./22.06.2018

Aus *Avanti*², Nr. 48/49 von Juli/August 2018.

1 Marx, K. [1857/1858]: Ökonomische Manuskripte 1857/1858. *Marx-Engels-Werke*, Bd. 42; Berlin (Dietz) 1983, S. 91.



inprekorr

INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

Ein portugiesisches Märchen
SEITE 20

Griechenlands Martyrium geht weiter
SEITE 26

Mexico: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich
SEITE 30

Volksaufstand in Nicaragua gestoppt – für den Augenblick
SEITE 35

Friedlicher Aufstand des Volkes
SEITE 41

USA-Dossier
SEITE 46

Trump und die neoliberale Weltordnung
SEITE 56

Sommer 1938:
André Breton
und Leo Trotzki
treffen sich in
Mexiko
SEITE 64

EIN PORTUGIESESISCHES MÄRCHEN

Die sozialdemokratisch geführte Regierung in Portugal erscheint als Ausnahme vom allgemeinen Niedergang der europäischen Sozialdemokratie. In der Bekämpfung der Austeritätspolitik fällt ihre Bilanz jedoch weniger eindeutig aus.

■ **Catarina Principe**

Der ehemalige Premierminister Pedro Passos Coelho pflegte zu sagen: „Portugal ist nicht Griechenland.“ Der Wahrheitsgehalt dieses Satzes bestand nicht darin, dass diese beiden Länder eine unterschiedliche Austeritätspolitik betrieben hätten. Unter dem Diktat der Troika (Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank und Europäische Kommission) schossen Arbeitslosigkeit und Armut in die Höhe, der Arbeitsmarkt wurde weiter liberalisiert, die Steuern wurden durchgängig um 35 % erhöht, Banken wurden gerettet und die Sozialausgaben gekürzt. Hunderttausende von Menschen sind ausgewandert.

Der Unterschied zu Griechenland lag auch nicht in der Stärke der portugiesischen Wirtschaft. Die staatlichen Strukturen sind dort sogar noch schwächer als in Griechenland und die Wirtschaft ist noch stärker vom Kerneuropa abhängig, nachdem in den vier Jahrzehnten der europäischen Integration fast alle Produktionssektoren zerstört worden waren. Dieser Prozess lief genauso ab wie in Griechenland. Portugal sollte als Vorbild für das übrige Europa dienen und zeigen, dass Austeritätspolitik funktioniert.

Der Widerspruch besteht darin, dass Portugal zwar bekanntlich eine linke Regierung hat, aber dies bedeutet nicht, dass sie keine Austeritätspolitik umsetzt. Zwar werden Sonntagsreden über die Armutsbekämpfung gehalten, aber nicht die Bevölkerung dazu aufgerufen, sich gegen

die von der EU auferlegte Sparpolitik zu wehren. Portugal ist also weniger ein Testfall für eine neue linke Politik als vielmehr ein lebendes Beispiel, an welchem Grenzen eine Regierung stößt, wenn sie das Zwangskorsett der Sparpolitik durchbrechen will.

Passivität statt Rebellion

Um die gegenwärtige Lage in Portugal zu verstehen, müssen wir begreifen, inwiefern sie sich von Griechenland unterscheidet. Als Griechenland 2010 das Memorandum auferlegt wurde, war die sozialdemokratische Pasok an der Regierung. Die Folge war die sog. „Pasokifizierung“: die Erosion der klassischen Sozialdemokratie und ihre Hinwendung zum unverhüllten Neoliberalismus.

Dieser Prozess begann nicht erst mit der Pasok, denn die schärfsten Sparmaßnahmen während der vergangenen 30 Jahre wurden oftmals von den sozialdemokratischen Parteien in ganz Europa durchgesetzt, wie im Fall von Schröders Agenda 2010. Aber nirgendwo ging dieser Prozess so weit wie in Griechenland, wo schlagartig die traditionelle sozialdemokratische Partei von der Bildfläche verschwand.

In Portugal hingegen wurde das Memorandum zwar von drei Parteien unterschrieben – der rechten Volkspartei (CDS-PP), der ebenfalls rechtsgerichteten „Sozialdemokratischen Partei“ (PSD) und der Sozialistischen Partei (PS) – aber an der Regierung war eine Rechtskoalition

während der ersten vier Jahre, die Portugal unter den Vereinbarungen mit den europäischen Institutionen zu verbringen hatte. Dies schuf eine andere politische Situation, dass nämlich die PS als eine Opposition zur harten Sparpolitik wahrgenommen wurde und daher die linken Parteien, die entschieden gegen die Sparpolitik kämpften, viel geringere Wachstumschancen hatten als Syriza in Griechenland.

Obwohl es unter der Bevölkerung riesige Mobilisierungen gegen die Sparpolitik gegeben hat, erreichte dieses Unzufriedenheitsgefühl nie eine organisierte (partei-) politische Ebene. Daher blieben die Aussichten auf eine linke Rebellion in Portugal gering, was ein weiterer Grund war, an diesem Land ein Exempel zu statuieren. Der EU und besonders Deutschland ging es um den Nachweis, dass Austeritätsmaßnahmen zu einem positiven Ausgang führen sollen. Für Merkel, die ihrerseits die Politik der Niedriglöhne und sozialen Einschnitte fortsetzt, wäre es politisch katastrophal, wenn Austeritätspolitik nur unter extremen sozialen und politischen Krisenbedingungen durchsetzbar wäre oder gar eine Linke in den Sattel hieven würde, die diese Sparpolitik beendet. Portugals Schuldenkrise schien daher die beste Gelegenheit, die positiven Folgen einer Sparpolitik zu demonstrieren, die unter den Bedingungen einer geringen sozialen Mobilisierung und einer unkritischen Befolgung der Maßgaben der Troika auferlegt wird.

Portugal ersuchte die EU 2011, ein Jahr nach Griechenland, um Rettung und wurde von Beginn an als „Musterschüler“ behandelt. Portugal sei nicht mit Griechenland zu vergleichen, hieß es gebetsmühlenartig und zu Recht. Ab Ende 2014 durfte die EZB mittels der portugiesischen Zentralbank öffentliche portugiesische Schuldverschreibungen direkt erwerben, eine Form des „quantitative easing“. Dies hatte zwei Vorteile: Die Zinssätze auf die Schulden gingen zurück und ein Teil der Zinszahlungen seitens der portugiesischen Regierung floss an die eigene Zentralbank und erhöhte somit die liquiden Mittel im eigenen Wirtschaftskreislauf. Ein Vorgehen, das die europäischen Institutionen Griechenland niemals gewährt hätten.

Auch als 2016 das Haushaltsdefizit über dem im Fiskalpakt festgelegten Limit lag, verhängte die Europäische Kommission keine Sanktionen gegen Portugal und Spanien. Dies war eine politische Entscheidung, mit der nicht nur die portugiesische Regierung mehr Spielraum bekommen sollte, sondern in erster Linie die spanische Linke in Schach gehalten werden sollte, da dort die Zwangssparmaßnahmen die politische Krise zu verschärfen drohten.

Im März 2018 erzielte die portugiesische Regierung mit der EU-Kommission sogar eine Vereinbarung, wonach

die Kosten für die Rekapitalisierung der staatlichen Bank Caixa Geral de Depósitos aus dem Haushaltsdefizit herausgerechnet werden durften. Trotz dieser Entscheidung bezifferte das EU-Statistikamt Eurostat das portugiesische Defizit auf 3 %, und damit über der Obergrenze des Fiskalpakts und weit über der Prognose der Regierung von 0,9 % (das wäre das niedrigste Defizit aller Zeiten gewesen).

Wieder einmal hat die EU ihr wahres Gesicht gezeigt: Sie jongliert mit den Zahlen, solange dies zu ihren politischen Zielen passt – und solange sich die politischen Akteure in den peripheren Ländern an die Regeln aus Brüssel halten.

In diesem Sinne lässt sich durchaus sagen, dass Portugal nicht Griechenland ist. Während Griechenland als Beispiel dafür dienen sollte, was mit denen geschieht, die sich nicht an die Regeln halten, soll Portugal ein Beispiel der europäischen Erfolgsgeschichte sein. Und dieser politische Schritt, der unter den Rahmenbedingungen einer wirtschaftlichen Erholung stattfand, führte dazu, dass sich wieder ein „Mitte-Links-Block“ etablieren konnte, von dem kein ernsthafter Widerstand gegen die Verhängung von Sparmaßnahmen ausgehen würde.

Die sozialdemokratische Variante des Neoliberalismus im Aufwind

Die Parlamentswahlen im Oktober [2015] erbrachten keine klaren Mehrheiten. Wohl erhielt die Koalition der rechten Parteien eine relative Mehrheit, konnte aber kein Mandat für eine Regierungsbildung erzielen. Am Ende entschloss sich die PS, in die Regierungsverantwortung zu gehen. Anderthalb Monate lang wurde das weitere Vorgehen innerhalb der Partei debattiert. Sollte sich die PS als Juniorpartner in eine von der Rechten geführten Koalition begeben (ein noch nie in diesem Land dagewesener Präzedenzfall), oder sollte sie auf die Herausforderung der Linken eingehen und eine Regierungsbildung mit deren Unterstützung aushandeln? Entgegen den meisten Erwartungen entschied sie sich für Letzteres.

Retrospektiv war dies ein geschickter Schachzug, weil er der PS infolge der zwar langsamen, aber beständigen wirtschaftlichen Erholung in Europa und auch in Portugal den Spielraum dafür verschaffte, eine gemilderte Form der Sparpolitik praktizieren zu können. Zudem war es der perfekte Augenblick, die Linke in die äußerst delikate Pflicht zu nehmen, eine Regierung zu unterstützen, die niemals eine ernsthafte Anti-Austeritäts-Politik betreiben oder sich auf die Forderungen der Linken einlassen würde.

Die PS hatte kaum in Betracht gezogen, dass das Wahlergebnis sie zu einer Übereinkunft mit der Linken

zwingen könnte. Stattdessen hatte sie auf eine absolute Mehrheit gehofft, da die Bevölkerung die Sparpolitik der rechten Regierung satt hatte. Weit gefehlt, denn das rechte Bündnis erhielt 38,5 % und sie selbst bloß 32,3 %.

Auftrieb hingegen erhielten die Parteien links der Sozialdemokratie. Der Linksblock und die CDU, eine Koalition aus KP und Grünen (in Portugal eher eine Vorfeldstruktur der KP) gewannen 10,2 bzw. 8,2 %. Mit über einer halben Million Stimmen war dies für den Linksblock ein Rekordergebnis. Obwohl die rechten Verfechter der Austeritätspolitik die (relative) parlamentarische Mehrheit behielten, kamen die Kräfte, die nicht nur die Sparpolitik, sondern den Kapitalismus als solchen rundum ablehnten, auf nahezu 20 %. Das Ergebnis für die KP kam wenig überraschend, aber dass beide Parteien zusammen so viele Stimmen erhielten, zeigt, wie sehr die Krise zu einer bisher einmaligen politischen Polarisierung in Portugal geführt hat.

In einer der letzten Vorwahldebatten überraschte die Sprecherin des linken Blocks, Catarina Martins, António Costa von der PS mit der Aufforderung, nach den Wahlen ggf. über die Bildung einer linken Regierung zu diskutieren, vorausgesetzt, er streiche ein paar eher allzu neoliberale Punkte aus seinem Programm. Diese Aufforderung blieb erst einmal unbeantwortet und die PS, die eingangs die Vorschläge des Linksblocks als unrealistisch abgetan und gemeinsam mit der Rechten die Position vertreten hatte, dass diese das Land so wie Syriza in einen Albtraum stürzen würde, hüllte sich in Schweigen.

Die drei wichtigsten Bedingungen, die der linke Block als Gegenleistung für die Unterstützung einer Minderheitsregierung an die PS stellte, waren: 1. das Einfrieren der Renten zu beenden, 2. keine weitere Senkung der paritätischen Sozialversicherungsbeiträge vorzunehmen und 3. die Liberalisierung des Arbeitsmarktes zu stoppen. Wenn sie diese drei Punkte akzeptieren wollte, müsste die PS ihr politisches und ökonomisches Programm revidieren.

Dies war eine geschickte Taktik, weil die PS so gezwungen wurde, sich politisch zu positionieren und ihre Präferenzen offen zu legen. Allerdings stellten sich die drei Prämissen, an die sie geknüpft war, im Weiteren als falsch heraus, dass nämlich erstens die PS die Wahlen gewinnen würde, zweitens der Linksblock ein schlechteres Wahlergebnis erzielen würde und drittens sich die PS weigern würde, mit der Linken zu verhandeln.

Das unklare Wahlergebnis erzwang eine Reihe von Koalitionsverhandlungen. Das hervorragende Ergebnis des

Linksblocks und sein Vorstoß bei der Präsentation der Vorbedingungen für ein Abkommen mit der PS rückten ihn ins erste Glied bei diesen Verhandlungen. Und gemeinsam mit der KP und den Grünen war er nunmehr gezwungen, sich zur Regierungsbildung zu positionieren.

Die Verhandlungen liefen kompliziert und angespannt und zumeist hinter verschlossener Tür. Alle drei Parteien verhandelten separat über ein Abkommen mit der PS und waren daher gezwungen, ihre Karten jeweils offen zu legen, während sie sich untereinander nicht abstimmten oder gemeinsame Vorschläge auf den Tisch legten. Nach über einem Monat an Verhandlungen einigten sich der Linksblock und die CDU mit der PS auf ein Ergebnis, in dem sie sich verpflichteten, für den Haushalt und verschiedene andere Gesetze zu stimmen. Am 26. November 2015 konnte somit eine PS-Regierung mit Unterstützung der linken Parteien ihr Amt antreten.

Die Vereinbarung erlaubte es den linken Parteien, gegen einige Maßnahmen der Regierung zu stimmen, da sie nicht der gleichen Disziplin unterliegen wie in einer echten Koalition. Sie betonten auch, dass dies nicht ihre Regierung sei und dass damit nicht die grundlegenden Probleme des Landes gelöst wären. Zugleich versuchten sie jedoch, auf die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine Beendigung der schlimmsten Sparmaßnahmen einzugehen.

Die Einigung bezog sich eigentlich bloß auf das erste Regierungsjahr, worauf neue Verhandlungen folgen sollten. In Wahrheit jedoch bildet das Einigungspapier die Grundlage für sämtliche Verhandlungen dieser Parteien über den jeweiligen Staatshaushalt. Wegen solcher „unprofessionellen“ Dinge hat ein Politiker der Rechten die neue Regierung als „Dingsda“ – auf Portugiesisch *Geringonça* – verunglimpft, ein Begriff, der sich inzwischen eingebürgert hat und selbst bei den kritischen Unterstützer*innen dieses Konzepts gebraucht wird.

Das Abkommen stieß auch auf einigen Widerstand, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Innerhalb der PS attackierte der ehemalige Parteisekretär die neue gemäßigt linksgerichtete Parteiführung. Auf europäischer Ebene gab es sehr unterschiedliche Reaktionen auf diese Situation, je nach politischer Provenienz. Die Parteien und Vertreter der sozialdemokratischen „Sozialistischen“ Internationale verhielten sich eher wohlwollend. Doch Finanzminister Wolfgang Schäuble stand der neuen Regierung kritisch und skeptisch gegenüber. Insofern ging es bei den Verhandlungen auch um die „Zufriedenstellung“ der europäischen Institutionen, die die PS darüber beruhigen musste, dass die Beziehungen zu Europa (Eu-

rozone, EZB, Verträge und Schulden) durch die Einigung mit den Linken nicht gefährdet seien. Für die PS war das Placet seitens der EU ausschlaggebend für die Fortsetzung der Verhandlungen.

Obwohl dieses Abkommen die Zunahme der Massenverarmung gestoppt hat (was das eigentliche Ziel der Regierung war und weniger, die Sparmaßnahmen als solche zu beenden), wäre es naiv anzunehmen, dass all dies Portugal zum wirtschaftlichen Aufschwung verholfen hat. Neoliberale Gazetten wie die *Financial Times* preisen das portugiesische Wunder als Wirtschaftsaufschwung dank der neuen linken Regierung, die das Haushaltsdefizit auf nur noch 2 % gesenkt hätte. Eine ernsthafte Betrachtung muss jedoch zwischen Fakt und Fiktion unterscheiden und die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung in Portugal betrachten.

Zunächst einmal versteht es sich, dass in Zeiten der Krise das Haushaltsdefizit tendenziell zunimmt, da die wirtschaftliche Aktivität und damit die Staatseinnahmen sinken, während die Ausgaben für soziale Absicherung, Arbeitslosengeld und Bankenrettungen zunehmen. Dieses steigende Defizit soll durch Austeritätspolitik angeblich korrigiert werden, indem staatliche Investitionen und Ausgaben (für soziale Belange, versteht sich, während der Finanzsektor unvermindert die Hand aufhalten darf) gekürzt und Steuern erhöht werden, um die Einnahmenseite zu verbessern.

Tatsächlich jedoch verschärft die Austeritätspolitik das Problem, statt es zu beheben, und erzeugt einen Teufelskreis aus niedrigeren Löhnen, weniger Konsumausgaben, höheren Steuern und wachsender Staatsverschuldung. Aber Portugal hat in der Tat eine Verschnaufpause bekommen, die das Land aus diesem Kreislauf befreit hat. Während das portugiesische Haushaltsdefizit in den Memorandum-Jahren langsam aber stetig abnahm, prognostizierte die EU für 2016 ein Defizit von 2,7 % und damit über der im Fiskalpakt festgelegten Grenze. Die eigene Prognose der portugiesischen Regierung für das Defizit im Jahr 2016 lag bei 2,2 %, letztendlich aber landete sie bei 2 % und damit dem niedrigsten Haushaltsdefizit der letzten vierzig Jahre. Sie erwartet nun einen Rückgang des Defizits auf 0,9 Prozent (ohne die Ausgaben für die Rekapitalisierung der öffentlichen Banken). Die Zahlen deuten auf einen drastischen Wandel der Wirtschaftspolitik hin. Gab es einen solchen tatsächlich?

Die einfache Antwort darauf lautet nein, auch wenn einige Faktoren komplizierter ausfallen. Die drei Staatshaushalte dieser Regierung zielten bisher nicht darauf ab, die

Sparpolitik zu beenden, sondern sie zu begrenzen – daher das Gerede von der Beendigung der „Verarmung“. Dass die Austeritätsmaßnahmen nicht mehr so hart ausfielen, hat eine sehr geringe Einkommenserholung ermöglicht (vor allem für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und Rentner*innen) und damit wieder der zuvor arg gebeutelten Mittelschicht ein wenig aufgeholfen.

Weitere Faktoren für das sinkende Defizit waren der Tourismusboom – eine bekanntlich sehr konjunkturelle Angelegenheit –, der Preisverfall des Erdöls (der bei importabhängigen Ländern stark durchschlägt) und v. a. die Abkehr von dem Dogma, es gäbe keine Alternative zur Austeritätspolitik. Krise und Sparpolitik erzeugen Furcht und konservatives Verhalten auch auf der Konsumebene. Wenn dann eine Regierung etwas Spielraum gewinnt und für einen kleinen Einkommenszuwachs sorgt, kann sie auch für eine optimistischere Grundstimmung sorgen, nämlich dass „es mit der Sparpolitik vorbei ist und alles nunmehr besser wird“. Das sorgt dann auch für ein anderes Konsumverhalten, weil die Leute bereit sind, mehr auszugeben, und kaufen oder einen Kredit aufnehmen. Das wiederum hilft dem wirtschaftlichen Aufschwung.

Portugal hat eine tiefe Rezession durchgemacht, in der Produktionskapazitäten brachlagen, weil es keine Abnehmer für die Produkte gab. Seit aber der Binnenkonsum durch einheimische Verbraucher und besonders die Touristen wieder angestiegen ist, wächst die Produktion wieder, ohne dass dafür neue Investitionen erforderlich wären. Die staatlichen Investitionen befinden sich seit dem Antritt der neuen Regierung auch auf einem historischen Tiefstand und auch die privaten Investitionen bleiben niedrig. Und obwohl sich demnach die Produktionskapazität des Landes nicht strukturell geändert hat, gibt es ein Wirtschaftswachstum.

Dies ist jedoch nicht verwunderlich, da Binnenfaktoren wie die leichte Einkommensverbesserung, die entfallene Drohkulisse der Austeritätspolitik und das folglich geänderte Konsumverhalten und – wichtiger noch – äußere Faktoren zusammenwirken. Nicht nur, dass Teile der europäischen Institutionen die Regierung unterstützen, auch die politische Krise im Nahen Osten kommt dem Land zupass, weil dadurch der Ölpreis gefallen ist und die Touristen nicht mehr dorthin strömen, sondern Ziele wie Portugal bevorzugen.

Bei näherer Betrachtung liegen die Probleme mit dieser Regierung anderswo. Die von der Troika aufgezwungenen Arbeitsgesetze blieben unangetastet, es gibt nach wie vor kaum Tarifverhandlungen und die Prekarität ist

auf dem Vormarsch. Nach einer Studie des Observatório das Desigualdades (Beobachtungsstelle für Ungleichheit) liegt die Arbeitslosenquote real bei 17,5 % und damit zwar deutlich niedriger als die 28 % des Jahres 2013, aber auch deutlich über den regierungsoffiziellen Zahlen von 8,5 %. Nahezu alle neu entstandenen Stellen sind prekär. Die öffentlichen Dienstleistungen gehen weiter zurück: Das Gesundheits- und Bildungswesen ist stark unterfinanziert und steht kurz vor dem Zusammenbruch. Das portugiesische Bankensystem ist eine tickende Zeitbombe, nachdem weitere Banken mit öffentlichen Geldern gerettet werden mussten, aber nicht unter staatlicher Kontrolle stehen, so dass es noch anfälliger für Verwerfungen in den europäischen Zentralstaaten geworden ist als 2008. Das zentrale Problem der Verschuldung des Landes ist de facto aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden.

Dennoch wurde der portugiesische Finanzminister Mário Centeno, der vom EU-Kommissar für Wirtschaft und Finanzen, Pierre Moscovici, als „Ronaldo der portugiesischen Finanzen“ bezeichnet wurde, zum Präsidenten der Eurogruppe gewählt. Dies ist ein geschickter symbolischer Schachzug, nicht nur um den übrigen sozialdemokratischen Parteien zu zeigen, wie die Revitalisierung der europäischen Sozialdemokratie aussehen könnte, sondern auch als Lob für den „Musterschüler“ in der Peripherie, der die Regeln Brüssels befolgt hat. Auch wahltaktisch geht das Kalkül der PS auf: Nicht nur hat die Partei bei den Kommunalwahlen 2017 ihr bisher bestes Ergebnis erzielt, sondern Umfragen zufolge kann sie fast auf eine absolute Mehrheit bei den Parlamentswahlen 2019 rechnen.

Die Linke in Geiselhaft

In ganz Europa stehen die traditionellen sozialdemokratischen Parteien am Scheideweg. Ihre miserablen Wahlergebnisse in den meisten westeuropäischen Ländern und die nicht minder schlechten Prognosen für die Europawahlen 2019 sind Ausdruck ihres strategischen Dilemmas. Auch wenn der Spielraum für eine sozialintegrative Politik definitiv verschwunden ist, legt das Beispiel Portugals nahe, dass die Sozialdemokratie nur überleben kann, wenn sie eine sozialere Politik betreibt. Dies schlägt sich auch in einer äußerst interessanten Debatte innerhalb des Führungszirkels der portugiesischen PS nieder: ein Flügel plädiert für eine Fortsetzung und Ausweitung der jetzigen Politik, während sich der andere für den sog. Dritten Weg, eine Sozialdemokratie à la Blair stark macht.

Da die Parteien der „Sozialistischen Internationale“ den politischen Raum, den sie einst besetzt hatten,

zunehmend aufgeben, wächst die Rechte in ganz Europa. Obwohl es die Hinwendung der traditionellen Sozialdemokratie zum Neoliberalismus war, die den politischen Raum für das Wachstum der Rechten schuf, argumentieren diese Parteien inzwischen sogar, dass die Menschen ihre neoliberalen Programme schlucken sollten, anstatt den Weg für diese reaktionären Kräfte zu ebnen. So sieht heute das kleinere Übel in Europa aus. So gewinnt die Linke kaum an Zugkraft. Da im Vergleich zu 2015 die Konjunktur rückgängig ist, sind auch die Verteilungsspielräume für linke Parteien geringer als zuvor. In dem Maß, wie Portugal als Beispiel für eine mögliche Neuausrichtung sozialdemokratischer Parteien dient, ist es auch ein warnendes Beispiel für die radikale Linke.

Es wäre für den Linksblock sicherlich schwierig gewesen, die Bildung der sozialistisch geführten Regierung zu blockieren. Aber die Zwickmühle, in der die PS steckte, hätte durchaus erlaubt, mehr auszuhandeln, als der Linksblock letztlich erzielte. Sich auf ein solches Abkommen einzulassen, erfordert eine kohärente Strategie, um die Klippen zu umschiffen. Mit einer solchen Strategie hätte man die Widersprüche der PS-Regierung zuspitzen sollen und – aufbauend auf der zunehmenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung – die Tolerierung davon abhängig machen müssen, dass eine tatsächliche Abkehr von der Sparpolitik stattfindet. Dies hätte natürlich ein mögliches Ende der Tolerierungspolitik impliziert, selbst wenn es mit vorübergehenden Stimmeinbußen bei den Wahlen verbunden gewesen wäre.

Stattdessen ist die radikale Linke inzwischen nahezu unfähig, aus der gegebenen Konstellation auszubrechen. Auf welcher Grundlage könnte sie heute ein neues Abkommen verweigern, wenn die PS ein solches vorschlägt? Im Jahr 2015 konnte man solche Kompromisse noch mit dem Verweis auf eine drohende rechte Regierung rechtfertigen, aber gibt es 2019 wieder einen vergleichbaren Vorwand?

Die Wahrheit ist, dass der Linksblock heute die Geisel der PS ist. Er ist inzwischen auf vielen Ebenen geschwächt, von der Mitgliederzahl bis hin zu seiner politischen Aktivität und seinem Programm. Und obwohl die gegenwärtige Lage prekär ist, verhält sich die Partei skeptisch gegenüber ernsthaften strategischen Debatten oder abweichenden Positionen innerhalb der Partei.

Bei der notwendigen strategischen Debatte geht es nicht darum, ob wir für institutionelle Machtpositionen kämpfen sollen oder nicht, sondern welche besondere Rolle und welche Priorität die radikale Linke diesem Bereich

beimessen soll. Wenn unsere Analyse ergibt, dass eine Politik in den Institutionen zwar dazu dienen kann, unsere politischen Forderungen besser zu verbreiten, letztlich aber auf diese Weise nicht die Gesellschaft als Ganze umgewälzt werden kann, dann müssen wir geeignete organisatorische Vorkehrungen treffen, um in diesen Institutionen arbeiten und Nutzenwendungen daraus ziehen zu können und zugleich unsere außerparlamentarische Arbeit stärken. Selbst in Zeiten, wo die sozialen Mobilisierungen rückläufig sind, hat die radikale Linke die Verantwortung, solche Bewegungen wiederaufzubauen, sie untereinander zu verknüpfen und unsere Kräfte für die unerlässlichen Konfrontationen mit der herrschenden Macht zu wappnen.

Dazu brauchen wir Parteien, deren Entscheidungen an der Basis getroffen werden und die vielfältige Kader ausbildet und Demokratisierungsprozesse vorantreibt.

Nur so schaffen wir es, dass enttäuschte Anhänger der klassischen sozialdemokratischen Parteien gemeinsam mit den antikapitalistischen Bewegungen und Organisationen in der Gesellschaft kämpfen. Wenn aber die Parteien der radikalen Linken eine Strategie einschlagen, die letztlich nur den sozialdemokratischen Parteien wieder Auftrieb verschafft und die kritischen Elemente in diesen Parteien eher desavouiert, statt sie für die Linke zu gewinnen, und sie sich durch ihre Arbeit in den Institutionen bloß in ein Dilemma verstricken, dann sind sie auf dem Weg, bürgerlich-demokratische Formen und Verhaltensweisen zu kopieren. Aus Angst vor Wahlverlusten schrecken sie vor strategischen Optionen zurück, die auf eine Umwälzung der Gesellschaft abzielen, und sie verzichten darauf, ein dafür geeignetes politisches Instrument aufzubauen.

Was wir brauchen, sind neue Prioritäten. Die radikale Linke muss von ihrer Basis her aktiv sein und wachsen, basisdemokratische Elemente wiederbeleben und die Bewegung im Volk aufbauen. Sie muss dazu beitragen, dass autonom organisierte Kollektive aufblühen, die Arbeiterbewegung wieder auflebt und eine soziale und politische Front entsteht, die gegen die Sparpolitik gleich welcher Couleur kämpft. Noch stecken wir nicht in einer Sackgasse fest. Aber wenn wir uns mit den bescheidenen Erwartungen von heute zufrieden geben, statt auf die notwendige und von uns ersehnte gesellschaftliche Veränderung hinzuarbeiten, dann wird unsere Lage nur noch schlimmer.

■ *Übersetzung aus jacobin: MiWe*



GRIECHENLANDS MARTYRIUM GEHT WEITER

„Die EU-Kommission bleibt an der Seite Griechenlands, muss aber gleichzeitig sicherstellen, dass das Land seinen Verpflichtungen nachkommt. Das diesbezügliche Monitoring ist jedoch kein viertes Programm“, so die Bilanz des EU-Währungskommissars Moscovici, der die „Rettung“ Athens als europäische Erfolgsgeschichte sieht.

■ **Michel Husson**

Das dritte „Rettungspaket“ für Griechenland (Memorandum of Understanding) endet im August 2018, womit das Land allerdings noch nicht aus dem Schneider wäre. Das zwischen Griechenland und seinen Gläubigern getroffene Schlussabkommen beinhaltet im Grunde dreierlei Fallstricke oder bewusste Täuschungen. So werden die sozialen Auswirkungen einer zehn Jahre währenden blinden Austeritätspolitik verschwiegen, die angenommenen wirtschaftlichen Zukunftsdaten sind wenig plausibel und Griechenland soll auf unbestimmte Zeit unter Kuratel gestellt werden.

Die Heuchler in Brüssel

Die über das Abkommen weithin verbreitete Erleichterung wirkt vor dem Hintergrund der griechischen Misere geradezu obszön. Den Vogel schießt Pierre Moscovici ab, der auf seinem Blog schreibt: „So wie Odysseus schließlich nach Ithaka zurückgekehrt ist, erreicht Griechenland jetzt sein Ziel, zehn Jahre nach dem Beginn einer langen Rezession. Endlich kann das Land aufatmen, auf seine Anstrengungen zurückblicken und wieder voll Vertrauen auf die Zukunft schauen.“ Diese ostentative Selbstzufriedenheit ist nicht hinnehmbar und ein wirklich erbärmliches Nachtreden auf ein Volk, das man vorsätzlich malträtirt hat. Der EU-Kommissar lobt die Opfer, die das griechische Volk

gebracht hat als unvermeidlich, um „die größte Gefahr dieser Odyssee zu umschiffen, die für ihn nicht das Elend, die Arbeitslosigkeit, die Erkrankungen und Selbstmorde oder die Zwangsauswanderungen waren, sondern „das Monster namens Grexit“.

Der „Konformitätsbericht“ der Europäischen Kommission zollt denn auch ein ausführliches Lob, in dem er Punkt für Punkt die vorbildliche Umsetzung der mit dem „Hilfspaket“ verbundenen Auflagen durch die griechische Regierung benennt. Dieser Text ist ein Musterbeispiel eines unerträglichen „Neusprechs“, wenn es etwa über das öffentliche Gesundheitswesen heißt, dass „die Behörden ihre Verpflichtung erfüllt haben, die Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen weiter zu rationalisieren“. Ein ungeheuerlicher Zynismus angesichts der realen Situation, die so aussieht: „Das staatliche griechische Gesundheitssystem ist durch ein Maßnahmenpaket zerstört worden, das von den Gläubigern Griechenlands in den Bereichen der Primär- und Sekundärversorgung sowie in der Medikamentenversorgung seit 2010 auferlegt worden ist“, wie die Wissenschaftlerin Noëlle Burgi in einer sorgfältigen Recherche schreibt.

Ein Inferno

Eine in Athen angestellte Untersuchung liefert ein erschütterndes Bild über die dortigen Lebensumstände. 43 % der

Haushalte können es sich nicht leisten, ihre Wohnung zu heizen; 52 % sind außerstande, eine unvorhergesehene Anschaffung über 500 Euro zu tätigen und 49 % können sich keinen Urlaub leisten. 60 % der Befragten sind seit über zwei Jahren arbeitslos und nur 10 % erhalten Arbeitslosengeld – monatlich 360 Euro.

Zwischen 2010 und 2014 hat sich dort die Einnahme von Psychopharmaka um das Fünfunddreißigfache erhöht, die von Benzodiazepinen wie Valium um das Neunzehnfache und von Antidepressiva um das Elffache, wie *Le Monde diplomatique* schreibt.

Wie das Volk unter solchen Bedingungen „wieder voll Vertrauen auf die Zukunft schauen“ soll, bleibt Moscovicis Geheimnis.

Morgenthau – reloaded

Ist schon die Verdrängung der Realität hierbei schier unerträglich, so sind die Annahmen in diesem Abkommen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung schlichtweg fernab der Realität. Wieder werden dieselben Daten zugrunde gelegt, die sich seit 2010 als irrig erwiesen haben. Angenommen wird ein Primärüberschuss, der mit zunehmendem Wachstum ansteigt. Dieser Primärüberschuss, also die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Staates abzüglich der Zinszahlungen für die Staatsschulden, ist dabei die entscheidende Variable, von der die Zahlungsfähigkeit Griechenlands gegenüber den Gläubigern abhängt. Als folgsamer Schüler hat Griechenland diese Vorgaben bisher sogar übererfüllt. Statt der erwarteten 0,5 % des BIP in 2016 kam es auf 3,9 % und in 2017 statt 2 % auf 4,2 %.

Um ihren Gläubigern entgegenzukommen, hat die griechische Regierung eine mittelfristige Haushaltsplanung vorgelegt, die von der EU-Kommission in ihrem Konformitätsbericht abgesegnet wurde. Diese Planung ist komplett unrealistisch und legt ein Wachstum zugrunde, das bis 2020 auf 2,6 % steigt, um dann bis 2022 auf 1,9 % zurückzugehen. Ist bereits diese Annahme mehr als optimistisch, wird es erst recht abenteuerlich, wenn der angenommene Primärüberschuss von 2018 bis 2022 von 3,5 % des BIP auf 4,3 % steigen soll.

Eine solche Vorhersage liegt komplett außerhalb der Normen und man könnte hier die Formulierung anwenden, die der Europäische Rechnungshof in seinem Bericht über das Eingreifen der EU-Kommission in die griechische Finanzkrise gebraucht hat: „Die Kommission hat makroökonomische und budgetäre Hochrechnungen unabhängig voneinander getroffen, ohne sie in ein Modell einzubet-

ten.“ Es ist jedoch eine reine Fiktion, anzunehmen, dass ein solches Modell existieren könnte, in das eine solche Hochrechnung eingebettet werden könnte. Alle ernsthaften Wirtschaftler wissen, dass ein solcher Primärüberschuss nicht lange aufrechterhalten werden kann. In seiner Analyse über die Tragfähigkeit der griechischen Verschuldung verwies der IWF 2016 darauf: „Ein Haushaltsüberschuss von 3,5 % ist nur schwer zu erreichen und langfristig beizubehalten, besonders wenn eine lange Rezession vorangegangen ist und eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit besteht.“

Keine Aussicht auf einen Aufschwung

Statt die Energie darauf zu verschwenden, die mutmaßlichen Fehler zu kritisieren, die den Autoren dieser haarsträubenden Szenarien unterlaufen sind, sollte man besser ohne Umschweife darauf hinweisen, dass diese nützlichen Idioten im Grunde nichts zu vermelden haben. In technokratischer Manier basteln sie an der einzig relevanten Zahl herum, nämlich dem Primärüberschuss, weil sich darin Griechenlands Fähigkeit zeigt, für die Zinsen aufzukommen. Und nur das zählt. Die Kehrseite von diesem Aderlass sind weitere Strukturreformen, namentlich sinkende Sozialausgaben, was in Griechenland besonders die Renten betreffen wird, und die Blockierung notwendiger öffentlicher Investitionen.

Ein solches Szenario lässt keine Aussicht auf ein Wirtschaftswachstum zu. Bis zur Krise zogen die Investitionen eine höhere Arbeitsproduktivität nach sich. Seit der Krise hat sich diese wieder gedrittelt und liegt allenfalls auf dem Niveau von 1990. Tatsächlich ist Griechenland eines der wenigen, vielleicht sogar das einzige Land, in dem die Arbeitsproduktivität zurückgeht, und zwar um 1 % pro Jahr. Diese Tendenz wird nur schwer umzukehren sein, da die treibenden Kräfte gegangen sind: Ungefähr ein Drittel der Bevölkerung zwischen 15 und 29 – zumeist qualifizierte Leute – haben das Land verlassen. Dieser substantielle Verlust wird das demographische Ungleichgewicht weiter verschärfen und damit auch die Auswirkungen der Rentenreform, zumal auch die Geburtenrate seit Ausbruch der Krise zurückgegangen ist.

Die Handelsbilanz Griechenlands ist heute nahezu ausgeglichen. Dies wurde aber nicht durch einen Aufschwung der Exporttätigkeit erzielt, die durch die berühmt-berühmten „Reformen“ angeheizt werden sollte, sondern ist auf die automatisch sinkenden Importe während der Krise zurückzuführen. Jeder Wirtschaftsaufschwung hätte wieder ein Handelsbilanzdefizit zur Folge, da das Land besonders von Investitionsgütern abhängig ist. Ohnehin wäre das

ausländische Kapital natürlich sehr zurückhaltend damit, ein solches Defizit zu finanzieren.

Welches Schicksal dem Land blüht, zeigt ein Blick auf die Exporte Griechenlands. Ein wenig vereinfacht liegen seine größten spezifischen Ressourcen in der Handelsflotte – wobei die griechischen Reeder jedoch kaum Steuern zahlen und die Häfen nach und nach an chinesische oder sonstige Investoren verkauft werden – und im Tourismus. Dieser ist nahezu der einzige wachsende Wirtschaftssektor und erbrachte 2016 ein Viertel der Exportleistung und 7,5 % des BIP. Nimmt man die durch den Tourismus induzierten Effekte auf die übrige Wirtschaft hinzu, so kommt man für 2016 sogar auf einen Wert von 18,6 % des BIP, wie das *World Travel & Tourism Council* berichtet. Sogar fast ein Viertel (23,4 %) aller Arbeitsplätze sind an die Tourismusindustrie gekoppelt. Damit wäre die Lösung wohl gefunden: Mit attraktiven Tarifen immer mehr Touristen anziehen, die Risikoländer inzwischen meiden.

Eine untragbare Verschuldung

Die Verhandlungen über die griechische Verschuldung sind im Grunde ein Trugbild. Niemand glaubt ernsthaft an die mittel- oder langfristige Tragbarkeit der Schulden. Der IWF hat sich herausgezogen, weil er nicht daran glaubt, und selbst die EU-Kommission hat diskrete Vorbehalte geäußert. Die Eurogruppe tut so, als glaube sie, dass sich die Tragbarkeit der Schulden wiederherstellen ließe, indem sie behauptet, dass die Verschuldung von 188,6 % des BIP in 2018 zunehmend abnehmen würde auf 168,9 % in 2020, dann 131,4 % in 2030 und 96,8 % in 2060.

Dies ist aber wieder nur ein Zahlenspiel, um jedwede Annullierung der Schulden zurückweisen zu können. Die

Weigerung der Gläubiger gründet nicht darauf, dass sie selbst ihre Szenarien für valide halten, sondern einzig und allein darauf, dass sie ihren griechischen Schuldner disziplinieren wollen. Ihnen geht es letztlich nur darum, ein Maximum an Geld wieder herauszuholen und eventuelle Verluste so weit als möglich hinauszuschieben.

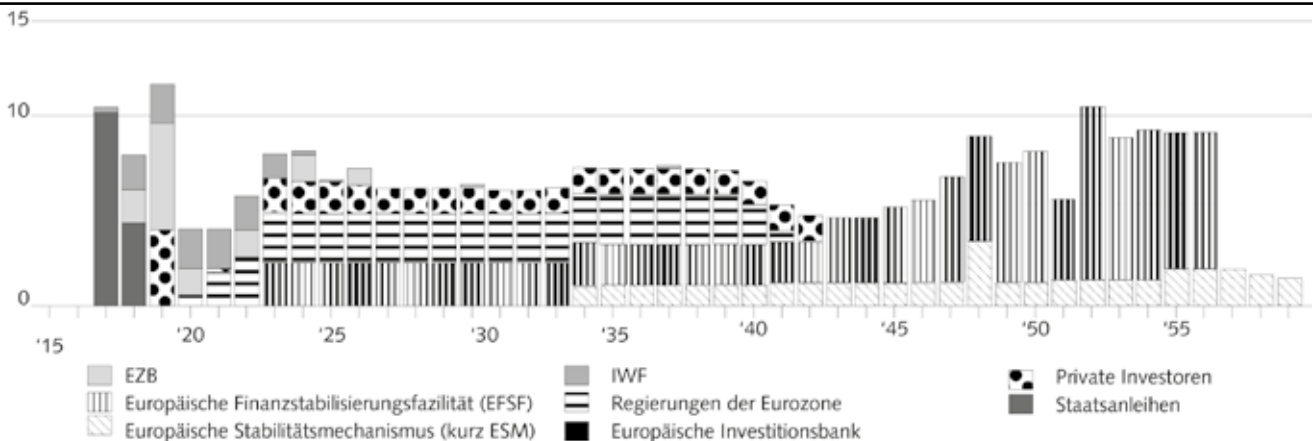
Um sich dies klarzumachen, muss man nur den nachfolgenden Tilgungsplan studieren, der im *Wall Street Journal* regelmäßig auf der Seite *Greece's Debt Due* gepflegt wird. Das Verlaufsprofil ist aberwitzig. Nach einem leichten Rückgang auf 8 Mrd. Dollar in 2018 steigen die Rückzahlungen 2019 auf fast 12 Mrd., um in den beiden Folgejahren auf je 4 Mrd. zu fallen. Dann geht es weiter wie auf einer Achterbahn, wobei nach 2040 ein leichter Abfall besteht und es dann fünf Jahre lang wie ein Feuerwerk abgeht, bis 2060 die Schulden endgültig getilgt sind (mit einer kleinen Entlastung in 2051). (siehe Grafik)

Das chaotische Verlaufsprofil liegt daran, dass die einzelnen Gläubiger die Schulden unterschiedlich handhaben. Die Verschuldung Griechenlands liegt heute bei 294 Mrd. Dollar, die wie folgt verteilt sind:

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)	131
Regierungen der Eurozone	53
Europäische Stabilitätsmechanismus (kurz ESM)	37
Private Investoren	34
Inhaber von Staatsanleihen	15
IWF	12
Europäische Investitionsbank	12

Hätten sich die europäischen Staaten und Institutionen, die 80 % der griechischen Schulden halten, nicht darauf verständigen können, wenigstens die Deadline in 2019

TILGUNGSPLAN DER GRIECHISCHEN STAATSSCHULDEN



aufzuweichen, wenn „der Refinanzierungsbedarf des Landes für Darlehenstilgung und Zinsen auf 21 Milliarden Euro steigt“? – fragt der Europäische Rechnungshof. Die Hälfte dieses Refinanzierungsbedarfs ist deckungsgleich mit den Schulden bei der EZB, dieselbe, die sich weigert, griechische Schuldverschreibungen zu kaufen. Ein Teil der Gewinne aus dem Ankauf dieser griechischen Schuldentitel durch Länder der Eurozone soll Griechenland letztlich gutgeschrieben werden, aber nur tröpfchenweise. Das Abkommen sieht trotzdem einen Liquiditätspuffer von 15 Mrd. Euro vor (wogegen das deutsche Parlament stimmte), was letztlich ein Eingeständnis darstellt, dass der Zeitplan nicht realistisch ist.

Somit sind alle Voraussetzungen gegeben, dass sich der teuflische Schneeballmechanismus wiederholt: Griechenland muss wieder Geld auf den Märkten aufnehmen, um seine Fälligkeiten zu bedienen, nunmehr aber zu einem Zinssatz von 3, 4 oder 5 %.

Ein offenes Geheimnis

Klaus Regling, der geschäftsführende Direktor des ESM zieht natürlich eine positive Bilanz aus dem Vorgehen der Eurogruppe. In einer Rede vor der Hellenic Bank Association am 12. Juni „gratuliert er dem griechischen Volk und seinen Politikern für diese Entwicklung zu einer moderneren Wirtschaft“. Das jetzige Ziel ist, dass Griechenland Zugang zu den Märkten bekommt, nachdem das (Reform-)Programm erfüllt ist. Dies ist wichtig für Griechenland, aber auch, nebenbei bemerkt, für die von ihm geführte Institution, weil sie „der größte Gläubiger“ des Landes ist. Es trifft zu, dass Standard & Poors's am 25. Juni Griechenlands Verbindlichkeiten von B nach B+ hochgestuft hat, was freilich nichts daran ändert, dass sich das Land zu erhöhten Zinsen refinanzieren muss. Denn wer würde schon Griechenland Geld leihen, ohne „zum Ausgleich“ eine Risikoprämie einzustreichen.

Aber Regling verhehlt auch nicht eine gewisse Sorge. „Erlauben Sie mir, dass ich zugleich darauf hinweise, dass Griechenlands Marktzutritt weiterhin auf tönernen Füßen steht. Um das Vertrauen der Investoren zu erhalten, muss das Land zeigen, dass es die Reformen voll und ganz umsetzt, aber selbst das könnte im Falle Griechenlands nicht ausreichen.“ Daher bedarf es einer Kontrolle, die besonders über das Frühwarnsystem des ESM funktioniert, und diese Kontrolle muss im Falle Griechenlands „engmaschiger und umfassender sein als in irgendeinem anderen Land.“

Ein paar Tage später erläutert er seine Beweggründe in einem recht bissigen Interview. Auf die Frage, ob

man die Schulden Griechenlands als langfristig tragfähig bezeichnen kann, antwortet Regling mit Nein und ließ sich anschließend recht hochtrabend über die mittelfristigen Maßnahmen aus. Seine vielsagende Antwort auf die Frage, wie lange Griechenland an den Reformen festhalten müsse, um das Vertrauen der Märkte zu gewinnen, lautete: „Die Umsetzung der Reformen ist eine Daueraufgabe, die nie zu Ende geht. Dies gilt für alle Länder auf der Welt, für die gesamte EU und daher auch für Griechenland. Für Griechenland vielleicht ein wenig mehr aufgrund der jüngeren Geschichte der griechischen Wirtschaft, die eine schwierige Anpassungszeit hinter sich hat.“

Weiterhin unter Kuratel

Der Chef der ESM wird noch präziser: Die Kontrolle Griechenlands durch das Frühwarnsystem „wird solange andauern, bis das ganze Geld zurückbezahlt ist.“ – „Also bis 2060?“, fragt der Interviewer und Regling antwortet: „Ja. Die Kommission wird aufhören, wenn 75 % beglichen sind, aber wir nicht. Wir werden bis zur letzten Fälligkeit kontrollieren.“ Und es wird sogar eine „verschärfte Kontrolle“ geben mit „einer vierteljährlichen Auswertung“, die für „eine bestimmte Anzahl von Jahren“ stattfindet.

Die Schlusserklärung der Eurogruppe vom 22. Juni enthält sogar eine Wiedervorlageklausel: „Die Eurogruppe wird bis zum Ende der Tilgungstreckung der Fazilität (FESF) 2032 prüfen, ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind.“ Diese Kontrolle dient dazu, zu überprüfen, dass „die Verpflichtungen eingehalten werden und dass es keinen Rückzieher bei den wichtigen Reformen gibt, die notwendig sind, um Griechenland auf den Weg zu einem stärkeren Wachstum zu bringen.“ Kurzum, Griechenland bleibt unter der Knute.

Dieser Pseudovertrag zwischen Griechenland und seinen europäischen Gläubigern ist als ein definitiver Ausstieg aus der Krise präsentiert worden. Dies ist doppelt falsch. Erstens können damit nicht die Schäden beseitigt werden, die der griechischen Gesellschaft systematisch zugefügt worden sind und deren Auswirkungen fortauern. Und zweitens eröffnet sich dadurch keine neue Perspektive für die griechische Wirtschaft. Und über diese beiden Punkte schweigt sich das Abkommen aus.

■ Übersetzung: MiWe



PACK SCHLÄGT SICH, PACK VERTRÄGT SICH

Ein loyaler Vertreter der bestehenden Ordnung wurde zum neuen Präsidenten in Mexiko gekürt. Große Hoffnungen auf eine demokratische Umgestaltung trafen auf hehre Versprechungen. Zumindest daran hat sich nichts geändert.

■ **Manuel Aguilar Mora**

„Bei den letzten Wahlen [vom 1. Juli 2018] hat es einen klaren Gewinner gegeben, Andrés Manuel López Obrador (AMLO-1953), der einen eindeutigen, überzeugenden und unstrittigen Sieg errungen hat“. „Die Anerkennung seines Siegs verschafft Sicherheit“, so lauten einige der Äußerungen von Enrique Peña Nieto, Präsident von Mexiko (von 2012 bis Ende November 2018). Damit fasst er zusammen, was die Mafia an der Macht, deren sichtbarster Ausdruck er selbst ist, in diesen Tagen nach dem erdrückenden Wahlsieg von AMLO denkt. In der Tat fand auch das erste Gespräch, das Obrador nach dem 1. Juli führte, mit Peña Nieto statt. Die beiden trafen sich zu zweit im Nationalpalast zu einem stundenlangen Gespräch, derweil die Journalisten auf seine Stellungnahmen im Anschluss warteten.

Herzliche Beziehungen zwischen Kontrahenten

Die anschließend veröffentlichten Fotos zeigten, wie die beiden beinahe wie alte Freunde beisammensitzen und in den Palastgängen wandeln, und einen Obrador, der seinem Amtsvorgänger applaudiert und ihm uneingeschränkt Lob und Unterstützung zollt. Den Medien gegenüber bezeichnete er das Treffen als herzlich und gratulierte Peña für sein Verhalten im Wahlkampf in den höchsten Tönen: „Ich selbst habe unter den Grabenkämpfen gelitten, die eines demokratischen politischen Systems unwürdig sind. Im Nachhinein muss ich zugeben, dass sich Präsident Enrique Peña Nieto respektvoll verhalten hat und dass die Wahlen

im Allgemeinen frei und fair verlaufen sind.“ Eine sicherlich schwer belegbare Behauptung, die Ricardo Anaya, der Kandidat der PAN-Koalition, der von der Regierung Peña als Geldwäscher beschuldigt worden war, sicherlich nicht teilen wird.

AMLO und Peña Nieto haben sich auf eine bestmögliche Zusammenarbeit in der fünfmonatigen Übergangszeit verständigt, die das veraltete Wahlgesetz zwischen der Präsidentenwahl und dem Amtsantritt des Gewinners vorsieht. Peña hat ihm hierbei versichert, dass das amtierende Kabinett mit dem designierten zusammenarbeiten wird, um den Amtsübergang abzuwickeln und bspw. den Haushalt 2019 zu erstellen. Beide haben unterstrichen, was ihnen gemeinsam am Herzen liegt, nämlich den Märkten und Investoren nachdrücklich zu versichern, dass deren Interessen gewahrt bleiben. Die Geschäftswelt war jedoch gar nicht auf den Gedanken gekommen, sich durch Obradors Wahlsieg aus der Ruhe bringen zu lassen und hatten die Kursschwankungen an der Börse und auf dem Währungsmarkt bereits eingepreist.

Folgerichtig fand dann auch anderntags ein Gespräch mit Vertretern des Unternehmerverbandes CCE (Consejo Coordinador Empresarial), darunter dessen Präsidenten Juan Pablo Castañón und anderen prominenten Mitgliedern wie dem meinungsstarken Claudio X. González statt. Diese lobten AMLO in den höchsten Tönen und versicherten ihre Kooperationsbereitschaft mit dem Führer der Nationalen Erneuerungsbewegung Morena. „Wir brauchen eine starke

und verlässliche Regierung“, meinte Castañón und schlug damit einen ganz anderen Ton an als vor den Wahlen. Damals hatten er und seine Kollegen AMLO in einem offenen Brief für seine Äußerungen gegenüber den Kapitalvertretern kritisiert und sich gegen dessen Kritik an der „herrschenden Mafia“, die durch ihre Absprachen mit der Regierung Peña Nieto bevorzugt würde, verwahrt. Galt ihnen AMLO damals als „Gefahr für das Land“, die man niemals wählen dürfe – so die beiden schwerreichen Magnaten Germán Larrea und Alberto Baillères – äußert sich deren gemeinsamer Freund und Kollege Alfonso Romo, designierter Kabinettschef unter AMLO so: „Zwischen den Vertretern der Privatwirtschaft und AMLO herrscht jetzt eitel Sonnenschein und bestes Einvernehmen“. Sie sind also nicht mehr Teil einer „raffgierigen Minderheit“, so wie der Tenor noch vor dem 1. Juli war.

Auch der Bau des neuen Internationalen Flughafens von Mexiko-Stadt (NAICM) soll nunmehr auf dem Gesprächsweg mit den Investoren „über die Realisierbarkeit“ vorangebracht werden und der Bau wird nicht mehr als das kritisiert, was er tatsächlich ist: ein ungeheurer Verstoß gegen die Umwelt in der Region des ehemaligen Salzsees von Texoco.

Die nächsten Stationen auf dem Weg ins Präsidentenamt sind schon vorgegeben: Trump und AMLO haben bereits gesprochen und Mike Pompeo, ehemaliger CIA-Chef unter Trump und jetziger Außenminister, wird das Land bald besuchen und Peña und AMLO treffen. Am 24. Juli treffen Enrique Peña Nieto und AMLO in Puerto Vallarta auf die anderen Vertreter der Freihandelszone Pazifik-Allianz (Chile, Kolumbien, Peru und Mexiko). Danach geht es um die weitere Ausarbeitung seines Regierungsprogramms und es stehen Visiten in den einzelnen Landesteilen an, um dort sein Entwicklungsprogramm vorzustellen.

In seiner Jubelrede auf dem Platz der Verfassung in der Nacht des 1. Juli hat sich AMLO im Überschwang dazu hinreißen lassen, seine Vorstellung von einem künftigen demokratischen Mexiko zu präsentieren und den Kapitalisten als den Herren des Landes eine Botschaft zu übermitteln. In aller Offenheit hat er über die Freiheiten gesprochen, die unter seiner Regierung gelten: natürlich die „Freiheit der Unternehmer“ und an erster Stelle die Versammlungs- und Redefreiheit. Insofern ist für jedermann klar, wohin die Reise unter AMLO gehen wird.

Die reichsten Leute in Mexiko, die in dem Unternehmerverband Consejo Mexicano de Negocios organisiert sind, haben rasch geschaltet und bereits 4 Tage nach den Wahlen von sich gegeben, dass sie die besten Verbündeten

des kommenden Präsidenten seien. Auch die Medien, und besonders die beiden größten Fernsehanstalten Televisa und TV Azteca, haben dabei mitgeholfen und rasch montierte Videos verbreitet, in denen sich all jene als energische und unverzichtbare Anhänger von AMLO präsentierten. Die „herrschende Mafia“ erklärt sich über Nacht zur Bewegung im Sinne des neuen Präsidenten.

Obradors Wahlstrategie

Das Verhalten von Peña Nieto gegenüber AMLO lässt sich im Grunde aus dessen Strategie während der letzten drei Jahre erklären. Im sicheren Bewusstsein, die Wahlen zu gewinnen, hat er dem Präsidenten und seiner Entourage avisiert, einen geräuschlosen Übergang zu organisieren. Ohne Umschweife hat er dabei eine Amnestie in Aussicht gestellt und zugesichert, dass er wegen seiner zahlreichen Verbrechen nicht belangt würde. Dennoch haben Peña Nieto und seine Mannschaft alles Mögliche unternommen, um AMLO am Wahlsieg zu hindern. Bis kurz vor den Wahlen gab es Gerüchte über eine bevorstehende Fälschung und Stimmenkauf. Der kolportierte Preis für eine Stimme lag angeblich bei mindestens 250 Dollar. Medienberichten zufolge ließen sich Tausende kaufen, aber Millionen von Wahlberechtigten verweigerten sich, wobei besonders die PRI dafür Geld ausgegeben hat. Die im Wahlkampf verwandte politische Taktik der Parteien und namentlich der PRI – einer Partei, die ihre jahrzehntelange Hegemonie komplett verloren hat – kam nicht gegen die Verbitterung im Volke an, die unter Peña auf Rekordhöhe geklettert war.

Der Erdrutschsieg vom 1. Juli (der in allen Bundesstaaten mit Ausnahme von Guanajuato, wo der ehemalige Präsident Vicente Fox von der PAN amtiert) hat viel verändert. Ausschlaggebend waren v. a. die soziale Unzufriedenheit und die Verdrossenheit vieler meist informell beschäftigter Bürger*innen über die verbrecherische Sparpolitik, die Privatisierungen und Gewalt und Repression während der vergangenen 30 Jahre, die unter der gegenwärtigen Regierung ihren Höhepunkt erreicht hat.

AMLO hat diese Stimmung aufgegriffen, zugleich aber, als loyaler Verfechter des Systems, auf die Wahlen statt auf eine außerparlamentarische Opposition gesetzt. Indes hat er diese Stimmung so weit als möglich ausgenutzt, allein um zu verhindern, dass die Wahlen wieder manipuliert werden konnten, so wie 1988 gegen Cuauhtémoc Cárdenas von der PRD und 2006 gegen ihn selbst. Einerseits bewegte er sich strikt innerhalb des Systems, andererseits kostete er das Bad in der Menge aus, was ihm

vielerseits den Vorwurf des Populismus einbrachte. In den zehn Jahren davor hat er mehrfach das ganze Land bereist und ist dabei zum populärsten und bekanntesten Politiker des Landes geworden.

Als Peña vor 6 Jahren zu Beginn seiner Amtszeit den „Pakt für Mexiko“ ausrief, der eine weitere Privatisierungspolitik unter dem Deckmäntelchen der „nationalen Einheit“ vorsah und dafür die Unterstützung aller drei traditionellen Parteien (PRI, PAN und PRD) einsammelte, hat sich AMLO klar distanziert. Stattdessen gründete er die Bewegung der Nationalen Erneuerung (Morena), die unter ihm in knapp 5 Jahren zur stärksten Partei geworden ist. Bei den Wahlen stimmten demnach auch über 30 Millionen Menschen (53 %) für ihn, während Ricardo Anaya für das Bündnis aus PAN und PRD nur 20,2 Millionen (22 %) und José Antonio Meade von der PRI nur 9 Millionen Stimmen (15 %) erhielten.

Damit erzielte er eine absolute Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses. Bei den zugleich stattfindenden Wahlen in neun Bundesstaaten gewann Morena in fünf von ihnen (Veracruz, Morelos, Chiapas, Tabasco und Mexico). An die PAN fielen Yucatán und Guanajuato, Jalisco ging an ein ihr nahestehendes Bündnis. In dem neunten Staat, Puebla, ist das Endergebnis zur Zeit noch offen.

Der Zerfall der traditionellen Parteienlandschaft

Das Debakel, das die drei traditionellen Parteien des Landes erlebt haben, hat die politische Szenerie durcheinander gewirbelt. In den neunzig Jahren ihres Bestehens, in denen sie die Politik Mexikos nachhaltig bestimmt hat, hat die PRI noch nie ein derart schlechtes Ergebnis erzielt: Nur einer der 300 Wahlkreise konnte gewonnen werden. Den Todesstoß hat sie sich selbst gegeben, als sie mit Meade einen Kandidaten aufstellte, der nie Mitglied der PRI gewesen ist, sondern als Staatssekretär unter Calderón von der PAN (2006 – 2012) und nachfolgend unter Peña Nieto gedient hat.

In dem nach Verhältniswahlrecht gewählten Parlament ist sie bloß noch die drittstärkste Kraft. Bereits bei ihrer ersten Niederlage im Jahr 2000 hat sich dieser Abstieg abgezeichnet, konnte aber vorübergehend unter Peña Nieto aufgehalten werden. Vollends das Genick aber haben ihr die zahlreichen Korruptionsskandale ihrer Gouverneure in etlichen Bundesstaaten bis hin zum Präsidentenpalast selbst gebrochen. Die Partei steht nunmehr vor einem kompletten Revirement, das aber angesichts der demoralisierten Führung schwierig werden wird, zumal die sozialen Verhältnisse nicht dafür sind. [...]

Viele sehen in Morena die legitime Nachfolgerin der PRI, liegen darin aber genauso falsch wie vor 30 Jahren, als die PRD als deren Neuauflage angesehen wurde. Die typischen Charakteristika der PRI – ein mit ihr verbundener korporatistischer Gewerkschaftsapparat und die traditionelle klassenübergreifende Ausrichtung – sind definitiv Vergangenheit. Auch wenn etliche politische Sektoren von ihr nachhaltig geprägt worden sind – notabene hat auch AMLO seine ersten politischen Gehversuche in der PRI unternommen – ist die Ära ihrer korporatistischen Herrschaft über die Volksmassen, die sich auf eine nationalistische Ideologie mit Wurzeln in den Mythen der Mexikanischen Revolution gründete, vorbei.

Diese Rolle war seit Beginn an eine bonapartistische Staatsform geknüpft – ein Erbe der Mexikanischen Revolution Anfang des vorigen Jahrhunderts. Träger des Bonapartismus war die offizielle Partei, die de facto eine nahezu totalitäre Einheitspartei darstellte und die der aufstrebenden, aber noch nicht hegemonialen Bourgeoisie die notwendige Unterstützung und soziale Förderung gewährte. Durch die sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen der vergangenen 40 Jahre ist eine komplett andere Szenerie entstanden. Die Bourgeoisie ist inzwischen mächtig und einflussreich genug, um direkt in das Staatsgeschehen einzugreifen, und ist daher nicht mehr auf die bonapartistischen Methoden und Praktiken angewiesen. Umgekehrt sind die mittlerweile politisierten Teile der Arbeiterklasse nicht an einer Wiederbelebung der PRI interessiert, sondern an Organisationen der eigenen Klasse.

Die PAN, die als klassische konservative Partei in den 30er Jahren gegründet worden war, ihre Hochzeit unter dem Präsidenten Lázaro Cárdenas 1934 – 1940 erlebte und sich in den vergangenen 30 Jahren die Macht mit der PRI teilte, ist ebenfalls sehr angeschlagen aus den Wahlen hervorgegangen. Zuvor hatte Ricardo Anaya die Partei gespalten, um seine Kandidatur durchzusetzen, indem er mit der PRD eine Allianz eingegangen war, die neue Wählerschichten erschließen sollte. Die Idee mag gut gewesen sein, scheiterte aber an zwei entscheidenden Hindernissen. Zum einen verlor die Partei viele Anhänger, als sich der Flügel um Margarita Zavala, Frau des ehemaligen Präsidenten Felipe Calderón, abspaltete und die traditionell konservativen Schichten durch die Allianz mit der PRD abgeschreckt wurden. Zum anderen wurde Anaya Opfer einer Intrige, die Peña Nieto gegen ihn angezettelt hat, indem er über die Generalstaatsanwaltschaft streuen ließ, dass Anaya in betrügerische Machenschaften oder gar in den Drogenhandel verstrickt sei. Zwar konnten die

Anschuldigen nie wirklich bewiesen werden, erfüllten aber ihren Zweck, den Ruf des Kandidaten nachhaltig zu schädigen. Damit blieb Anaya an zweiter Position und konnte zu keiner Zeit dem späteren Gewinner der Wahlen naherücken.

Das größte Debakel unter all diesen abgestürzten Parteien erlebte jedoch die „linke“ PRD, die 1989 von Cauthémoc Cárdenas, dem Sohn von Lázaro Cárdenas, gegründet worden war und durchaus glorreiche Zeiten erlebt hat. Mit bloß noch 5 % der Stimmen verlor sie ihre einstige Hochburg, die sie 20 Jahre lang halten konnte: Mexiko-Stadt. Weit abgeschlagen rangiert sie nun an vierter Stelle und ist mit nur noch wenigen Abgeordneten vertreten. Ihre Allianz mit der PAN fernab jeder ideologischen und politischen Grundlage kam einem politischen Selbstmord gleich, indem die Führungsriege um Jesús Ortega und Jesús Zambrano alle ihre politischen Prinzipien über Bord geworfen hat. Nachdem sie ihre Identität komplett aufgegeben hat, wird sie in absehbarer Zeit von der politischen Bildfläche verschwinden.

Ein kurzer Blühtraum ...

Die Geschwindigkeit, mit der sich die Ereignisse seit dem Erdrutschsieg von AMLO und seiner Partei überschlagen, erfordert eine sorgfältige Analyse und folglich auch politische Strategie. Durch die millionenfache Wählerschar, die in ihm eine Alternative sieht, um das soziale Elend und die Gewalt infolge der Regierungspolitik der letzten 30 Jahre überwinden zu können, genießt AMLO einen enormen Kredit. Wie lange diese Schonfrist anhalten wird, hängt von mehreren Faktoren ab. Man darf aber getrost davon ausgehen, dass die anstehenden Konflikte in seiner Amtszeit ihm kein ruhiges Regieren bescheren werden, sondern er mit Massenmobilisierungen und einer aufbegehrenden Bevölkerung konfrontiert sein wird.

Die Herrschaft der PRI währte 80 Jahre. Auch wenn sie bereits in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts Krisensymptome zeigte, konnten diese doch entweder durch brutale Gewalt – wie gegen die Studentenunruhen im Oktober 1968, die der damalige Präsident Gustavo Díaz Ordaz mit Hunderten von Toten und Verschwundenen unterdrückte – oder durch Reformversuche – für die in den 1970er Jahren unter Luis Echeverría und José López Portilla noch Spielraum vorhanden war – unter Kontrolle gebracht werden. Als diese Ära der Alleinherrschaft beendet war, wurde durch die Kooptation der Rechtspartei PAN in die Regierungsmacht versucht, die bürgerliche Vorherrschaft zu erneuern. Die dann folgenden Regierun-

gen unter Vicente Fox und Felipe Calderón sind jedoch dabei gescheitert, ebenso wie die dann folgende PRI-Regierung unter Peña Nieto.

Die Bourgeoisie hat akzeptiert, dass AMLO und seine Morena über die notwendigen Mittel verfügen, um unter den angespannten sozioökonomischen Bedingungen die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft zu gewährleisten. Dabei verhält sie sich eher pragmatisch, da ihr die Gefahren eines sozialen und politischen Kontrollverlusts bewusst sind, die durch das Trauerspiel der traditionellen Parteien heraufbeschworen worden sind.

Die Meinungen gehen jedoch weit auseinander, was die Stimmung in der Bevölkerung, die zu dem Erdrutschsieg von AMLO geführt hat, und die dadurch entstandene klassenpolitische Situation angeht. Die Mehrheit der einfachen Bevölkerung ist auf der Suche nach einer Alternative, um ihre zunehmend untragbaren Lebensbedingungen zu verbessern. AMLO wird mit den Aufrufen zu Mäßigung und Versöhnung, die er unmittelbar nach seinem Wahlsieg an die Gesamtbevölkerung gerichtet hat, diesen Erwartungen sicher nicht gerecht werden. Seine Appelle sind in einem Land, das von Gewalt, sozialen Spannungen und Ungerechtigkeit gezeichnet ist, reine Utopie. Die drückenden Probleme der Lohnabhängigen und Unterdrückten lassen sich nicht durch eine Aussöhnung mit den Schlächtern und Unterdrückern lösen.

Obradors politisches Programm kreist im Wesentlichen um zwei Achsen. Erstens plädiert er für eine soziale und saubere Politik und will gemeinsam mit seinen engsten Mitarbeitern mit gutem Beispiel vorangehen, um die Korruption an der Regierung zu beseitigen. Dies würde voraussetzen, dass er in seinem Haushaltsentwurf Milliarden Pesos dafür vorsieht, die Binnenkonjunktur zu stimulieren und Sozialprogramme zu finanzieren: Stipendien für die Student*innen und die Millionen Jugendlichen, die weder studieren noch eine Arbeit haben, ein öffentliches Gesundheitswesen für Jedermann und Altenpflege. Auf welchem Wege so etwas finanziert werden soll, dazu hat sich AMLO nie konkret geäußert, ebenso wenig zu seiner beabsichtigten Steuerpolitik. Lediglich hat er immer wiederholt, dass es keine Steuererhöhungen und keine zusätzliche Staatsverschuldung geben würde und natürlich keine Haushalts- und Steuerreform.

Die zweite Achse zielt auf das, was gemeinsam mit der Korruption bei sämtlichen Kandidaten Wahlkampfthema war, nämlich Gewalt, öffentliche Sicherheit und Befriedung des Landes. Hierzu hat sich AMLO damit beschieden, eine Amnestie für all die Kriminellen erlassen

zu wollen, die ihr Unwesen einstellen und eine günstige Sozialprognose aufweisen. Davon, die sozialen und ökonomischen Ursachen zu beseitigen, die erst die Delinquenz erzeugen, und damit das Problem an den Wurzeln zu packen, ist bei ihm nicht die Rede. In den Verlautbarungen bei seinen morgendlichen Mitarbeiterreffen heißt es nur, dass der Friedensprozess fortgesetzt würde und die Streitkräfte solange eine zentrale Rolle dabei spielen werden, bis sie durch neu zu schaffende Organe, etwa eine Nationalgarde, ersetzt werden können.

In allen anderen Bereichen vertritt AMLO keine nennenswerte Abwandlung des neoliberalen Kurses der letzten 30 Jahre. Davon, die Privatisierung des Energiesektors rückgängig zu machen, ist nicht mehr die Rede, lediglich soll die Abhängigkeit vom Ausland reduziert werden, etwa durch den Bau von Raffinerien. Zudem spricht er sich in der Tat für die Schaffung von „Freihandelszonen“ an der Nordgrenze des Landes aus, so wie sie in mehreren Ländern Mittel- und Südamerikas bereits bestehen und die ein Musterbeispiel für die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft und für Enklaven ausländischer Investoren außerhalb geltenden Sozialrechts darstellen.

Es gibt zwei neuralgische Punkte, an denen sich entscheidet, wie er zu der einfachen Bevölkerung steht, die ihn unterstützt und zu ihm aufschaut. Der erste davon ist der o. g. Neue Internationale Flughafen. Da ist er schon von seiner ursprünglichen oppositionellen Position zurückgerudert und wird sicher auf den Widerstand der betroffenen Bevölkerung stoßen, die ihr Land verteidigen und dafür kämpfen. An dieser Frage wird sich recht bald zeigen, wie er es mit dem einfachen Volk hält. Der zweite Punkt ist die Erziehungsreform. Bei den Wahlen hatte er die Unterstützung von Tausenden von Lehrer*innen der offiziellen Gewerkschaft als auch der Nationalen Koordination der Beschäftigten im Bildungswesen. Sie hofften alle darauf, dass er die Konterreform der alten Regierung rückgängig machen würde. Auch dies wird ein Lackmusktest für sein Verhältnis zu seiner Wählerbasis sein.

... und neue Herausforderungen

AMLO und die Morena stehen vor einer schweren Aufgabe, zumal die Gegensätze in den eigenen Reihen enorm sind. Morena und ihre Bündnispartner sind ideologisch und politisch sehr heterogen zusammengesetzt, so dass es an Obrador liegt, sie alle zu integrieren. Manche sind ehemals prominente Parteimitglieder der PRI oder PAN gewesen, andere entstammen stalinistischen und maoistischen Organisationen oder gehören den fundamenta-

listischen Katholiken oder Evangelikalen an. Obendrein haben die Mächtigen im Staat wie Carlos Slim oder die Medienzaren Azcarraga und Salinas Pliego ihre Mittelsmänner in Morena installiert, um weiter ihre Karten im Spiel zu halten, und auch korrupte Gewerkschaftsbonzen wie Napoleón Gómez Urrutia oder Elba Esther Gordillo haben sich ihren Platz gesichert. Auch eine so umstrittene Persönlichkeit wie Nestora Salgado, die eine Bürgerwehr im Bundesstaat Guerrero gegründet hat, kandidierte auf den Listen von Morena für den Senat.

Auf der anderen Seite hat die Mehrheit der Bevölkerung demonstriert, dass sie eine umstandslose Fortsetzung des herrschenden Parteiensystems nicht länger hinnimmt. Insofern lässt sich sagen, dass ein neuer Zyklus der Klassenkämpfe in Mexiko begonnen hat, der auch die Linke vor neue Herausforderungen und Perspektiven stellt.

aus: <https://alencontre.org/>

■ *Übersetzung und Bearbeitung: MiWe*



VOLKSAUFSTAND IN NICARAGUA GESTOPPT – FÜR DEN AUGENBLICK

Wie steht es um den Volksaufstand in Nicaragua? Was hat den Aufstand ausgelöst? Wer ist in den Aufstand involviert? Welche sind die wichtigsten nationalen und internationalen Akteure? Und welcher Art ist die Debatte der Linken in puncto Nicaragua?

■ **Dan La Botz**

Präsident Daniel Ortegas Regierung hat es nach vier Monaten massivster Unterdrückung (einschließlich durch Polizei- und paramilitärische Kräfte erfolgter Ermordungen, Entführungen und Folter von Regierungsgegnern) geschafft, den Volksaufstand in Nicaragua zu stoppen – bis auf Weiteres.

Im Juni und Juli hat die Ortega-Regierung Polizei- und paramilitärische Kräfte mit dem Auftrag losgeschickt, die Universitätsgelände, Klein- und Großstädte wie Masaya sowie Stadtviertel von Managua, die von der Opposition beherrscht waren, zu übernehmen. Dabei wurden Dutzende von Menschen getötet, andere wurden entführt, es gab zahlreiche Verletzte. Viele wurden verhaftet und gefoltert. Plausible Schätzungen besagen, dass 300 Personen getötet und Tausende verletzt wurden; belastbare Zahlen liegen zur Zeit nicht vor. Ortegas erneute Offensive gegen die zum größten Teil zunächst friedlichen Demonstrant*innen hat es für den Augenblick zwar geschafft, die Opposition zu lähmen, im Land brodelt es jedoch trotz allem weiter.

Neben Gewalt setzte Ortega in den letzten paar Monaten auf verschiedene weitere Taktiken, um die Bewegung niederzuschlagen. Ortega, der während seiner drei Amtszeiten als Präsident keinerlei Interesse an einer Landreform gezeigt hatte, forderte im Kampf gegen die „Business

Class“, mit der er seit den 1990er-Jahren zusammenarbeitete, seine Anhänger dazu auf, Ländereien zu besetzen, die bislang im Besitz seiner wohlhabenden Gegner*innen waren, von denen die meisten in der Landwirtschaft ihr Geld verdienen. Außerdem holte Ortega zu einem Schlag gegen die Hierarchie der katholischen Kirche aus, die er viele Jahre lang zu seinen Verbündeten zählte, die jetzt aber auf seiner Feindesliste steht, da sie die Opposition unterstützt. Er geißelte katholische Führungsfiguren in Nicaragua als Mitverschwörer in einem „Putsch“, der zu seinem Sturz führen sollte.

Einfache Bürger*innen und Werktätige, die sich den demokratischen Protesten angeschlossen hatten, Protesten, die dann zu einem friedlichen Volksaufstand wurden, verloren ihre Arbeitsplätze im Staatsdienst, etliche wurden verhaftet, des „Terrorismus“ angeklagt und ins Gefängnis geworfen. So wurden z. B. Ärztinnen und Ärzte und Professor*innen für Medizin an öffentlichen Universitäten und Krankenhäusern als Reaktion auf ihre Teilnahme an Protesten gegen die Regierung gefeuert. Die Studierenden, die unter den Ersten waren, die protestierten, hatten am stärksten unter der Gewalt zu leiden, Dutzende wurden getötet, verletzt oder gefoltert. Mit den Worten des einstigen Sandinisten Oscar René Vargas: „Die Regie-

rung versucht, die sozialen Bewegungen zu enthaupten, indem sie die lokalen Anführer sowie jeden verhaftet, der die Gewalt [der Regierung] gegen das Volk kritisiert. Wir befinden uns in der „Pinochet-Phase des Regimes“, sagte er mit Blick auf die Militärdiktatur General Augusto Pinochets in Chile von 1973 bis 1990, der Hunderte von Linken einkerkerte und ermordete, die in Verbindung mit der früheren Regierung von Salvador Allende standen, der im Jahr 1973 durch einen von Pinochet angeführten Putsch gestürzt wurde. Eine stärkere Verurteilung einer Regierung durch einen lateinamerikanischen Linken ist kaum vorstellbar.

Nach den Monaten der Gewalt und der Unterdrückung der Opposition und während die „Aufräumarbeiten“ der Regierung unter ihren Gegnern weiterliefen, nutzte Ortega die Feiern am 19. Juli zu Ehren der 1979er Revolution gegen die Diktatur der Somoza-Dynastie zur Mobilisierung seiner Anhänger*innen. Viele nahmen jedoch nur aus Angst, aus dem Staatsdienst entlassen zu werden, oder aus Furcht vor Angriffen seiner paramilitärischen Kräfte daran teil. In Wirklichkeit sind Ortegas maskierte paramilitärische Schlägertrupps (die er als „freiwillige Polizeikräfte“ bezeichnet) längst zu seiner Hauptmachtbasis geworden. Wie so viele andere Teile der Welt haben wir jetzt eine aus einem Diktator und seinen Handlangern bestehende Regierung. Allerdings scheinen die meisten Nicaraguaner*innen Ortega und der von der Regierung initiierten Unterdrückung des Aufstands ablehnend gegenüberzustehen. Die jüngsten Ereignisse haben eine ganze Reihe von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen (Störung der landwirtschaftlichen Produktion, Zusammenbruch des Tourismus, internationale Verurteilung des Regimes) nach sich gezogen, die sich nicht einfach werden lösen lassen. Der Volksaufstand war vielleicht lediglich ein Probelauf für eine Revolution, aber das kann nur die Zukunft zeigen.

Das Ortega-Regime: eine neoliberale Diktatur

Wie kam es zu dieser Zuspitzung? Wie ich in meinem Buch *What Went Wrong? The Nicaraguan Revolution: A Marxist Analysis* dargelegt habe, hat die Regierung von Daniel Ortega ihre Wurzeln in der Revolution von 1979, mit der die Somoza-Dynastie gestürzt wurde. Ortega und die anderen Anführer der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), die die Somoza-Diktatur stürzten, orientierten sich an Fidel Castro, Che Guevara und der kubanischen Revolution. Sie wollten einen neuen Einparteiensstaat aufbauen, der sowohl die Politik als auch die nationale Wirtschaft völlig kontrol-

lierte. Durch den von den USA unterstützten Krieg der Contras, der gegen die FSLN-Regierung geführt wurde, sowie Spaltungen innerhalb der nicaraguanischen Gesellschaft wurde dies jedoch verhindert.

Die Gefahr eines andauernden Krieges, die von den USA ausging, veranlasste die Nicaraguaner im Jahr 1990, für die Oppositionskoalition unter Violeta Chamorro zu stimmen. Chamorro wurde daraufhin Präsidentin. Daniel Ortega ging zunächst eine Allianz mit Chamorros Schwiegersohn, Antonio Lacayo, ein. Dann schloss er nach und nach Frieden mit Nicaraguas korrupten liberalen und konservativen Parteien und baute eine faktische Partnerschaft mit ihnen, mit der kapitalistischen Klasse des Landes und mit Miguel Obando y Bravo, dem rechtsgerichteten Oberhaupt der katholischen Hierarchie, auf. Von der Wahl im Jahr 1990 an bis 2006 verkörperten Daniel Ortega und seine konservativen Verbündeten die „graue Eminenz“ hinter dem Thron, die während der Amtszeiten der rechtsradikalen Präsidenten Arnaldo Alemán und Enrique Bolaños über ungeheure Macht verfügte.

2006 gelang es Ortega schließlich, erneut die Präsidentschaftswahl für sich zu entscheiden (während des Krieges in den 1980er-Jahren hatte er das Präsidentenamt schon einmal inne). Er beherrschte die Regierung mit eiserner Faust und übernahm nicht nur das Präsidentenamt, sondern auch die Kontrolle über die Legislative und den obersten Gerichtshof, er überwachte soziale Organisationen sowie NGOs und kaufte Fernsehsender auf. Ortega setzte eine neoliberale Wirtschaftspolitik durch, die einheimische, US-amerikanische sowie andere ausländische Investoren anziehen und bei der Stange halten sollte, indem er Gewerkschaften in der Zuliefer- und Montageindustrie amerikanischer Konzerne unterdrückte und dafür sorgte, dass das niedrige Niveau der Löhne erhalten blieb. Nicaragua wurde in die von den USA dominierte nordamerikanische Wirtschaft integriert und verkaufte die Hälfte seiner Produkte in die USA. Gleichzeitig baute Ortega eine Partnerschaft mit der US-Regierung auf, kollaborierte mit dem amerikanischen Militär, der amerikanischen Marine und der DEA, der amerikanischen Behörde zur Bekämpfung des Drogenhandels. Nicaragua war dabei weiterhin auf Hilfe aus den USA, Venezuela und anderen Ländern angewiesen und blieb eines der ärmsten Länder Lateinamerikas. 2011 wurde die Verfassung geändert, damit sich Ortega für eine dritte Amtszeit in Folge bewerben konnte, und mithilfe von Drohungen und Gefälligkeiten, den traditionellen politischen Instrumenten, gewann er die Wahl im Jahr 2011 und nochmals im Jahr 2016, als seine

Ehefrau, Rosario Murillo, als Vizepräsidentenskandidatin antrat.

Der Widerstand

Ortega schikanierte seine politischen Gegner über viele Jahre hinweg; wenn sie gegen seine Partei kämpften, schickte er seine FSLN-Schlägertruppe aus, sie zu verprügeln. Des Weiteren setzte er alles daran, unabhängige soziale Bewegungen, vor allem die feministische Bewegung, zu diffamieren und zu vernichten. Widerstand gegen Ortega begann sich 2014 auf breiter Basis zu rühren, als sein Plan bekannt wurde, einen durch einen chinesischen Kapitalisten finanzierten interozeanischen Kanal [als Verbindung des Atlantiks mit dem Pazifik quer durch Nicaragua, Anm. d. Red.] zu bauen. Bauern und Umweltschützer*innen protestierten gegen den Kanal, mehrmals stellte sich ihnen die Polizei entgegen und verprügelte einige der Demonstrant*innen. Als Ortega im April dieses Jahres eine Reform des Sozialsystems ankündigte, legten sowohl Geschäftsleute als auch Rentner*innen dagegen Widerspruch ein, die Rentner*innen gingen aus Protest auf die Straße. Als die betagten Demonstrant*innen von der Polizei herumgeschubst wurden, schlossen sich Studierende ihrem Protest an. Ortegas Polizeikräfte erschossen daraufhin einige, und als wenige Wochen später trauernde Mütter am Muttertag eine Demonstration anführten, eröffneten Ortegas Polizei- und paramilitärische Kräfte auch auf sie das Feuer. Die katholische Kirche versuchte, einen nationalen Dialog zu organisieren, aber Ortega verweigerte sich den Gesprächen, während die Opposition nun kompromisslos darauf bestand, dass er und seine Frau, die Vizepräsidentin, zurücktreten müssten.

Der nicaraguanische Volksaufstand im Frühjahr und Sommer dieses Jahres entwickelte sich als breite, klassenübergreifende Bewegung aus Studierenden, Rentner*innen, Bauern, Werktätigen und Geschäftsleuten, Ordensleuten und Laien – es war eine breite demokratische Bewegung, der allerdings ein gemeinsames politisches Programm fehlte. Die stärkste Organisation mit den klarsten politischen Ideen – vorrangig konservative, prokapitalistische Ideen – ist der COSEP (Consejo Superior de la Empresa Privada en Nicaragua), die führende Unternehmensorganisation. Die katholische Kirche verfügt zwar ebenfalls über viel Macht, ist jedoch historisch gespalten in erstens die konservative Hierarchie, zweitens eine von Universitätsprofessoren und Gemeindepfarrern angeführte Strömung der Befreiungstheologie und drittens die Masse

der frommen Gläubigen. Studierende haben mehrere Organisationen ins Leben gerufen, deren Existenz jedoch auf wackeligen Füßen steht, da die Regierung studentische Aktivist*innen verfolgt. Inzwischen sieht es so aus, als ob sich einige Studierende politisch festgelegt hätten und eine studentische „Linke“ entstehen könnte. Was genau ihre Ausrichtung ist, ist jedoch noch immer nicht klar. Die Bewegung der Bauern hat sich im Großen und Ganzen auf diejenigen beschränkt, die dafür kämpfen, Gebiete zu verteidigen, die von dem geplanten transozeanischen Kanal direkt betroffen sind.

Soziale Bewegungen – Umweltschützer*innen und Feminist*innen – existieren zwar in der gebildeten Mittelschicht, doch aufgrund der Verfolgung durch die Regierung während der letzten zehn oder mehr Jahre bleiben sie klein und existieren nur als Randerscheinung in der Gesamtgesellschaft. Da Ortegas FSLN die industriellen und Bauerngewerkschaften beherrschte, gibt es so gut wie keine unabhängige Gewerkschaftsbewegung. Aber auch wenn es keine unabhängige Bewegung der Arbeiterklasse gibt, waren die Werktätigen doch äußerst aktiv in der Oppositionsbewegung. Es gibt zwei linke Oppositionsbewegungen mit sozialdemokratischer Politik, die „Bewegung der sandinistischen Erneuerung“ (MRS) und die „Bewegung für die Rettung des Sandinismus“ (MPRS). Beide hatten sich vor Jahren von Ortega und der FSLN losgesagt, schafften es jedoch nie, unter der zunehmend entfremdeten und politisch resignierten Öffentlichkeit eine gewisse Anhängerschaft zu finden. Und da Ortegas FSLN die Idee des Sozialismus diskreditiert und konkurrierende demokratische sozialistische Strömungen unterdrückt hat, ist es kein Wunder, dass es mit Ausnahme von MRS und MPRS in der Bewegung keine nennenswerte Linke gibt. Das Ergebnis ist, dass der Volksaufstand eine demokratische Bewegung war, die gegen eine Diktatur kämpfte, deren Mitgliedern es jedoch nicht gelang, klare politische Programme zu schaffen. Es besteht allerdings die Möglichkeit, dass der demokratische Kampf einen sozialen Kampf auslösen könnte, der vielleicht eine neue Linke entstehen lässt. Auf jeden Fall glauben viele, dass selbst ein etwas demokratischeres, bürgerliches Regime besser als Ortegas Diktatur wäre.

Die Aktivist*innen des Volksaufstandes besetzten Universitätsgelände, verbarrikadierten sich in Stadtvierteln von Managua und befestigten ihre Dörfer und Städte. Regierungsgegner*innen errichteten im ganzen Land etwa 150 Straßensperren und brachten damit die Wirtschaft fast völlig zum Stillstand. Sie organisierten

außerdem mindesten zwei Generalstreiks, die das Land für einen Tag oder länger lahmlegten. Wann immer möglich, gingen sie erneut mit massiven Demonstrationen gegen die Regierung auf die Straße, marschierten sogar noch, als Scharfschützen auf sie feuerten und Dutzende töteten. Aufgrund der Angriffe durch Polizei- und paramilitärische Kräfte bastelten sich einige der Gegner Waffen oder nahmen welche der Polizei ab und richteten sie gegen ihre Unterdrücker. Diese Gewalt hielt an, bis es Ortegas Polizei- und paramilitärischen Kräften schließlich gelang, den zum größten Teil friedlichen Aufstand zu stoppen, wenn auch nicht komplett auszulöschen.

Internationale Akteure

Der Volksaufstand und seine gewaltsame Unterdrückung, die sich auf sämtliche Wirtschaften Zentralamerikas negativ auswirkten und das Schreckgespenst einer Revolution oder reaktionären Wendung umgehen ließen, riefen internationale Akteure auf den Plan. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, die die Karibik und Zentralamerika seit 1900 und auch schon davor dominiert hatten, waren bis vor Kurzem eigentlich recht zufrieden mit Ortega. Amerikanische Organisationen wie USAID, National Endowment for Democracy (NED) und zweifellos die CIA waren schon seit Jahrzehnten in Nicaragua aktiv – wie überall auf der Welt. Es dauerte ein paar Monate, bis Donald Trumps Außenministerium die Rebellion gegen Ortega als Gelegenheit begriff, eine möglicherweise noch gefügigere Regierung an die Macht zu bringen, was es dann aber doch nur Schritt für Schritt und mit aller Vorsicht tat.

Im Mai verurteilte Vizepräsident Mike Pence per Twitter die von der nicaraguanischen Regierung ausgehende Gewalt, forderte dabei jedoch nur, dass die Regierung von Ortega die Bürger*innen und deren Rechte schützen sollte. Bei einer Ansprache am 4. Juni vor der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) sagte der Außenminister der Vereinigten Staaten, Mike Pompeo:

„In Nicaragua haben Polizei und von der Regierung gesteuerte bewaffnete Gruppen Dutzende Menschen getötet, als diese lediglich friedlich demonstrierten. In diesem Zusammenhang wiederhole ich, was Vizepräsident Pence am 7. Mai hier in diesem Gebäude sagte: ‚Gemeinsam mit anderen Nationen weltweit fordern wir, dass die Regierung Ortega auf die Forderungen des nicaraguanischen Volkes [eingeht], das demokratische Reformen verlangt, und dass sie jene zur Rechenschaft zieht, die für die Gewalt verantwortlich sind.‘ Die Vereinigten Staaten unterstützen

die Arbeit der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IAKMR) und was sie in Nicaragua tut und fordern die Regierung Nicaraguas mit allem Nachdruck auf, die von der Kommission am 21. Mai herausgegebenen Empfehlungen umzusetzen.“

Es gab aber noch immer keine allgemeine Verurteilung der Ortega-Regierung, nur einen Aufruf zu Reformen. Die USA schienen die Forderung der nicaraguanischen Wirtschaft und der Kirche nach vorgezogenen Wahlen zu unterstützen.

Ironischerweise benimmt sich die Trump-Administration, als wäre sie eine Verfechterin von Demokratie und Freiheit. Trumps Regierung veröffentlichte erst Ende Juli eine allgemeine Verurteilung des Regimes und rief selbst dann lediglich zu einem Ende der Gewalt, zu Dialog und fairen Wahlen auf:

„Die Vereinigten Staaten verurteilen entschieden die anhaltende Gewalt in Nicaragua und die vom Ortega-Regime als Reaktion auf Proteste verübten Menschenrechtsverletzungen. Nach vielen Jahren, in denen Wahlen gefälscht wurden und das Regime nicht nur die Gesetze Nicaraguas manipulierte, sondern auch die Zivilgesellschaft, Oppositionsparteien und unabhängige Medien unterdrückte, ist die nicaraguanische Bevölkerung auf die Straße gegangen, um demokratische Reformen zu fordern. Diese Forderungen wurden mit willkürlicher Gewalt beantwortet, durch die mehr als 350 Menschen starben, Tausende verletzt und Hunderte von Bürger*innen fälschlicherweise als „Putschisten“ und „Terroristen“ bezeichnet wurden, die dann verhaftet und gefoltert wurden oder spurlos verschwanden. Präsident Ortega und Vizepräsidentin Murillo sind verantwortlich für die regierungsnahen paramilitärischen Polizeikräfte, die ihre eigenen Landsleute brutal misshandelt haben.

Die Vereinigten Staaten stehen an der Seite der Bürger*innen von Nicaragua, einschließlich Mitgliedern der Sandinistischen Partei, die demokratische Reformen und ein Ende der Gewalt fordern. Freie, faire und transparente Wahlen sind die einzige Möglichkeit, die Demokratie in Nicaragua wiederherzustellen. Wir unterstützen den von der katholischen Kirche angeführten nationalen Dialogprozess für vertrauensvolle Verhandlungen.“

Die Trump-Administration beschränkte ihre Sanktionen auf persönliche Sanktionen gegen Ortega, Murillo und Francisco Díaz, Leiter der nationalen Polizei, und auf einen Widerruf der für nicaraguanische Regierungsmitglieder und deren Familien ausgestellten Visa.

Während die öffentlichen Verlautbarungen der

Trump-Administration weiterhin eher mild klingen, besteht kein Zweifel daran, dass das amerikanische Außenministerium, republikanische Senator*innen und Repräsentant*innen sowie rechtsextreme Organisationen ihre Kontakte mit konservativen Elementen in Nicaragua vertieften und politische Alternativen zur Fortsetzung der Herrschaft Ortegas ausloteten. Die Republikaner brachten eine Resolution ein, die die Ortega-Regierung kritisierte und vom amerikanischen Repräsentantenhaus verabschiedet wurde. Republikanische Kongressmitglieder luden nicaraguanische Studierende zu einem Treffen in Washington ein, als diese sich gerade dort aufhielten, um vor internationalen Organisationen und Menschenrechtsgruppen zu sprechen. All dies ist freilich gängige Praxis der amerikanischen Regierung, die überall in den Staaten des amerikanischen Kontinents (und was das betrifft, in der ganzen Welt) aktiv ist, um internationale Entwicklungen mitzugestalten, selbst wenn sie sie nicht initiiert hat und sie nicht steuern kann.

Als Antwort auf den Druck der amerikanischen Regierung gab Daniel Ortega *Fox News* ein Interview, dem Fernsehsender, aus dem Donald Trump seine Informationen bezieht. Ganz sicher war es sein Ziel, auf diese Weise direkt zum amerikanischen Präsidenten zu sprechen. Ortega bestritt jegliche Unterdrückung seiner Bürger durch seine Regierung. Er behauptete, dass ganz im Gegenteil der Volksaufstand für den Ausbruch der Gewalt und Angriffe auf „sandinistische Familien“ verantwortlich sei. Der Historiker Alejandro Bendaña vermutet, dass Ortega Trump auf diese Weise einreden wollte, dass Nicaragua im Chaos versinken würde und möglicherweise noch mehr Migrant*innen in die USA strömen würden, sollte seine Regierung fallen. Trump twitterte jedoch keine Antwort auf Ortegas Äußerungen.

Die Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) debattierte über Nicaragua und verabschiedete eine von den Vereinigten Staaten und mehreren lateinamerikanischen Staaten unterstützte Resolution, die ebenfalls die Regierung aufforderte, ihre Bürger zu schützen, in einen Dialog einzutreten und vorgezogene Wahlen abzuhalten. Der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte verurteilte die nicaraguanische Regierung am 17. Juni aufs Schärfste, nannte dabei auch bestimmte Details von Verstößen gegen die Menschenrechte, und forderte sie auf, sich an internationale Gesetze zu halten und ihre Bürger*innen zu schützen. (Ich bitte die Leser*innen nachdrücklich, sich dieses Statement – auf Englisch im Internet zu finden unter <https://tinyurl.com/y97tmryc> – genau anzuse-

hen. *D. La Botz*) Mitglieder des Europäischen Parlaments verabschiedeten am 31. Mai eine Resolution, in der „der Verfall der Demokratie und der Rechtstaatlichkeit in Nicaragua während der letzten zehn Jahre sowie die Zunahme der Korruption, die oft mit Verwandten von Präsident Daniel Ortega in Verbindung gebracht wird“ angeprangert wurden. Die Resolution wurde mit 536 Stimmen bei 39 Gegenstimmen und 53 Enthaltungen angenommen.

Die USA arbeiteten daran, die internationalen Reaktionen auf die Krise in Nicaragua zu koordinieren, ihr hauptsächlichs Ziel schien jedoch zu sein, durch vorgezogene Wahlen einen schrittweisen Übergang zu erreichen. Vorgezogene Wahlen würden den Vereinigten Staaten die nötige Zeit verschaffen, mit konservativen Parteien und Unternehmensgruppen in Nicaragua am Aufbau einer politischen Koalition zu arbeiten und einen konservativen Kandidaten für das Präsidentenamt zu finden, der den Interessen der USA dient. Die Ziele der nicaraguanischen Geschäftswelt, der kirchlichen Hierarchie und der amerikanischen Regierung sind zwar die gleichen, sie repräsentieren jedoch nicht die Interessen der Student*innen, Rentner*innen, Bäuerinnen und Bauern, Umweltschützer*innen, Feminist*innen und Werktätigen, die für die Demokratie kämpfen.

Der Volksaufstand und die Linke

Der Volksaufstand in Nicaragua wurde zwischen der demokratischen Linken, die ihn unterstützte, und der neostalinistischen Linken, die den Diktator Ortega unterstützte, heftig debattiert. Kevin Zeese und Max Blumenthal schrieben viele Artikel, verschickten viele Tweets und gaben viele Interviews, in denen sie unterstellten, dass die USA einen Putschversuch in Nicaragua inszenierten. Als Beweise nannten sie und andere Autoren die lange Liste der Interventionen des amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika (die unbestreitbar ist) sowie die signifikante und seit langem wohlbekanntes Rolle von amerikanischen Einrichtungen wie USAID und NED mit ihren Bemühungen, konservative Kräfte zu stärken. Des Weiteren zitierten sie Aussagen von rechtsextremen republikanischen Repräsentanten und unterstellten ohne tatsächliche Beweise die Existenz einer Verschwörung der CIA. Was sie nicht diskutierten, war die wirkliche Natur der Ortega-Regierung und ihrer autoritären und konservativen Politik. Genau genommen schienen sie nur wenig über die jüngsten Entwicklungen in Nicaragua zu wissen.

Viele Angehörige meiner Generation, der Generation von 1968, die die nicaraguanische Revolution im Jahr

1979 unterstützten (so wie ich), mögen sich durch diese Argumente angesprochen gefühlt haben, wenn sie über die Situation vor 40 Jahren nachdachten. Diese Argumente verfügen jedoch über nur wenig faktischen oder logischen Wert, sondern basieren auf einer fadenscheinigen Beweisführung, die einfache Bürger verunglimpft und Diktatoren vergöttert. Solche Argumente gehen von drei grundsätzlichen Annahmen aus:

1 Nicaraguaner und andere Lateinamerikaner können keine berechtigten Beschwerden gegen „linke“ Regierungen haben und wären ohnehin unfähig, eine eigene Regierung aufzubauen, daher müssen sie offensichtlich von anderen Kräften manipuliert werden.

2 Die USA steuern und kontrollieren alle politischen Entwicklungen in Lateinamerika von Argentinien und Brasilien über Venezuela bis nach Nicaragua und sind die wahre Macht hinter jeglichem scheinbar von der Bevölkerung ausgehenden Widerstand.

3 Existierende „antiimperialistische“ Regierungen (Russland, Syrien, Nicaragua) müssen, ganz gleich, welchen Charakters sie sind, gegen die einzige imperialistische Nation auf der ganzen Welt, die USA, unterstützt werden.

Diese Argumente können nur auf jene Eindruck machen, die die Komplexität internationaler politischer Entwicklungen einer Welt nicht verstehen, in der sich z. B. Menschen selbst organisieren können, in der eine Linke kritische Meinungen zu einer sogenannten linken Regierung entwickeln kann und in der die Vereinigten Staaten, mögen sie auch noch so mächtig sein, nicht immer das Sagen haben. Dass diese Autoren auf schändliche Weise eine autoritäre, kapitalistische Regierung, die Hunderte ihrer Bürger*innen ermordet und Tausende verletzt, unterstützen, kann nicht überraschen angesichts ihrer Unterstützung für Wladimir Putins Regime in Russland, für die theokratische Diktatur des Irans und Assads Diktatur in Syrien. Zeese und Blumenthal repräsentieren, was der Schriftsteller Rohini Hensman als eine neostalinistische Strömung bezeichnet, die zwar aus der Linken heraus entstand, inzwischen aber nur noch sehr wenig aufweist, was auch nur im Geringsten links ist.

Glücklicherweise ist sich die internationale demokratische Linke darin einig, den Aufstand der nicaraguanischen Bevölkerung zu verteidigen. Noam Chomsky erhob seine Stimme in *Democracy Now* gegen Ortegas „autoritäre“ Regierung. Dutzende linker Intellektueller und politischer Aktivist*innen vor allem aus Europa und Lateinamerika unterzeichneten eine Erklärung, die die Ortega-Regie-

rung aufs Schärfste verurteilt und folgende Forderungen enthält:

„Bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen; Übermittlung von Informationen seitens der Behörden an Menschenrechtsorganisationen bezüglich der wahren Lage von als vermisst gemeldeten Personen; Entwaffnung der von Ortega und seiner Regierung aufgestellten paramilitärischen Armee; eine unabhängige, internationale Untersuchung der diversen Formen und Facetten der Unterdrückung mit entsprechenden Sanktionen; die Konstituierung einer Übergangsregierung mit eingeschränktem Mandat, die den Weg zu freien Wahlen ebnet; das Ende der Ortega-Murillo-Regierung.“

Die internationale demokratische und revolutionäre Linke teilt im Großen und Ganzen die in diesem Artikel dargelegte Ansicht, dass Nicaragua einen Volksaufstand gegen einen Diktator erlebt hat und dass die Ortega-Regierung verurteilt und die Volksbewegung unterstützt werden sollte.

Fazit

[...] Die erste Phase des nicaraguanischen Volksaufstands von 2018 ist beendet. Ob es eine zweite Stufe geben wird oder nicht, hängt von zahlreichen Faktoren ab: von Ortegas Fähigkeit, die Bewegung klein zu halten; von der Fähigkeit der Bewegung, sich neu zu gruppieren und neu zu organisieren; von der Rolle der amerikanischen Regierung bei dem Versuch, eine ihr genehme, neue Regierung zu formen; von unserer Fähigkeit, Solidarität mit der nicaraguanischen Volksbewegung zu zeigen. Unsere Positionen sollten klar sein:

Ortega muss verschwinden. Die USA müssen sich heraushalten. Die Volksbewegung muss unterstützt werden.

01. August 2018

■ **Daniel H. La Botz** ist Historiker, langjähriger Gewerkschaftsaktivist und Mitglied von *Solidarity*, sympathisierende Organisation der IV. Internationale in den USA.

Quelle: <http://newpol.org/blogs/dan-la-botz>, dort sind die Belege wie auch die Quellenangaben für die Zitate zu finden.

■ Übersetzung: Antje Hink

FRIEDLICHER AUFSTAND DES VOLKES

Daniel Ortega, Teilnehmer an der sandinistischen Revolution und Chef der fortschrittlichen Regierung in den Achtzigerjahren, hat eine blutige Repression gegen die Bevölkerung Nicaraguas mit mehr als zweihundert Ermordeten zu verantworten.

■ Fernando Cereza

Die Ereignisse der letzten zwei Monate (seit dem 18. April d. J.) in Nicaragua bezeugen eine allgemeine Rebellion der Bevölkerung und die blutige Unterdrückung seitens des regierenden Ehepaares Daniel Ortega und Rosario Murillo. Der Informationsdienst des CIDH (Inter-amerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte) weist 212 Mordopfer (inkl. Babys und Minderjährige) und 1337 Verletzte, Festgenommene (inkl. einiger Verschwundener) aus. Die Repression geht weiter. All das ergibt sich aus den Daten, die von der Bevölkerung, von nicaraguanischen Menschenrechtsorganisationen, der Kirche, von Amnesty International, Human Rights Watch etc. geliefert werden. Aber Verschleierung und Desinformation durch die Regierung Ortega und ihre Institutionen geben den Ton an.

Viele innerhalb und außerhalb Nicaraguas fragen sich entsetzt und traurig, wie eine Regierung, die an der sandinistischen Revolution teilgenommen hat und an der Spitze der fortschrittlichen Regierung der Achtzigerjahre stand, sich auf ein solches Ausmaß blutiger Unterdrückung versteigen konnte. Um diese Frage zu beantworten, ist es unumgänglich, zuvor einige Aspekte des soziopolitischen Lebens der letzten 50 Jahre in Nicaragua Revue passieren zu lassen.

1. Von der Revolution (1961–1979) zur Regierung des nationalen und später sandinistischen Wiederaufbaus (1984–1990)

Die sandinistische Revolution entwickelte sich seit dem Beginn der Sechzigerjahre aus einer Kombination von

zivilen Protestaktionen und bewaffneten Aktionen gegen die Diktatur des Somoza-Clans. Letztere wurden von der FSLN (Sandinistische Front der nationalen Befreiung, gegründet 1963) koordiniert. In ihr kamen unterschiedliche Tendenzen zusammen, im Wesentlichen marxistische, sozialdemokratische, befreiungstheologische und links-nationalistische. Das Jahr 1978 war von einem hohen Aktivitätsgrad in einer Serie von bedeutenden gegen die Diktatur gerichteten Ereignissen gekennzeichnet: Ermordung des bekannten Journalisten Pedro Joaquín Chamorro, Aufstand in Monimbó, einem Vorort von Masaya, Einnahme der Nationalversammlung durch ein Kommando der FSLN, darauf folgender Generalstreik, Attacken auf die Kasernen der Nationalgarde (GN) ... Und die Diktatur antwortet mit der „Operación Limpieza“ (Säuberungsoperation): ein unverhohlener Angriff auf die Zivilbevölkerung und ein programmatisches Abschlichten Jugendlicher in der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren. In vielen Fällen fanden Hinrichtungen ohne ordentlichen Prozess statt.

Am 4. Juli 1979 kam es zu einem erfolgreichen Generalstreik und einem Aufruf zum Generalaufstand. Am 20. Juni war die Stadt León trotz der bewaffneten Angriffe der somozistischen Nationalgarde am Boden und aus der Luft zum befreiten Territorium erklärt worden. Am 18. Juli trat in León die Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional (JGRN) zusammen. Ihre Mitglieder Violeta Chamorro und Alfonso Robelo als Vertreter der Bourgeoisie, die Mitglieder der dritten Tendenz (Terceristas) der FSLN Daniel

Ortega (Koordinator der Junta) und Sergio Ramírez sowie Moisés Hassan von der GPP [Verlängerter Volkskrieg, der maoistisch beeinflusste Flügel der FSLN; Anm. d.Red.] erklärten sich zur provisorischen Regierung. Zugleich konstituierte sich ein Staatsrat, in dem ein breiter Teil der Gesellschaft repräsentiert war. Beide Organe entschieden sich für Präsidentschaftswahlen im Jahr 1984, aus denen die FSLN mit Daniel Ortega an der Spitze als Sieger hervorging.

Diese Regierung führte eine Reihe von im Wesentlichen fortschrittlichen Maßnahmen durch: Agrarreform, Bildung (Alphabetisierung), Gesundheit und neue internationale Beziehungen sowie auch Enteignungen von Eigentümern und Unternehmen bekannter Somozisten ..., wobei es aber auch zu Menschenrechtsverstößen kam, die nur schwer zu rechtfertigen waren (Zensur der Meinungs- und Redefreiheit und Eliminierung von Gegnern in Konfliktzonen). Angesichts der von der Regierung Reagan auferlegten Wirtschaftsblockade und der Unterstützung antisandinistischer Gruppen (der „Contras“) suchte Nicaragua die Unterstützung Cubas und unterzeichnete 1982 einen Vertrag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR. 1988 wurde ein Verhandlungsprozess in Gang gesetzt, an dessen Ende die Anberaumung von Wahlen für das Jahr 1990 stand, ein Prozess, wie er auch in anderen zentralamerikanischen Staaten im Kriegszustand (El Salvador und Guatemala) zur gleichen Zeit zu beobachten war.

Nach den verlorenen Wahlen von (1990) legalisierte die Ortega-Regierung die Beschlagnahme von Häusern und Villen (einschließlich seiner eigenen, die zugleich Sitz der Regierung und der FSLN sind) und übereignete in einer unter dem Namen „La Piñata“ bekannten Aktion eine beträchtliche Zahl von staatlichen Unternehmen an „Ortegestas“, also seine Gefolgsleute.

Zwischen 1990 und 2006 waren Markenzeichen der FSLN-Politik: 1. das Bündnis mit dem Führer der Liberalen Partei Arnaldo Alemán zur Aufteilung von Ämtern und zu einigen Verfassungsänderungen und 2. die Initiierung heftiger Kämpfe der Bevölkerung gegen neoliberale Maßnahmen der Regierung, darunter der Kampf für die Unterstützung der Universitäten mit 6 % des nationalen Budgets, was der FSLN ein hohes Ansehen in der Bevölkerung einbrachte.

2. Weitere Regierungen von Ortega 2007–2010, 2011–2015 und 2016: ein breitangelegter politischer Korruptionsprozess

Ortega hat die Präsidentschaftswahlen 2006 mit 38 %, 2011 mit 62 % und 2016 mit 72,5 % gewonnen, unbeschadet

der Betrugsvorwürfe, die es bei jeder dieser Wahlen gegeben hat. Diese Jahre weisen eine Reihe von Kennzeichen auf, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- a)** institutionelle Veränderungen: Kontrolle über den Staatsapparat (Oberstes Gericht, Oberster Wahlrat, Ortega als Chef der Polizei und der Armee; Verfassungsänderung 2011, nach der die Kandidatur für mehr als zwei Amtszeiten möglich wurde, wenn der Oberste Gerichtshof zustimmt. „Das Volk ist der Präsident“, hieß es damals.
- b)** Aufhebung des Parteistatus der Oppositionsparteien bei den letzten Wahlen, ausgenommen die (regierungsnahen) Zancudos-Parteien.
- c)** Mobbing von Frauen- und Umweltorganisationen, Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen ... und Behinderung der Mobilisierungs- und Redefreiheit, oft begleitet von Attacken parapolizeilicher Gruppen.
- d)** der organisatorische Zerfall der FSLN: weder ordentliche Leitung, noch Kongresse, noch Debatten ..., letztlich disziplinarisch ortegistisch ausgerichtet; und Organisation der „Komitees der Bürgermacht“ als Seitenkanal zur FSLN unter der Kontrolle von Rosario Murillo.
- e)** De-facto-Abschaffung der Autonomie der Universitäten, Gemeinden und autonomen Regionen an der Atlantikküste.
- f)** Geheimniskrämerei und tägliche Informationskontrolle über alle Nachrichten der Ministerien durch seine Frau Rosario Murillo (Vizepräsidentin)
- g)** Im Jahr 2006 Bündnis mit den Kirchen zur vollständigen (ausnahmslosen!) Abschaffung der Abtreibung; Verbreitung pazifistischer und religiöser Botschaften zu Liebe und Versöhnung ...
- h)** Übereinkommen mit dem Großkapital zur Wirtschaftspolitik („verantwortungsvoller Populismus“ heißt das in den Worten des Kapitals), solange die Politik in Ortegas Händen bleiben würde. Nicaragua ist ein Unternehmerparadies, das in Lateinamerika den dritten Platz belegt, was die Geldwäsche angeht (anderthalb Milliarden Dollar zwischen 2007 und 2014 – s. Rocha 2017).
- i)** Auswechseln der Farben in den nationalen Symbolen, der „Ode an die Freude“ der FSLN 1996, „Give Peace a Chance“ (Lennon) 2006 und Verwendung von Pink anstelle von Rot und Schwarz, dazu noch die Verwendung der Fahne der Sandinisten in den Staatsorganen.
- j)** Auslieferung des Landes an ausländische Interessen (speziell mit dem „transozeanischen Kanal“, Folge eines Abkommens mit einem chinesischen Konzern).
- k)** Konzentration der politischen Macht und Ausbau der Führerallüren Ortegas und seiner Frau, „Eliminierung“

möglicher Kandidat*innen für die Nachfolge, vereint in der Tendenz, sich an der Macht zu verewigen.

I) Die Korruption und die Beteiligung eines jeden seiner sieben Söhne sowie der engsten ortegistischen Anhänger*innen an unterschiedlichen unternehmerischen Projekten (vier Fernsehkanäle, Radiosender, Petroleos de Nicaragua, Canal Transoceánico, Hotels, Ländereien, Autos, Immobilien ...). „der Ursprung seines Vermögens und seines Geldes ist die absolute Kontrolle, die er über die Gelder aus dem Geschäft mit dem venezolanischen Öl und über das Geld des nicaraguanischen Volkes ausübt. Die Familie ist eine der reichsten des Landes“ (Dora María Tellez, Historikerin und ehemaligen Führungspersönlichkeit der FSLN, die 1979 die Eroberung Léons organisierte zit. nach Martínez; Tellez beteiligte sich 1995 an der Gründung der Erneuerungsbewegung „Movimiento Renovador Sandinista“).

Letztendlich sprechen wir hier, unterschiedliche Bewertungen aufgreifend, von einer „Familiendiktatur“, von einem „absolutistischen Monarchen“, von einem „Staat-Partei-Familien“-Konglomerat eines faschistophilen Hofstaats, einer tropentauglich gemachten Familienmafia, von der Familie „Ortega-Murillo und Söhne G.m.b.H.“ ...

4. Das Fass läuft über ...

Die Reform des Instituts für soziale Sicherheit (INSS), die Rentenkürzungen sowie die Anhebung der Rentenbeiträge bei Arbeiter*innen und Unternehmen sind die Funken, die am 19. April die Volksrebellion ausgelöst haben. Ein ernstzunehmendes Problem in einem Land mit z. T. lächerlichen Renten, wobei noch eine Armutsquote je nach Schätzung zwischen 29,6 % (Weltbank) und 40 % (Interamerikanische Bank für Entwicklung – BID) und eine Reihe von höchst ineffektiven Programmen gegen die Armut hinzukommen.

Es sind noch weitere Faktoren zu berücksichtigen, die sich seit 2007 angesammelt haben. Hier eine Zusammenfassung:

Die Ablehnung der extraktivistischen Bergbauprojekte im Norden Nicaraguas, die Invasion von neuen Siedler*innen und die Abholzungen in den Urwaldregionen (Bosawas, Atlantikküste ... in beiden gewissermaßen mit Zustimmung der Regierung), das Megaprojekt „Interozeanischer Kanal“ (auch Nicaragua-Kanal genannt mitsamt seinen Nebenprojekten (Abtretung durch Pacht an ein chinesisches Unternehmen für hundert Jahre) und die seit einigen Monaten in dem Biosphärenreservat

„Indio Maíz“ wütende und von der Regierung mit ganz unzureichenden Mitteln bekämpfte Feuersbrunst – all das hat die Gemeinschaften der indigenen und der bäuerlichen Bevölkerung in blutigen Zusammenstößen mit den kolonialistischen Invasoren gegen den Kanal (Hunderte von Protestmärschen in den letzten zwei Jahren) oder die Bergbauunternehmen aufstehen lassen. Diese Mobilisierungen sind einerseits ein Zeichen für die Ablehnung einer großangelegten Entwicklung, die vorrangig auf den Export ausgerichtet ist und deren Wesenszug die Besetzung und der Ausverkauf der Ländereien ist, mit ernsthaften Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft. Das alles wird gefördert im Interesse des nationalen Großkapitals und transnationaler Unternehmen. Und außerdem sind sie ein Zeichen gegen den Abbau der verfassungsmäßigen demokratischen Rechte der Landbevölkerung und der Indígenas. Dabei sind die indigenen Völker besonders betroffen.

Geopolitischer Wandel und neue Abhängigkeiten

Die Regierung Ortega konnte von Chávez' bolivarianischem Regionalismus profitieren, solange der Ölpreis hoch war. Drei Aspekte dieser Zusammenarbeit seien hier festgehalten:

- Nicaragua bekam subventioniertes Öl (auf Kredit), das es gleich an andere mittelamerikanische Länder weiterverkaufte, obwohl es in Nicaragua teurer war.
- das Öl diente Venezuela als Mittel zur Pflege seiner regionalen „antiimperialistischen“ Allianzen.
- und das Bemerkenswerteste: Im Laufe verschiedener Jahre steuerte Chávez ca. 4,059 Mrd. Dollar bei, die statt in die Staatskasse auf die Konten zweier Unternehmen namens ALBANISA und CARUNA flossen, die in Nicaragua von der Familie Ortega-Murillo kontrolliert werden. CARUNA ist Darlehensgeber an diverse staatliche Stellen und verwandelt auf diese Weise die Darlehen in öffentliche Schulden. Mit diesen Zuwendungen hat sich die Familie Ortega-Murillo bereichert. Zugleich haben sie ihr erlaubt, durch diverse Gaben unter dem Banner der FSLN an verarmte Bevölkerungsteile eine Art von „Fürsorglichkeit“ an den Tag zu legen.

Die Ölkrise und die Krise, in der Venezuela steckt, haben dieser uneigennütigen Kooperation ein Ende bereitet. Die regierende Familie hat sich jedoch auf die Suche nach neuen Allianzen begeben: erstens mit dem chinesischen Kapital für den Kanal und damit zusammenhängende Projekte und zweitens mit Russland für diverse militärische

Projekte, darunter den Kauf von fünfzig T72-Panzern. (Das könnte einen Rüstungswettlauf in Mittelamerika auslösen.) Beide Allianzen werden verbrämt als Antiimperialismus oder als Bündnisse „von Süd zu Süd“, wo doch in beiden Fällen purer politischer und wirtschaftlicher Expansionismus im Spiel sind.

5. Aufstand des Volkes von Nicaragua

Die Verbindung all dieser Faktoren brauchte nur noch die Gesetzesverordnung zur Renten- und Pensionskürzung als Funken für die Explosion und die „Enkel der Revolution“ gingen auf die Straßen. Den Anfang machten die Studierenden an den öffentlichen Universitäten, die sich über die Medien des Internets autonom zusammenfanden und die Universitäten besetzten. Unmittelbar darauf, als Antwort auf die entfesselte Repression, schlossen sich weitere Sektoren an: Landbevölkerung im Widerstand gegen den Kanal, Frauenbewegung, Kleinunternehmer und Handeltreibende, Kirchen, Schüler*innen weiterführender Schulen ... Alle gemeinsam bildeten die Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie. Die Regierung sah sich gezwungen, die famose Gesetzesverordnung zurückzunehmen.

Die Repression ließ nicht lange auf sich warten und die Regierung Ortega-Murillo ließ ihre Polizeitruppen und die „Turbas“ genannten Trupps von bezahlten Jugendlichen und sandinistischen Jugendgruppen auf die unbewaffnete zivile Bevölkerung los. „Ortega hat in diesen zwei Monaten – wie der Exkommandant der Guerilla Hugo Torres bestätigt – dafür gesorgt, dass das Verbrechen Schule macht. Denn indem er diese Bandenkinder mit hineinzieht, sie organisiert, sie bewaffnet und ihnen den Schutzmantel der Straffreiheit umhängt, verwandelt er sie in das zukünftige organisierte Verbrechen des Landes, in die zukünftigen Cliques von Nicaragua. Dadurch hat Ortega Nicaragua in eine große Schule des Verbrechens verwandelt, insoweit hat er die gesamte Delinquenzia [Verbrechertum] zur Verteidigung der Macht seiner Familie zusammengezogen.“ (La Prensa, 14.06.2018)

Die Charakteristika der Repression sind laut Resümee des Berichts der Interamerikanischen Menschenrechtskommission: wahllos abgefeuertes Maschinengewehrsalven in die Menge, Inbrandsetzen von Wohnungen und Firmengebäuden, der Gebrauch von Spezialwaffen durch Heckenschützen (tödliche Schüsse, Art der verwendeten Patronen, Zielbestimmung der Schüsse ...), außergerichtliche Exekutionen, Verhaftungen, Folter, Behinderung des Zugangs zu ärztlicher Untersuchung, Stigmatisierung und

direkte und indirekte Zensur ... Zweck von so weitgehender Repression und Verletzungen der Menschenrechte ist es, Terror in die Bevölkerung zu tragen und zu versuchen, sie zu demobilisieren. Das nennt sich Staatsterrorismus ganz nach dem Stil der Somozisten. Trotzdem wächst die Reaktion der Bevölkerung kontinuierlich und die Sektoren des Großkapitals haben sich, wenn auch noch zaghaft, angeschlossen. Der Generalstreik der Bürger*innen am 14. Juni lähmte das Leben des Landes und in vielen Städten und Dorfgemeinden haben die Ortsteile mit normaler Bevölkerung Barrikaden errichtet, um den Zugang der Polizei oder der Schlägertrupps (Turbas) zu verhindern. Das Dorf Monimbó hat sich erneut als heroisches Beispiel, diesmal aber gegen die Ortega-Diktatur, erwiesen.

Die Regierungsfamilie hat sich taub gestellt gegenüber den Informationen von CIDH, Amnesty International und Menschenrechtsorganisationen in Nicaragua. Sie dreht den Spieß um und beschuldigt die Opfer, für die Morde und das Chaos verantwortlich zu sein. Dessen ungeachtet hat sie sich bereit erklärt, einen „nationalen Dialog“ mit der Opposition von der Alianza Cívica zu initiieren, in dem der katholischen Kirche eine Vermittlerrolle zukommen soll. Die Bedingungen der Alianza Cívica waren: das Ende der Repression, der Rücktritt der Regierung und die Demokratisierung des Landes. Darüber hinaus forderte sie die Anwesenheit internationaler Organisationen zur Untersuchung der Lage. Nach verschiedenen Verhandlungen hat die Regierung einzig und allein die Einreise von Expert*innen des CIDH nach Nicaragua akzeptiert.

Letztlich liegen folgende politische Optionen auf dem Tisch:

1. Die Aufrechterhaltung des Drucks der Bevölkerung durch die Alianza Cívica (Kollektive von Studierenden, Frauen, Bauern und Bäuerinnen und der Zivilgesellschaft) mittels Demonstrationen, Blockaden, zivilen Ungehorsams ... Das Problem dabei ist jedoch das Fehlen klarer Führungsstrukturen, die sicherlich parallel zur Entwicklung einer starken und breiten Bürgerbewegung entstehen werden, die dazu in der Lage ist, der Repression durch die Regierung Paroli zu bieten. Diese Bewegung kann eine breite internationale Unterstützung (OAS, EU u. a.) und vor allem die Solidarität von NGOs und sozialen Organisationen gewinnen.

Der Weg des Dialogs, initiiert von der katholischen Kirche als „Mediatorin“ und akzeptiert von der Regierung Ortega-Murillo, mit dem Ziel der Absetzung der Regierung durch die Bevölkerung und der Beendigung der Repression, hat sich bisher ohne Ergebnisse in ein Mit-

tel der Ablenkung und des Zeitgewinns für die Ortegisten verwandelt. Ortega möchte gern unter dem Anschein der Dialogbereitschaft die Repression aufrecht erhalten. Kein Tag vergeht ohne Morde und Unterdrückungsmaßnahmen.

Die Anberaumung von Wahlen ist ein Vorschlag, zu dem sich die Regierung durchringen könnte, der aber für die Alianza Cívica unannehmbar ist, weil die Ortega-Murillos damit ihre repressive Politik fortsetzen könnten und weil es sich nicht um wirklich demokratische Wahlen handeln würde.

Und schließlich gibt es Stimmen, die diese Volksrebellion der Intervention des immer bösartigen nordamerikanischen Imperialismus in die Schuhe schieben. Das ist die Antwort auf alles, was in der Welt geschieht, wenn es sich gegen die vermeintlich linken Kräfte richtet. Die Realität in Nicaragua zu kennen, ist eine fundamentale Voraussetzung, um diese Rebellion zu verstehen, und kein Mensch kann im Vollbesitz seines Verstandes die derzeitige Regierung der Familie „Ortega-Murillo und Söhne G.m.b.H.“ als linksgerichtet oder fortschrittlich anerkennen. Treffend formuliert von dem Guerillero und Sandinisten Exkommandant Henry Ruiz (Comandante „Modesto“) heißt es: „Diese Rhetorik, die auf diese Leute da als Revolutionäre Bezug nimmt, muss aufhören. Sie müssen verklagt werden für das, was sie sind: Usurpatoren, Räuber, Betrüger, irgendwelche geschickte Manipulatoren und Lügner, die sich eine revolutionäre Erzählung angedichtet haben, um sie Leuten zu verkaufen, eher einfachen Leuten, die gern zuhören, wenn ihnen Gerechtigkeit und soziale Gleichheit versprochen werden. Das ist Missbrauch politischer Macht.“ Ich möchte noch einen Anklagepunkt hinzufügen: Sie haben den Staatsterrorismus hervorgebracht und gefördert.

27. Juni 2018

■ **Fernando Cerezal** ist emeritierter Professor an der Universität von Alcalá (Madrid) und Honorarprofessor an der Universidad Nacional Autónoma de Nicaragua in León.

■ *Übersetzung: Jürgen Marggraf*

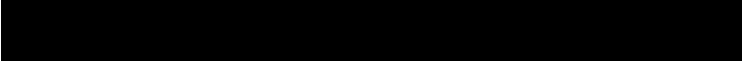
Neu bei ISP



Cinzia Arruzza **Feminismus und Marxismus**

Eine Einführung
isp-pocket 70
142 Seiten, 12,80 Euro
2017, ISBN 3-89900-070-2

Neuer ISP Verlag GmbH
Belfortstr. 7, D76133 Karlsruhe
Tel.: (0721) 3 11 83
neuer.isp.verlag@t-online.de
www.neuerispverlag.de



USA-DOSSIER

Achtzehn Monate nach seinem Regierungsantritt lässt Donald Trump fast keinen Tag aus, in die Schlagzeilen zu geraten. Im Wesentlichen jedoch liefert die Außenpolitik des US-Präsidenten Anlass zu (ausführlichen) Kommentaren und seine Innenpolitik – und die Reaktionen darauf – finden weniger Beachtung. Insofern widmet sich das folgende Dossier diesen Aspekten und dem Widerstand dagegen sowie der Diskussion innerhalb der US-amerikanischen Linken.

Ein Dossier mit 4 Beiträgen

Trump – im
Zweifel für das
Kapital
SEITE 47

Widerstand auf
den Straßen
SEITE 48

Aufstand der
Lehrkräfte
SEITE 50

Die Linke in
den USA – eine
(zaghafte) Neu-
formierung
SEITE 54

TRUMP – IM ZWEIFEL FÜR DAS KAPITAL

Trump kommt aus der Geschäftswelt. Die Wahlen hat er mit einer nationalistischen Kampagne gewonnen, die sich an die Verlierer des amerikanischen Traums unter der weißen Bevölkerung richtete. Allerdings kontrolliert er die Republikanische Partei nicht vollständig. Diese drei Parameter sind es, die seine Politik bedingen. **Henri Wilno**

Trump verdankt seinen Wahlsieg einem Programm voller x-beliebiger Versprechungen, deren Leitfaden der Nationalismus war. In erster Linie versprach er, die Arbeitsplätze sowohl gegen das Ausland als auch gegen die ausländischen Arbeiter*innen zu beschützen. Weitere Versprechen waren, ein Programm zum Wiederaufbau der oftmals maroden Infrastruktur (Brücken, Straßen usw.) aufzulegen und Obamacare abzuschaffen und durch ein effektiveres System zu ersetzen. Außerdem schwor er, den Washingtoner „Sumpf“ trocken zu legen, und giftete gegen die Wall Street Banker.

Seine Personalpolitik jedoch war von Beginn an so beschaffen, dass die Vertreter der Wall Street (und besonders von Goldman Sachs) überall mit von der Partie waren, zusammen mit den CEOs und den Ultrakonservativen – ganz zu schweigen von Mitgliedern von Trumps eigener Familie. Einige dieser Ernennungen waren regelrechte Provokationen, wie die (des inzwischen geschassten, AdÜ) Scott Pruitt an der Spitze der Umweltagentur: Scott Pruitt ist direkt mit der Öl- und Gasindustrie verbunden, die seine früheren Wahlkämpfe finanziert hat.

Pro Business

Das erste Dekret, das Trump nach seinem Amtsantritt unterzeichnete, zielte darauf ab, Obamacare aufzuheben, ein sehr unvollkommenes System (das nichts mit einer wirklichen sozialen Absicherung zu tun hat), das aber zumindest das Verdienst hatte, die Zahl der Amerikaner*innen ohne Krankenversicherung zu reduzieren. Aber der Gesetzes-

entwurf konnte den Kongress nicht passieren, da einige republikanische Abgeordnete dagegen stimmten (zweifellos aus Angst vor den Wähler*innen): Es war Trumps erste politische Niederlage und im Oktober 2017 kam es zu einem erneuten Anlauf mit einer geänderten Textvorlage, die Obamacare in wesentlichen Teilen rückgängig machte.

Dieses Beispiel zeigt, dass Trump zuhause auf die Unterstützung republikanischer Parlamentarier angewiesen ist, während er auf internationaler Ebene viel mehr Spielraum hat. Diese gewählten Vertreter sind nicht nur Lobbyisten, sondern zugleich Ultraliberale, die dem Dogma des ausgeglichenen Haushalts und der Ausgabenkürzung verpflichtet sind (außer wenn es sich um ihre Wahlkreise oder militärische Mittel handelt).

Insofern wird momentan nichts aus dem Programm großer staatlicher Infrastrukturmaßnahmen (trotz des Drucks der großen Baukonzerne und der Gewerkschaften dieses Sektors). Umgekehrt hatte Trump wenige Probleme, ein Budget verabschieden zu lassen, wonach die Sozialausgaben (Gesundheit, Bildung, etc.) beschnitten und die Ausgaben für Militär und innere Sicherheit erhöht wurden. Auch konnte Trump anschließend seine Steuerreform durchbekommen, wonach der Unternehmenssteuersatz von 35% auf 21% und die Steuer für Spitzenverdiener*innen gesenkt wurden.

Seit Beginn seiner Amtszeit hat der US-Präsident gegen die nach der Krise von 2008 eingeführte (unzureichende) Finanzmarktregulierung durch das Dodd-Frank-Gesetz gewettert. „Wir gehen davon aus, dass wir viel von Dodd Frank einfach streichen können. Ich kenne so viele Leute, Freunde von mir, die hatten schöne Geschäfte und sie können einfach kein Geld mehr leihen“, erklärte er. Ein im vergangenen Mai verabschiedetes Gesetz befreit kleine und mittlere Banken von der Anwendung dieser Vorschriften. Die Großbanken ihrerseits arbeiten daran, das Spekulationsverbot für eigene Rechnung aufzuheben; diese Maßnahme wird zweifellos bald verabschiedet werden. Die Beschwerdemöglichkeiten der Bürger gegen Bankenveruntreuung wurden bereits eingeschränkt.

America first!

In all diesen Bereichen bewegt sich Trump mehr oder weniger im Gefolge seiner Vorgänger, die auf unterschiedliche Weise die Interessen der Besitzenden bedienen. Andere Aspekte seines Vorgehens sind eher von seinem Populismus geprägt. Seine Klimaskepsis und seine Verbindungen zur Erdöl-/Erdgasindustrie haben ihn dazu bewogen, die Beteiligung der USA am Pariser Klimaabkommen

in Frage zu stellen. Vor allem hat er eine Abkehr von dem Freihandels-Credo vollzogen, das die aufeinander folgenden US-Präsidenten seit Jahren unermüdlich predigten (auch wenn die USA de facto protektionistische Instrumente beibehalten haben). Dies steckt hinter den Zollerhöhungen für China und die Europäische Union und die drohende Kündigung des NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen mit Mexiko und Kanada).

Worum geht es jenseits von Trumps Launen wirklich? Um eine echte protektionistische Offensive, die aber im Widerspruch zu den Interessen der großen US-Multis (wie Apple) stünde, deren Produktionskreisläufe vollständig internationalisiert sind? Ganz zu schweigen von den Industrien, die sich auf US-Boden befinden, aber von ausländischen Importen abhängig sind: Ein Arbeitgeberverband, der Unternehmen vertritt, die von importiertem Stahl abhängig sind, hat gerade eine Beschwerde beim Internationalen Handelsgericht in New York eingereicht; er hält den Abschnitt des Gesetzes von 1962, auf den Donald Trump zurückgriff, um Steuern auf Stahlimporte zu erheben, indem er sich auf ein Gebot der Verteidigung der nationalen Sicherheit beruft, für verfassungswidrig. Ist das eine Reaktion auf Chinas Aufstieg? Wird das alles in einem Handelskrieg aus dem Ruder laufen?

Noch ist der weitere Verlauf nicht absehbar. Einige meinen, dass dieser Teil der Trump-Politik (wie auch andere Maßnahmen wie das Einreiseverbot für Muslime) den Interessen des US-amerikanischen Großkapitals so zuwider läuft, dass es reagieren muss. Aber, wie Daniel Tanuro sagt¹, ist das Großkapital eine Abstraktion: Einige Unternehmen glauben, sie hätten etwas von protektionistischen Maßnahmen zu gewinnen, andere nicht; einige Unternehmen, wie Apple, zeigen ihre Ablehnung der US-Abschottungsmaßnahmen, profitieren aber erheblich von der Steuerreform. Deshalb ist es zum jetzigen Zeitpunkt nutzlos, irgendeinen Aufstand der Kapitalisten gegen die Politik von Trump zu erwarten.

¹ Siehe Interview mit Daniel Tanuro in *die internationale* 3/2018

WIDERSTAND AUF DEN STRASSEN

Zumeist zielen die Nachrichten, die seit Trumps Wahl im November 2016 aus den USA kommen, auf dessen enthemmtes reaktionäres Geschwätz. Es gibt jedoch auch andere Stimmen, die ihren Protest gegen ihn erheben. **Stan Miller**

Wir reden hier nicht von den Demokraten, die seit den Wahlen eine chauvinistische Politik betreiben und Trump beschuldigen, kein Patriot zu sein und das Land an die Russen zu verkaufen. Jüngstes Beispiel ist der Deal mit Nordkorea, wo die Demokraten Trump beschuldigten, Kim Jong Un nachgegeben zu haben und „weich“ gewesen zu sein. Diese nationalistische Position wird nicht nur von den „systemtreuen“ Demokraten vertreten (welche Demokraten wären dies nicht), sondern auch vom „linken“ Flügel, vertreten durch Bernie Sanders oder Elizabeth Warren. Passend dazu wird die Obama-Ära in Jahre des Wohlstands und der sozialen Gerechtigkeit umgedeutet, obwohl etliche der reaktionären Maßnahmen von Trump eine bloße Fortsetzung von Obamas Politik sind. Die Gewerkschaften stehen scheinbar in Opposition zu Trump (abgesehen von den Gewerkschaften im Bau- und Energiesektor, die Trump gekauft hat mit dem Versprechen, Arbeitsplätze bei der Energieversorgung mit Öl und Gas zu schaffen), aber letztlich setzen sie nur auf einen Sieg der Demokraten bei den Zwischenwahlen 2018 und später bei den Präsidentschaftswahlen 2020, auch wenn deren Programm für die Arbeiter*innen keineswegs hoffnungsvoller ausfällt. Wenn es Widerstand gegen Trumps Politik gibt, dann findet er auf der Straße statt – zwar bescheiden, aber hartnäckig und radikal.

Migrant*innen im Visier

Obwohl Trump erst seit eineinhalb Jahren Präsident ist, ist die Liste seiner Maßnahmen gegen die Einwanderung schon lang. Es fing an mit dem „muslim ban“, dem Einreiseverbot für Angehörige von sieben „moslemischen“ Staaten, denen Terrorismus vorgeworfen wird. Daneben

wurde der besondere Schutzstatus (TPS) für 317 000 Staatsangehörige von Ländern, die von Naturkatastrophen betroffen wurden (El Salvador, Honduras, Haiti) und in denen ein menschenwürdiges Dasein für die Betroffenen nicht mehr möglich war, aufgehoben, zudem wurde das Schutzprogramm für minderjährige Immigrant*innen (DACA) in die USA, die sog. Dreamer, beendet. An der Grenze zu Mexiko wurden Tausende von Nationalgardisten postiert. Die *New York Times* enthüllte, dass unter den elternlosen minderjährigen Einwanderern 1500 „verlorengegangen“ sind und ein Teil von ihnen wahrscheinlich von Kinderhändlern entführt wurde. Die Einwanderungsbehörde ICE betreibt unablässig Schikanen gegen die elf Millionen „illegalen“ Einwanderer: Jüngstes Beispiel war, dass die Kinder von ihren Eltern getrennt werden sollten, solange diese das Einwanderungsverfahren durchlaufen und in elendigen Lagern an der mexikanischen Grenze festgehalten werden.

Diese Liste umfasst nur die Maßnahmen, die auch umgesetzt wurden. Darüber hinaus gibt es die Wunschträume von Trump – etwa die Mauer an der mexikanischen Grenze. Was dabei erstaunt, ist dass diese Maßnahmen in der Tradition der Politik Obamas stehen. Das genannte Dekret zur Trennung der Kinder von ihren Eltern wurde bereits unter Obama erlassen und von Trump nur umgesetzt, bis er unter dem Druck der Proteste wieder zu der alten, bis dahin gültigen Praxis zurückkehren musste. Auch hat er bis heute noch nicht so viele Menschen ausgewiesen, wie Obama in seiner Amtszeit, der einen „Rekord“ darin aufgestellt hatte.

All diese Maßnahmen konnten jedoch nicht ohne Weiteres durchgezogen werden – sie führten zu (teils erfolgreichen) Protesten unter der Bevölkerung. Gegen den „muslim ban“ besetzten Zehntausende die Flughäfen, bis er von einem Richter in Hawaii aufgehoben und später dann in abgeänderter Form vom Obersten Gerichtshof wieder in Kraft gesetzt wurde. Örtlich gibt es ständige – und erfolgreiche – Initiativen gegen die Ausweisung einzelner Personen, wobei besonders die Kirchengemeinden aktiv sind. Die kürzlich erfolgten Blockadeaktionen gegen die Einwanderungsbehörden zeigten, wie aktiv die Bewegung ist.

Streiks der Lehrer*innen

Seit Trumps Wahlsieg ist das Lehrpersonal in sechs republikanisch dominierten Bundesstaaten (West Virginia, Kentucky, Arizona, Colorado, Oklahoma und North Carolina), in denen die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze

besonders streng sind und die Arbeitsbedingungen der Lehrer nicht tariflich geregelt werden dürfen, in Streik getreten. Die Forderungen zielten u. a. auf Lohnerhöhungen für das Lehr- und schulische Personal. Dabei muss man wissen, dass die lokal erhobenen Steuern, mit denen das Schulwesen finanziert wird, in den letzten Jahren erheblich geschrumpft sind. Die Streikenden wurden von ihren Gewerkschaften NEA und AFT unterstützt, organisierten sich jedoch überwiegend autonom und weigerten sich, zig Einzelverhandlungen mit den örtlichen Behörden zu führen. Stattdessen wandten sie sich direkt an die Bundesstaaten und zwangen deren (republikanischen oder demokratischen) Vertreter, die Forderungen zu erfüllen. Dabei genossen sie die breite Unterstützung der Bevölkerung, die – ungeachtet ihrer politischen Position – zu 70 % hinter den Streiks standen. Diese siegreichen Kämpfe – selbst in den republikanischen Bundesstaaten – zeigen, dass man auch in Trumps Zeiten gewinnen kann. (s. den nachfolgenden Artikel)

Kämpfe und mögliche Illusionen

Ein kürzlich ergangenes Urteil des Obersten Gerichtshofs wird sich auf die künftigen Kampfmaßnahmen besonders auswirken. Im öffentlichen Dienst der USA gelten bisher zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften ausgehandelte Tarifverträge automatisch für alle Beschäftigten und diese müssen wiederum Zwangsbeiträge an die jeweiligen Gewerkschaften entrichten. Das am 27. Juni gefällte Urteil hat nunmehr einem Beschäftigten (Mark Janus) zugesprochen, die tariflichen Regelungen in Anspruch nehmen zu dürfen, ohne einen Mitgliedsbeitrag entrichten zu müssen, da dies gegen den Ersten Verfassungszusatz verstößt, der das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert. Der neoliberale Thinktank Mackinac, der von der Milliardärin und Erziehungsministerin Betsy DeVos finanziert wird, hat nunmehr Tausende Lehrer*innen angemailt, um sie zum Austritt aus den Gewerkschaften zu bewegen. Dies stellt die Gewerkschaften vor eine gefährliche Klippe: Sollen sie dagegen kämpfen oder der Illusion nachgehen, dass die Demokraten diese Maßnahme vielleicht dereinst kassieren.

Auch andere Protestbewegungen, die es schon vor Trump gab, laufen weiter: Black lives matter oder die Frauenrechtsbewegung. Am Obersten Gerichtshof wird der „fortschrittliche“ Richter Kennedy in Ruhestand gehen und durch einen Favoriten von Trump ersetzt werden. Dies könnte einen Schlag gegen das Abtreibungsrecht bedeuten. Protestbewegungen, die sich bspw. dagegen

richten, dürfen keinesfalls der Illusion erliegen, dass solche Bedrohungen auf institutionellem Weg bekämpft werden können. Mögen sich die Demokraten – egal, ob sie sich als „Sozialisten bezeichnen – auch noch so sehr als Anwalt des Volkes aufführen: Wenn sie an der Macht sind, werden sie das Gegenteil tun.“

AUFSTAND DER LEHRKRÄFTE

Aus Verärgerung über die knappen Budgets und miserablen Gehälter haben die Lehrkräfte der öffentlichen Schulen in weiten Teilen des Landes gestreikt oder streiken und demonstrieren noch immer. Beginnend in West Virginia im Februar, schritt die Welle in Richtung Oklahoma und Kentucky voran und erreichte Arizona und Colorado und dann North Carolina. Und es wurden bereits beträchtliche Erfolge erzielt. **Régine Vinon**

Vorausgeschickt werden muss, dass die öffentlichen Bildungsbudgets in den USA seit der Krise von 2008 drastisch gekürzt worden sind. In einigen Bundesstaaten waren sie besonders brutal, darunter in denen, wo jetzt die Proteste stattfinden. In den USA wird das Bildungswesen von den einzelnen Staaten und Kommunen finanziert, während der Bund nur mit gezielten Subventionen, z. B. für behinderte Kinder, eingreift.

Die Gehälter der Lehrer und des gesamten Personals im Bildungswesen sowie die den Schulen zugewiesenen Budgets sind in den letzten zehn Jahren gesunken. Die öffentlichen Schulen müssen für die oberen Zehntausend bluten, die von den seit Jahren in großem Umfang praktizierten Steuersenkungen profitieren.

Daneben betreiben republikanisch dominierte Staatsregierungen mit aktiver Unterstützung der Bundesregierung eine Privatisierungspolitik des Bildungswesens. Die

Kürzungen im öffentlichen Dienst dienen nicht nur zur Abschreckung der öffentlichen Bildung, sondern auch der Finanzierung von Bildungsgutscheinen, die an Familien vergeben werden, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken wollen.

Der Zustand der öffentlichen Schulen ist ein regelrechter Indikator für die wachsende Ungleichheit in den USA: auf der einen Seite hochmoderne und gut ausgestattete Campusse in Nobelvierteln, auf der anderen Seite in vernachlässigten Regionen und Vierteln Schulen, denen es an allem mangelt, und für das Personal Gehälter, die hinten und vorne nicht reichen.

Die breit und entschlossen befolgten und zugleich populären Streiks in diesem Land sind insofern bemerkenswert, als dort das Streikrecht, besonders für die öffentlich Beschäftigten, sehr restriktiv ist.

West Virginia macht den Auftakt

Dort hat alles begonnen. Zwischen dem 22. Februar und dem 3. März hat der Lehrerstreik dort alle Schulen in sämtlichen 55 Countys des Staates lahmgelegt. Die Bewegung war unglaublich stark und gänzlich ungewöhnlich für diese Region: 30 000 Lehrer und Schulbedienstete haben sich an den Protesten beteiligt. In einem Bundesstaat, in dem Kollektivverhandlungen über die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verboten sind, haben die Lehrer beschlossen, gemeinsam in die Öffentlichkeit zu treten. Entgegen ihren Erwartungen haben sie damit Erfolg gehabt und ihr Beispiel hat seither in mehreren Bundesstaaten Schule gemacht und dort die Lehrer zur Nachahmung ermuntert.

Das Durchschnittsgehalt der Lehrer beträgt in West Virginia 34 000 Dollar pro Jahr und liegt damit weit unter dem gesamtstaatlichen Durchschnitt von 58 000 Dollar. Viele Lehrer sind daher gezwungen, einen Nebenjob anzunehmen, um über die Runden zu kommen. Ähnliches gilt für die anderen Bundesstaaten, wo nachfolgend gestreikt wurde. Und trotz dieser Hungerlöhne sollten die Beiträge zur Krankenversicherung 2019 um monatlich 300 Dollar erhöht werden.

In diesem von der Wirtschaftskrise 2008 gebeutelten Bundesstaat sind viele Menschen arm und die Kinder hängen von der Schulspeisung ab, die oft ihre einzige warme Mahlzeit am Tag darstellt. Im Vorfeld des Streiks haben die Lehrer*innen Nahrungsmittel für ihre Schüler gesammelt. Während des Streiks haben sie ein Gutscheinsystem ins Leben gerufen, mit denen die Familien Lebensmittelpakete erhalten konnten. Manche sind sogar selbst zu den

Schülern nachhause gegangen, um Lebensmittel vorbeizubringen.

Während des Streiks haben sich die Lehrer an die Eltern gewandt, um sie über die Gründe für ihren Streik aufzuklären. Anschließend haben sich zahlreiche Eltern an den Demonstrationen im Bundesstaat beteiligt und zwar so viele, dass der Gouverneur bekannt gab, dass er wundersamerweise Geld aufgetrieben habe. Er einigte sich dann mit den Gewerkschaftsführern auf eine Lohnerhöhung von 5 %, die auch für die übrigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes galt. Auch die geplanten Kürzungen bei der Kostenerstattung der Krankenversicherung sollten zurückgenommen werden. Die Streikbewegung ließ sich von diesen politischen Absichtserklärungen nicht abhalten, ihre Aktionen fortzusetzen, bis das Abkommen auch formal in Kraft getreten war.

Wie in den gesamten USA waren auch in West Virginia die Gewerkschaften im Lauf der Jahre immer schwächer geworden. Insofern konnten Basisaktivist*innen leichter in verantwortliche Positionen gelangen, darunter auch zahlreiche Streikführer von heute. Als gewählte Gewerkschaftsvertreter konnten sie etliche gewerkschaftliche Strukturen nutzen, um sich besser zu organisieren und abzustimmen, was ihnen half, die Bedenken der offiziellen Gewerkschaftsfunktionäre zu übergehen und sich unabhängig von ihnen zu organisieren.

Am Anfang wurde eine Facebookseite eingerichtet, um über organisatorische Fragen zu diskutieren. Rasch war die Zahl von 20 000 Teilnehmern erreicht. Die Ratschläge des Apparates, eine Nadelstichtaktik zu verfolgen und die Schulen in den einzelnen Countys umschichtig zu bestreiken, wurde verworfen, da die Basis nicht einverstanden war: Ein Streik muss entweder komplett sein oder er ist wirkungslos. Mit dieser entschlossenen und wohl durchdachten Vorgehensweise der Streikenden hatten die politisch Verantwortlichen und Gewerkschaftsbürokraten nicht gerechnet.

Der Erfolg der Bewegung hat mehrere Gründe: Die Organisation auf lokaler Ebene ermöglichte, dass sich alle an den täglichen Entscheidungen beteiligen konnten; die Streikführer*innen waren durchgängig einer Kontrolle von unten unterworfen; die Eltern der Schüler wurden frühzeitig einbezogen, um so eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu erzielen.

Die Ereignisse in West Virginia haben in mehreren Bundesstaaten im Zentrum und Süden der USA, die unter denselben Problemen leiden, das Fass zum Überlaufen gebracht. Das von den dortigen Lehrern gezeigte Gespür

für eine autonome Organisation hat andere Regionen zur Nachahmung angeregt und damit das Haupthindernis bei den Widerstandskämpfen beseitigt. Und Gründe für einen solchen Widerstand gibt es wahrhaft genug.

Folgen der Sparpolitik

Wie erwähnt sind viele Lehrer wegen der niedrigen Gehälter gezwungen, einen Zweit- oder gar Drittjob auszuüben. Die einen arbeiten als Chauffeur für Uber, als Immobilienmakler, als Supermarktkassierer bei Walmart oder als Pizzabote. Andere geben Kindern reicher chinesischer Familien Fernunterricht und erzielen dafür das Dreifache ihres Gehalts.

Oklahoma ist auch so ein Staat, wo der öffentliche Dienst runtergewirtschaftet wird, während der Staat alles in die Erdölförderung investiert. Die Ausgaben für die öffentlichen Schulen wurden binnen 10 Jahre um 30 % gekürzt. Die Schulen bleiben aus Kostengründen einen Tag pro Woche geschlossen. Die Lehrer greifen in die eigenen Taschen, um das ignorante Verhalten des Staates zu kompensieren, und kaufen Schulbücher und Einrichtungsgegenstände. Eine von ihnen berichtet in Médiapart, dass sie monatlich 100 Dollar für diverse Anschaffungen ausgibt, um die Unterrichtsbedingungen zu verbessern. Eine Biologielehrerin erzählt, dass sie dadurch, dass sie ihrem Mann von Illinois nach Oklahoma gefolgt ist, jährlich 40 000 Dollar weniger verdient. Dies zeigt, auf welchem erbärmlichen Niveau dort die Löhne liegen, nämlich an allerletzter Stelle unter den 50 Bundesstaaten.

In Kentucky war der Auslöser der Bewegung ein Einschnitt in die Altersvorsorge im öffentlichen Dienst, einer von vielen in diesem Sektor. Über diese Kürzungen war im Geheimen abgestimmt worden, versteckt in einem Gesetzesentwurf zu den Abwassernetzen. Seit die Republikaner ein Jahr vor Trumps Wahl diesen Bundesstaat erobert haben, versuchen sie alles niederzuwalzen, was mit der öffentlichen Daseinsvorsorge zu tun hat: drastische Gehaltskürzungen, Ausbau von Privatschulen unter Vertrag und sog. „Charter schools“, öffentlich finanzierte Vertragsschulen, die den lokalen Schulbehörden gegenüber verantwortlich sind und mindestens den Durchschnitt der Testergebnisse im jeweiligen Schuldistrikt erreichen müssen, dabei jedoch eigenverantwortlich verwaltet werden. Dazu kommen Einschnitte ins Streikrecht und die genannte Rentenreform, die bewirkt, dass nicht einmal mehr ein Inflationsausgleich stattfindet, während zugleich das Renteneintrittsalter erhöht wird.

Wie in anderen Bundesstaaten sind in Arizona die Schulklassen überfüllt, werden kaputte Schreibtische nicht ersetzt und sind die Decken einsturzgefährdet. An Stühlen mangelt es, aber nicht an Nagern, die die Schulen bevölkern. Das Unterrichtsmaterial ist veraltet und die Schulbusse sind nicht klimatisiert. Verwendete Landkarten bilden mitunter noch die Sowjetunion ab und in manchen Lehrbüchern heißt der US-Präsident noch immer George W. Bush. Seit 2010 sind die Löhne unter Berücksichtigung der Inflation um 10 % unter ihr ohnehin niedriges Ausgangsniveau gefallen und liegen nun 12 000 Dollar unter dem nationalen Durchschnitt.

Die jährlichen Bildungsausgaben des Bundesstaates liegen um über eine Milliarde Dollar unterhalb des Niveaus von 2007/08. Daneben haben die Privatisierungen ein historisches Ausmaß im Land erreicht. Die Subventionierung der Privatschulen wird unter der Ägide der nationalen Bildungsministerin, der Milliardärin Betsy DeVos vorangetrieben, die sich die Privatisierung des Bildungssystems zur Lebensaufgabe gemacht hat. Etwa 17 % der Schüler*innen in Arizona besuchen eine Privatschule und damit dreimal so viele wie im US-Durchschnitt.

Eine Folge davon ist das Wiederaufleben der Rassentrennung: Während 44 % der Studierenden im Bundesstaat Latinos sind, sind es an den Privatschulen nur 36 %. Zugleich profitieren die Superreichen von den Steuersenkungen: 74 % der Unternehmen zahlen im Jahr nur 50 Dollar oder weniger und insgesamt liegt deren prospektives Steueraufkommen in 2019 um 949 Millionen niedriger als 2007. Wie *Socialist Worker* berichtet, zahlen die Ärmsten von 100 verdienten Dollars 12,50 Dollar an Steuern und Lokalabgaben, Millionäre hingegen bloß 5,70 Dollar.

Die Proteste greifen um sich

In West Virginia konnten die Lehrer und das übrige Schulpersonal rasch eine Lohnerhöhung von 5 % durchsetzen. In Oklahoma sind die Behörden sogar schon vor dem Streik zurückgerudert: Angesichts der Wucht der Versammlungen, mit denen die Lehrer und das Schulpersonal die Streikbewegung lancierte, stellte der Gouverneur 400 Millionen Dollar bereit, um die Lehrergehälter um 6000 und die des übrigen Personals um 1250 Dollar im Jahr anzuheben. Daneben wurden 70 Millionen Dollar für das öffentliche Schulsystem freigegeben.

Trotzdem setzten die Beschäftigten ihren Streik noch zwei Wochen lang fort, ohne freilich die geforderte Erhöhung der Gehälter um 10 000 Dollar für drei Jahre für die Lehrer resp. um 5000 Dollar jährlich für das sonstige

Schulpersonal durchzusetzen. Die Gewerkschaft hatte ihnen zuvor die Unterstützung versagt, deswegen haben sie auch die Arbeit wiederaufgenommen. Nichtsdestotrotz haben sie viel erreicht.

In Colorado konnten die Lehrer mit ihren Demonstrationen die angekündigten Beitragserhöhungen für die Krankenversicherung vom Tisch wischen, wollen aber darüber hinaus aktiv bleiben. In Arizona hat allein die Streikandrohung ausgereicht, um eine Zusage über eine Lohnerhöhung von 20 % zu erwirken.

Autonome Basisorganisation

Die US-Gewerkschaften sind noch nachgiebiger und schwächer als in Frankreich. In den letzten 10 Jahren haben sie keinen Angriff gegen das Erziehungswesen abgewehrt. Also mussten diejenigen, die die Schnauze voll hatten und kämpfen wollten, sich zwangsläufig unabhängig von ihnen organisieren. Den Auftakt bot oft eine Facebook-Seite, die schnell von Tausenden von Beschäftigten in dem Sektor aufgegriffen wurde – in Kentucky bspw. waren es 36 000.

Das Beispiel Arizonas ist besonders aufschlussreich. Im Unterschied zu West Virginia und Oklahoma hat es dort noch nie einen landesweiten Lehrerstreik gegeben. Jetzt hat es eine rührige Gruppe von Basisaktivisten, die Arizona Educators United (AEU) geschafft, dass sich Zehntausende von Beschäftigten binnen weniger als zwei Monaten organisiert haben. Am Anfang stand, dass einige von ihnen sich entschlossen, dem Beispiel West Virginias zu folgen, und sie deswegen mit den dortigen Streikführern in Kontakt getreten sind, um Ratschläge über das organisatorische Vorgehen einzuholen. Inzwischen scheint es, dass die Lehrlinge ihren Meister überholt haben, indem sie die Bewegung im Eilverfahren auf die Beine gestellt und sich dabei der aktiven Bereitschaft ihrer Kollegen durch Proben aufs Exempel vergewissert haben.

Wer hinter der Bewegung stand, sollte sich – wie in West Virginia – jeden Freitag in Rot kleiden, um so seine Zugehörigkeit zu „Red for Ed“(ucation) zu demonstrieren. Anschließend gab es rote Aufkleber für Autos und Häuser. Dies mag banal klingen, trug aber nach Aussagen der Organisatoren dazu bei, die eigene Angst zu überwinden und sich weniger isoliert zu fühlen, denn wenn man sich schon im Kleinen nicht traut, wird etwas Großes erst recht nicht gelingen. Darauf folgte eine Kundgebung mit mehreren Tausend Teilnehmern vor dem Arizona State Capitol in Phoenix, dem früheren Sitz der Legislative. Die Forderungen zielten auf eine Lohnerhöhung von 20 %, einem Ausgleich der seit 2008 entgangenen Lohnsumme

von einer Milliarde Dollar und dem Einfrieren der Steuerenkungen. Am 11. April demonstrierten über 110 000 Lehrer*innen, Eltern und Schüler in ganz Arizona. Am 15. April wurden die Lehrer im ganzen Bundesstaat zur Urabstimmung über den Streik gerufen. Mehr als 57 000 beteiligten sich und 78 % stimmten für Streik. Mit diesem eindeutigen Mandat im Rücken kündigten die Organisatoren den 26. April als Streikbeginn an.

Nach Presseangaben fiel an diesem Tag der Unterricht für über 850 000 Schüler in Arizona aus. Nach Umfragen unterstützten 63 % der Bevölkerung die Bewegung, obwohl Arizona eine Hochburg des Konservatismus ist. Entscheidend war auch, dass sich die offiziellen Gewerkschaften nicht dagegen stellten, sondern ihre Unterstützung signalisierten.

Am 12. April hatte bereits der republikanische Gouverneur den Kongress aufgerufen, einer „gerechtfertigten“ Lohnerhöhung für die Lehrer von 20 %, verteilt auf die nächsten drei Jahre, und einer Erhöhung der Bildungsausgaben um 371 Millionen Dollar bis 2023 zuzustimmen. Noch zwei Tage zuvor wollte er lediglich 34 Millionen zusätzlich und eine Lohnerhöhung von 1 % gewähren. [...] Ausschlaggebend für diesen Sinneswandel waren die erwähnten Demonstrationen am Vortag.

Die Bewegung gab sich jedoch mit diesen Versprechungen nicht zufrieden, zumal nur den Lehrern und nicht dem übrigen Schulpersonal Zusagen gemacht worden waren. Zudem sollten diese Maßnahmen nicht durch neue Haushaltsmittel, sondern durch Umschichtung aus anderen Ressorts finanziert werden, was dann zu deren Lasten gegangen wäre.

Der am 26. April begonnene Streik dauerte bis zum 3. Mai. Erreicht wurde, dass eine sofortige Lohnerhöhung von 10 % und jeweils 5 % in den beiden Folgejahren im Abgeordnetenhaus beschlossen wurde. Zudem wurden zusätzliche 400 Millionen Dollar für das öffentliche Bildungswesen abgesehen sowie eine Zusage gemacht, dass nach 2020 wieder das Vorkrisenniveau im Haushalt erreicht würde.

War das erst der Auftakt?

In den USA sind im Schulwesen ganz überwiegend Frauen als Lehrkräfte beschäftigt. Insofern spielten sie bei der Bewegung auch eine herausragende Rolle. Dabei war auch ausschlaggebend, dass bei der US-weiten Anti-Trump-Bewegung die Frauenmärsche im Januar 2017 und 2018 der sichtbarste und meistbefolgte Ausdruck dieser Proteste gewesen waren. Dazu kam, dass sich viele junge Menschen

beteiligten, die durch die „Black lives matter“-Bewegung und anschließend, nach dem Amoklauf in Parkland, durch die Proteste gegen die Waffenlobby radikalisiert worden sind. [...] Seit Trumps Amtsantritt und den folgenden Regierungsmaßnahmen zum Wohle der Reichsten hat sich somit eine neue Generation im Eiltempo politisiert.

Was für diese Proteste außerdem charakteristisch ist, ist die Tatsache, dass die Lehrer keinesfalls allein standen, sondern die Unterstützung anderer Lohnabhängiger sowie der Eltern und Schüler hatten, die dadurch ebenfalls wieder Hoffnung schöpften. Ein Trucker drückte dies auf einer Demonstration so aus: „Der Kampf fängt erst an, denn wir sind eine sehr aktive Bewegung. Wie man sieht, haben die Lehrer ihre Bewegung richtig gut organisiert.“ Besonders in West Virginia streikten nicht nur die Lehrer, sondern das gesamte übrige Schulpersonal. Und gerade der Streik der Schulbusfahrer veranlasste die Schulleitungen dazu, die Schließung aller Schulen des Staates zu verfügen.

Bislang erfasste der Aufstand der Lehrer vorwiegend republikanisch regierte Bundesstaaten, wobei in Colorado beide Parteien gleich viele Ämter und Sitze innehaben und in North Carolina ein demokratischer Gouverneur mit einer republikanischen Kongressmehrheit kohabitieren muss. Außerdem sind es weitgehend ländliche Bundesstaaten mit einer ganz überwiegend weißen und stark evangelikal beeinflussten Bevölkerung. Mit anderen Worten gelten diese Staaten als Speerspitze der Reaktion und die Republikaner haben dort das Bildungssystem besonders stark beschnitten.

In den demokratisch regierten Bundesstaaten sieht es jedoch genauso aus. Dieselben Haushaltskürzungen im öffentlichen Bildungswesen mit den Folgen einer neuen Rassentrennung zwischen armen Vierteln, in denen vorwiegend Schwarze und Latinos leben, und reichen mit vorwiegend weißen Bewohnern, dieselbe Bevorzugung der Privatschulen und dieselben Lohnstopps. Zwar verdient eine Lehrerin in New York sicher besser als ihre Kollegin in Oklahoma, aber dies gleicht längst nicht die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten aus. Warum also hat sich die Bewegung nicht in die städtisch geprägten Regionen mit einem größeren Einfluss der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ausgebreitet? Eine große Rolle dabei spielt sicherlich die Gewerkschaftsbürokratie, die mit den Demokraten verhandelt ist und letztlich stets deren Abgeordnete unterstützt. Dies wird wohl die nächste Hürde sein, die es zu überwinden gilt.

Wie dem auch sei, haben die aktiven Kräfte im gesamten Land bereits heute wichtige Lehren aus den Ereignis-

sen ziehen können. Sie haben die Tradition des Streiks wiederaufleben lassen und dabei feststellen können, dass nur hundertprozentige Arbeitsniederlegungen zum Erfolg führen. Und dass Streiks nicht ersetzt werden können durch massive Protestaktionen und Großdemonstrationen, gibt es auch noch so viele „Follower“ auf Facebook. Und dass es dabei gilt, sich autonom zu organisieren und die Unterstützung anderer Lohnabhängiger einzuwerben, die genauso von den seit Jahren praktizierten Sparmaßnahmen betroffen sind.

Leicht gekürzte Übersetzung aus *l'anticapitaliste* revue Nr. 98 vom Mai/Juni 2018

DIE LINKE IN DEN USA – EINE (ZAG- HAFTE) NEU- FORMIERUNG

Der folgende Auszug entstammt einem Interview, das die französischen Genoss*innen **Henri Wilno** und **Virginia de la Siega** mit dem US-amerikanischen Historiker und Gewerkschaftsaktivisten **Dan La Botz** geführt haben.

Was hältst du von Bernie Sanders und seiner Kandidatur?

Sanders war in seiner Jugend Mitglied einer sozialistischen Studentenorganisation. Politisch steht er links der Demokratischen Partei und wurde als Unabhängiger gewählt, wobei er eng mit den Vertretern der Demokratischen Partei seines Bundesstaates Vermont und im Kongress zusam-

menarbeitet. In seiner Kampagne bei den Vorwahlen hat er sich selbst als „sozialistischen Demokraten“ bezeichnet, wobei er unter Sozialismus den „New Deal“ von Roosevelt und den Sozialstaat unter der skandinavischen Sozialdemokratie versteht. Der Parteiapparat der Demokraten hat sich jedoch erfolgreich für Hillary Clintons Kandidatur eingesetzt. Auch wenn Sanders kein Antikapitalist ist, hat er mit seiner Kampagne die Diskussion über den Sozialismus in den USA wiederbelebt.

Trumps Wahl hat erhebliche Reaktionen und Proteste hervorgerufen.

In der Tat kam es zuerst zu einer enormen Mobilisierung unter den Frauen gegen diesen unverhüllten Macho. Am 2. Januar 2017 demonstrierten zwei Millionen Frauen im ganzen Land. Für Proteste und Demonstrationen sorgten anschließend auch der „muslim ban“ und kürzlich erst die Trennung der Kinder von ihren immigrierten Eltern. Die schwerwiegendste Spaltung der Bevölkerung des Landes jedoch verläuft zwischen Weißen und Schwarzen und zweifelsfrei gibt es einen Zusammenhang zwischen polizeilicher Repression und den sozialen und ökonomischen Ungleichheiten. Dies hat 2015 zu der Gründung der „Black lives matter“-Bewegung geführt. Dazu passt der Wutausbruch von Trump über die Weigerung zahlreicher schwarzer Spieler der NFL, beim Abspielen der Nationalhymne still zu stehen. Weiterhin wären zu nennen die „Me too“-Bewegung, die jungen Menschen, die gegen die Waffenlobby protestieren, und die Umweltbewegung, die auf eine längere Tradition zurückblicken kann.

All diese Bewegungen protestieren in unterschiedlicher Weise gegen Trump und seine Politik. Aber sie sind streng genommen unorganisiert. Auch wenn vor Ort noch so aufwändige und ausgezeichnete Aktivitäten vieler engagierter Menschen und Gruppen stattfinden, fehlt es an einer Koordination und bleibt das Engagement eher sporadisch.

Wie verhalten sich die Gewerkschaften dabei?

Die US-Gewerkschaftsbewegung ist sehr schwach: Gerade mal 10 % sind organisiert und in der Privatwirtschaft sogar nur 6,4 %. Gegenüber Trump sind die Gewerkschaften gespalten, aber eine Kampftradition gibt es ohnehin nicht. Die Automobilarbeitergewerkschaft UAW stand früher weiter links, aber ihre Führung hat sich komplett nach rechts entwickelt. Zudem haben die Unternehmer die neuen Werke in die ländlich geprägten Bundesstaaten verlegt, wo gewerkschaftliche Rechte beschränkt und die

Löhne niedrig sind und wo die UAW die neuen Belegschaften nicht organisieren konnte. Trump zeigte sich gleich zu Anfang ostentativ mit Gewerkschaftern und verkündete, dass er Arbeitsplätze zurückholen und den Kohleabbau verteidigen würde.

Kämpferische Gewerkschaftsstrukturen gibt es nur sehr wenige. Eine der rühmlichen Ausnahmen ist die Dockarbeitergewerkschaft an der Westküste. Jedoch gibt es eine kleine Strömung klassenkämpferischer Gewerkschafter, die i. W. um die *Labor Notes* versammelt sind und die jährlich eine Konferenz abhalten. So wichtig das ist, bleibt es doch sehr minoritär.

Natürlich gab es auch manche Kämpfe in den letzten Jahren, etwa den der Lehrer in Chicago, bei der Telefongesellschaft Verizon, den Kampf für 15 Dollar Mindestlohn und v. a. den der Lehrer in West Virginia um höhere Löhne und Erhalt der Errungenschaften. Dabei handelte es sich um eine wirklich selbstorganisierte Bewegung, die über die gewerkschaftlichen Strukturen hinausging. Insofern war dies ein ermutigendes Beispiel, das zeigt, wie eine neue Arbeiterbewegung aufgebaut werden kann.

Und von politischer Seite?

Die Demokratische Partei ist tiefgespalten. Die Führung meint, dass linke Kandidaten nicht gewinnen können und eher die Wähler abschrecken, während die Linke argumentiert, dass nur eine solche Profilierung die vielen Wähler anziehen könne, die sonst nicht zur Wahl gehen. Bernie Sanders will sicherlich 2020 erneut kandidieren, aber seine Aussichten bei den Vorwahlen sind m. E. nicht berauschend, da der Parteiapparat auf eine vorzeigbarere und fortschrittlichere Kandidatin als Hillary Clinton setzen wird, etwa Elizabeth Warren, Kamala Harris oder Kirsten Gillibrand.

Die unabhängige Linke zählt insgesamt etwa 50 000 organisierte Kräfte, scheint aber im Aufwind. Dies gilt besonders für die DSA (Democratic Socialists of America), der ich beigetreten bin und die mittlerweile über 30 000 Mitglieder hat. Sie sieht sich in der Tradition der II. Internationale und trat mit der Zielsetzung an, die volks- und arbeiternahe Tradition der Demokratischen Partei herauszustellen. Seit der Kampagne von Sanders ist die DSA deutlich gewachsen, gerade unter den jungen Menschen. Die Mitgliedschaft ist jedoch sehr heterogen: Unter den 6000 Mitgliedern in New York sind maximal 10 % aktiv. Bedeutsam unter ihnen sind die Arbeitsgruppen, die sich bspw. mit der Wohnungsfrage beschäftigen. In New York gibt es dazu eine Gruppe von

Gewerkschaftsaktivist*innen. Die DSA gehört streng genommen nicht den Demokraten an und unterstützt nicht automatisch deren Kandidaten bei den Wahlen. Ihre Mitglieder treten jedoch bei den Vorwahlen der Demokraten an, wie etwa Alexandria Ocasio-Cortez, die diese in einem Wahlkreis von New York für sich entscheiden konnte. Klar ist, dass wir mit der Linken unter den Demokraten zusammenarbeiten können, aber nicht den linken Flügel der Partei darstellen.

Daneben gibt es die radikale Linke mit diversen, oftmals sektiererischen Gruppen. Ich vertrete den Sozialismus „von unten“, der m. E. von zwei Gruppen repräsentiert wird. Solidarity, der ich seit 1985 angehöre (Doppelmitgliedschaft ist erlaubt), und ISO (International Socialist Organisation), die stärker leninistisch orientiert ist. Wir haben 50 Jahre lang versucht, unabhängige Parteien aufzubauen. Andere haben versucht, die Demokratische Partei zu reformieren, und beide Versuche sind gescheitert. An der politischen Landschaft wird sich nichts ändern, solange es keine bedeutsamen Klassenkonfrontationen gibt. Um aber die sozialen Bewegungen und eine neue Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, sind sozialistische politische Kader unerlässlich.

■ *Übersetzung des Dossiers: MiWe*



TRUMP UND DIE NEO-LIBERALE WELTORDNUNG

In den USA ist die Zustimmung zu Trumps Politik sehr geteilt, wovon auch die Schwierigkeiten innerhalb der Regierung zeugen: In den ersten zwölf Monaten der Trump-Präsidentschaft bestand zwischen dem wirtschaftsnationalistischen und dem neoliberalen Lager innerhalb des Weißen Hauses und in der herrschenden Klasse insgesamt ein sehr gespanntes Verhältnis.

■ **Tom Bramble**

Erstere Gruppierung, die Trumps Basis während seines Wahlkampfes repräsentiert, jubelte Trump zu, als er den Austritt der USA aus dem Klimaabkommen und den Ausstieg der USA aus dem Trans-Pacific-Partnership-Abkommen (TPP) erklärte, gegen NATO-Verbündete pöbelte und ungeschminkt Sympathien für die äußerste Rechte anlässlich der Ereignisse in Charlottesville äußerte. Die Neoliberalen, die größtenteils die Trump-Präsidentschaft gefürchtet hatten, begrüßten die Aufhebung von Regulierungen für Energieunternehmen und Banken, die personelle und materielle Ausdünnung der Abteilungen für Umwelt, Arbeit und soziale Sicherheit wie auch Trumps Ernennung von Wirtschaftslobbyisten auf Posten in Regierungsbehörden. Die Freude über Trumps Steuersenkungsreform im Dezember 2017 war beiden Lagern gemeinsam.

Auch wenn das neoliberale Lager und das traditionelle politische Establishment Trumps Ausstieg aus dem TPP und einige seiner offen rassistischen Ausfälle missbilligte, so sah es doch Ende 2017 ganz so aus, als würde sich Trump zu einem „ganz normalen“ rechten republikanischen, wenn auch persönlich widerwärtigen Präsidenten entwickeln.

Im Laufe des Jahres 2018 hat sich diese Einschätzung jedoch geändert. Zur Bestürzung der Mehrheit der herrschenden Klasse Amerikas torkelte der Präsident viel stärker in Richtung eines wirtschaftlichen Nationalismus und einer Destabilisierung der Bündnisbeziehungen mit einigen

der wichtigsten internationalen Partner der USA. Im Folgenden geht es um eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Elemente dieser Verschiebung. Daran schließt sich eine Einschätzung des Widerstands der Bevölkerung gegenüber Trumps Politik an.

Trumps Wende hin zum wirtschaftlichen Nationalismus

Wenn Unbeständigkeit ein Kennzeichen von Trumps politischer Karriere war, so war seine Nähe zum Protektionismus eine der wenigen Konstanten. Im Jahr 2018 entwickelte sich der Protektionismus von einem Randphänomen zu einem zentralen Merkmal seiner Präsidentschaft. Die Verschiebung begann im Januar, als Strafzölle für Waschmaschinen und Solarmodule angekündigt wurden. Im März folgten die Ankündigungen von erhöhten Zöllen auf Stahl und Aluminium und im April Maßnahmen, die den Handel mit China ins Visier nahmen. In der Zwischenzeit hatte Trump sein Kabinett umstrukturiert und rechte, wirtschaftsnationale Falken wie Mike Pompeo, der bis dahin Chef des CIA gewesen war, zum Außenminister ernannt. John Bolton, einen notorischen neokonservativen Scharfmacher, ernannte er zum nationalen Sicherheitsberater, Robert Lighthizer, und Peter Navarro machte er zu seinen Handelsberatern sowie Gina Haspel zur CIA-Direktorin.

Im Juni zog das Weiße Haus die Schrauben weiter an. Es setzte Zölle für Stahlimporte aus Kanada, Mexiko und der Europäischen Union in Kraft, die einige Monate vorher beschlossen aber noch ausgesetzt waren. Für Japan waren sie nicht ausgesetzt worden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Verbündeten der USA versucht, mit Trump in Sachen Protektionismus Kompromisse zu erreichen. Mit der Aufhebung der Ausnahmeregelungen im Juni wurde diese Phase beendet. Die EU, Kanada und Mexiko kündigten umgehend ihrerseits erhöhte Zölle auf US-Waren an. Der Bruch zwischen den USA und den Verbündeten wurde zwei Wochen später auf dem G7-Gipfel in Kanada noch weiter verschärft, als der US-Präsident sich in Opposition zu den sechs anderen Mitgliedstaaten fand. Als der US-Präsident sich weigerte, das Schlusskommuniqué zu unterzeichnen, das die G7-Teilnehmer dazu verpflichtete, das Freihandelssystem zu verteidigen, lehnte erstmals in der 45-jährigen Geschichte der G7 ein US-Präsident es ab, ein Abschlusskommuniqué zu unterzeichnen. Damit verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den beiden Seiten noch weiter. Dass Trump die Strafzölle auf Stahl unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen rechtfertigte, war für die Verbündeten der USA ein zusätzlicher Affront.

Trumps Angriffe auf die sogenannte „regelbasierte internationale Handelsordnung“ kommen zu einem Zeitpunkt, als diese Ordnung bereits durch mehrere Faktoren unter Druck geraten war. Erstens ist da das Scheitern mehrerer WTO-Verhandlungsrunden, die das Ziel hatten, den Welthandel und die internationalen Investitionen weiter zu liberalisieren. Dies ist das Ergebnis schwerer Konflikte in den Reihen der WTO-Mitglieder infolge unterschiedlicher Eigeninteressen – sei es als Kapitalexporthure oder -importeure, als Rohstoffexporthure oder -importeure, zwischen etablierten Mitgliedern wie den USA und Deutschland und neuen Mitgliedern wie China, oder auch zwischen solchen Staaten, die die über ein Monopol in fortgeschrittenen Technologien verfügen und denjenigen, die versuchen, solche fortgeschrittene Technologien aufzubauen. Solche Spannungen sind zwar in der WTO und ihrer Vorgängerorganisation GATT nichts Besonderes. Doch als die Institution WTO immer mehr Mitglieder bekam und vielfältiger wurde, nahmen solche Spannungen weiter zu. Angesichts des Fehlens multilateraler Vereinbarungen wurden bilaterale Verträge praktisch die Norm. Das führte zu einem Mischmasch aus verwirrenden Handelsregeln, mit denen sich jetzt große Konzerne, die ins Ausland exportieren bzw. dort investieren wollen, konfrontiert sehen.

Die globale Finanzkrise von 2008, als der Welthandel über Nacht drastisch einbrach, war ein weiterer Schlag für die internationale Handelsordnung. Auch wenn auf die Schrumpfung in den Jahren danach eine Expansion folgte, ist die Blütezeit der Globalisierung eindeutig vorbei. In seiner Hochphase, der Zeit von Mitte der 1980er Jahre bis 2008, wuchs der Welthandel doppelt so schnell wie die Weltproduktion. Seitdem ist der Welthandel nur halb so stark wie die Weltproduktion gewachsen. Dies gilt nicht nur für den Handel, sondern auch für die Investitionsströme. Die ausländischen Direktinvestitionen (ADI), einer der Hauptmotoren für die Globalisierung, sind während der globalen Finanzkrise stark zurückgegangen und konnten in den zehn Jahren danach nicht mehr den Höchststand von 2007 erreichen. Internationale Lieferketten, ein weiteres Merkmal der Globalisierung, erreichten laut der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) im Jahr 2012 ihren Höhepunkt.

Trumps Entscheidung, neue multilaterale Abkommen zugunsten bilateraler Verhandlungen aufzugeben, wird das Welthandelssystem nur noch weiter unter Druck setzen. Trump und seine wirtschaftsnationalistischen Berater bevorzugen bilaterale Verhandlungen, da sie offensichtlich davon ausgehen, dass die USA ihre wirtschaftliche und militärische Stärke gegenüber ihren Konkurrenten nutzen können, um für die USA vorteilhaftere Regelungen durchzusetzen.

Trumps Hinwendung zu einer harten protektionistischen Agenda alarmiert die amerikanische herrschende Klasse, die in multilateralen Welthandelsverträgen die beste Konstellation für den US-Kapitalismus sieht. Handelskriege verursachen aus ihrer Sicht erhebliche Zusatzkosten. Trumps Zölle auf Stahlimporte zum Beispiel könnten die Profite in einigen Sektoren der Stahlindustrie ankurbeln, aber sie erhöhen die Kosten für jeden anderen Sektor des US-Kapitalismus und machen die amerikanische Industrie international weniger wettbewerbsfähig. Gleiches gilt für die Einfuhr von Teilen und Komponenten durch US-amerikanische Hersteller. Vergeltungsmaßnahmen der US-Handelspartner werden den US-Exporteuren schaden: Die Agrar-, Luftfahrt- und Automobilindustrie, die größten US-Exporteure nach China, haben bereits ihre Besorgnis über einen Handelskrieg mit China verlauten lassen.

Da die Produktion einiger Industrie- und Dienstleistungsbranchen teilweise durch Unternehmen, die sich auf internationale Lieferketten stützen, von ihrer „Heimat“-Basis losgelöst ist, haben Zölle nicht mehr die direkte Wirkung, die sie einst hatten, um einige „nationale“

Kapitalisten zu schützen und „ausländische“ Kapitalisten zu bestrafen. Unter der Schirmherrschaft der NAFTA haben beispielsweise US-amerikanische Automobilhersteller in bedeutendem Umfang Endmontagen nach Kanada und Mexiko verlagert. Auf diese Länder entfällt nun fast die Hälfte der gesamten Automobilimporte in die USA. Ebenso hat Ford einen Teil seiner Automobilproduktion nach China verlagert. Von dort wird der lokale Markt bedient und von dort aus findet auch der Export in die USA statt. Die Trump-Zölle schützen daher US-Autohersteller zum Beispiel vor den Toyota-Exporten von in Japan gefertigten Autos. Aber solche Zölle schaden auch US-Autoherstellern, indem sie deren in Kanada, Mexiko oder China gefertigten Autos beim Import auf dem amerikanischen Markt um 25 Prozent verteuern.

In dem Maß, in dem die chinesische Regierung auf die US-Zölle mit Vergeltungsmaßnahmen gegen in China operierende US-Unternehmen reagiert, werden amerikanische Blue-Chip-Unternehmen wie Apple, Walmart und Starbucks geschädigt. In China ansässige Tochtergesellschaften dieser US-Konzerne zeichnen mit ihrem innerchinesischen Absatz aktuell für sehr lukrative Erträge in der Wall Street verantwortlich.

Trumps nationales Wirtschaftsprogramm ist eindeutig eine Bedrohung für die amerikanischen Verbündeten. EU-Kapitalisten sehen sich Bedrohungen aus zwei Richtungen ausgesetzt. Einer ist die Folgewirkung von Zöllen auf ihre Exporte in den US-Markt. Das andere sind Vergeltungszölle, die von Dritten wie China auf Exporte aus den USA angekündigt werden. Von den Automobilexporten aus den USA nach China (im Gesamtwert von 11 Milliarden Dollar) entfallen Fahrzeuge im Wert von 7 Milliarden Dollar auf BMW und Daimler, gefertigt in ihren Fabriken in Alabama und Kentucky. Sie müssen jetzt mit chinesischen Zöllen auf ihre in Amerika hergestellten Autos rechnen.

Trump ist an verschiedenen Fronten gegen die US-Verbündeten in die Offensive gegangen, nicht nur in der Handelspolitik. Der Präsident hat Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür kritisiert, dass sie 2016 Hunderttausenden von Flüchtlingen die Einreise nach Deutschland ermöglichte. Er hat Deutschland als Trittbrettfahrer in der NATO bezeichnet und kritisiert regelmäßig, dass die deutsche Regierung nicht genug für ihr Militär ausgibt. Er hat Deutschland wegen seiner Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland kritisiert. Dass Merkel auf dem G7-Forum in Kanada sich mit Macron und Trudeau zusammentat, um sich gegen Trumps Politik zu stellen, wird seine Feindseligkeit gegenüber der deutschen Kanzlerin nur verstärken.

Und dann ist da der Fall von Japan, wahrscheinlich der loyalste Verbündete der USA in Asien und ein wichtiger Partner bei den Versuchen der USA, den Aufstieg Chinas zu blockieren. Der japanische Premierminister Shinzo Abe war ein unkritischer Unterstützer Trumps und hat sich im Inland als ein Mann erwiesen, der stets ein offenes Ohr für die Wünsche Trumps hatte. Aber Trump brüskiert Abe auf Schritt und Tritt: Da ist seine Weigerung, Japan von den im März angekündigten Zöllen auf Stahl auszunehmen. Hinzu kommt der Rückzug der USA aus dem TPP, einem Projekt, für das Abe sehr vehement eintritt. Und Trump scheint Japan während der Verhandlungen mit dem nordkoreanischen Präsidenten Kim Jong-un in Singapur im Juni übergangen zu haben. Der japanische Premierminister kommt zu Hause stark unter Beschuss, weil er im Zusammenhang mit seiner Beziehung zu Trump immer viel verspricht, aber wenig erreicht.

Wenn die Kunst der Politik darin besteht, die eigenen Freunde zu einen und die Feinde zu spalten, dann tut Trump offenbar das Gegenteil. Er macht sich die US-Freunde zu Feinden und ermutigt die traditionellen Gegner der USA. Die politische Klasse im Westen ist zunehmend besorgt, dass die USA unter Trump es jetzt China ermöglichen, die Uneinigkeit im westlichen Lager zu seinem Vorteil auszunutzen.

Der Iran-Deal

Trumps Entscheidung im Mai, vom Nuklearabkommen mit dem Iran Abstand zu nehmen, ist ein weiteres Zeichen der Verachtung des Präsidenten für die Sorgen der amerikanischen Verbündeten.

Die Unterzeichner des Iran-Atomabkommens von 2015 (die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland) taten dies in der Überzeugung, dass es das seinerzeit bestmöglich Abkommen war. Seitdem ist nichts passiert, was ihnen Anlass gegeben hätte, ihre Meinung zu ändern. Der Deal scheint die Entwicklung des iranischen Atomprogramms gestoppt zu haben, während die europäischen Unternehmen neue Investitionen in Iran getätigt haben: Der Handel der EU mit dem Iran stieg von 9 Milliarden Dollar im Jahr 2015 auf 25 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr. Die Rückkehr iranischen Öls auf die internationalen Märkte trug dazu bei, die Ölpreise zu begrenzen. Und jetzt hat Trump alles in die Luft gejagt.

Die interne Reaktion innerhalb der herrschenden Kreise der USA war schnell und fiel fast uneingeschränkt feindselig gegenüber Trump aus. Typisch war ein Artikel von Obamas Sicherheitsberaterin Susan Rice in der *New York Times* vom 8. Mai mit dem Titel „Trumps bisher dümmste Entscheidung“:

„Die Kosten für die globale Führung Amerikas sind happig. Wenn die Vereinigten Staaten einseitig ein internationales Abkommen aufkündigen, ohne dass es einen Bruch des Abkommens gegeben hätte, bewirken wir, dass in der internationalen Staatengemeinschaft das Vertrauen in unsere Zuverlässigkeit und unser Verantwortungsgefühl Schaden nimmt. Genau das haben wir bereits mit dem Pariser Klimaabkommen und der Transpazifischen Partnerschaft getan. Aber die Verletzung des Iran-Abkommens ist viel gefährlicher.“

Trumps Kritiker in den USA und Europa argumentieren, dass die Iran-Entscheidung einen enormen Rückschlag für die Beziehungen zwischen den beiden Seiten darstellt. Die *Financial Times*, ein angesehenes Sprachrohr für das internationale Kapital, schrieb am 10. Mai in ihrem Leitartikel:

„Präsident Donald Trumps einseitige Entscheidung, den Iran-Atom-Deal aufzuheben, ist nicht nur eine Bedrohung für den Frieden im Nahen Osten. Es stellt auch für die enge Beziehung zwischen den USA und ihren Verbündeten in Europa, die in zwei Weltkriegen sowie im kalten Krieg und in der turbulenten Folgezeit Bestand hatte, eine ernsthafte Gefahr dar.“

Trumps Ankündigung war, insbesondere für Merkel und den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die in der Woche vor Ablauf der Frist nach Washington geflogen waren, um an Trump zu appellieren, nicht aus dem Abkommen auszusteigen, ein Schlag ins Gesicht.

Trumps Entscheidung gegen das Atomabkommen ist ein Element einer viel aggressiveren US-Strategie, die einen Regimewechsel in Teheran zum Ziel hat. Solche Politik wurde jahrelang vom nationalen Sicherheitsberater John Bolton – in enger Abstimmung mit Israel und Saudi-Arabien – befürwortet. Ein solcher Plan wird voraussichtlich eskalierende Sanktionen und/oder einen militärischen Angriff beinhalten. Es spricht jedoch wenig dafür, dass die USA von einem solchen Ansatz groß profitieren könnten. Es ist unklar, wie die verschärften US-Sanktionen gegen die iranische Regierung wirken werden: Vor 2015 entfalteten breit getragene Sanktionen der Vereinten Nationen Druck auf den Iran. Jetzt aber fühlen sich China und Russland nicht verpflichtet, gemeinsam mit den USA ein erneutes Embargo mitzutragen.

Klar ist, dass eine Militäroffensive gegen den Iran für die USA eine Katastrophe wäre, die viel schlimmer ist als die von George W. Bush befohlene Invasion im Irak 2003. Bush konnte zumindest auf die Unterstützung Großbritanniens, Spaniens, Hollands und Polens zählen; eine solche Unterstützung wäre dieses Mal unwahrscheinlich. Saudi-Arabien und Israel könnten zwar scharf darauf sein, mitzumischen; so hat

schließlich Israel innerhalb von 24 Stunden nach Trumps Ankündigung des Austritts aus dem Iran-Abkommen iranische Militärstellungen in Syrien angegriffen. Aber das hätte nicht das gleiche diplomatische Gewicht wie Bushs „Koalition der Willigen“ im Jahr 2003. Außerdem ist der Iran kein Zwergstaat. Auch wenn die iranische Wirtschaft in einer Notlage steckt, bleibt sie nach der Türkei die zweitgrößte Volkswirtschaft des Nahen Ostens. Und sein Militär ist um vieles mächtiger als das des Iraks im Jahr 2003. Mit ihren Truppen vor Ort und den Verbündeten im Libanon, in Syrien, im Irak und im Jemen verfügt der Iran über viel größere Möglichkeiten, Gegenschläge gegen die USA und ihre Verbündeten durchzuführen. Der Rückzug aus dem Iran-Abkommen wird die regionalen Feindseligkeiten nur verschärfen, indem auf der einen Seite Saudi-Arabien und Israel und auf der anderen Seite in Teheran die Hardliner gestärkt werden. Auch wenn dies die Falken in Trumps Kabinett glücklich macht, die USA werden in Form einer weiteren Entfremdung wichtiger Verbündeter dafür die Zeche zahlen.

Die USA als unverzichtbare Macht

Das Problem für Amerikas traditionelle westliche US-Verbündeten ist, dass – auch wenn sie zunehmend von Trump genervt sind – die USA immer noch das sind, was Bill Clintons Außenministerin Madeleine Albright die „unverzichtbare Nation“ nannte. Auch wenn die USA im Vergleich zu ihren Rivalen schwächer als vor zwei oder drei Jahrzehnten sein mögen, sind sie immer noch die größte imperialistische Macht. Die USA haben zwei Asse im Ärmel. Da ist zuerst ihre militärische Macht, die nach wie vor die ihrer Verbündeten in den Schatten stellt. Die USA besitzen nicht nur die wichtigste Militärmacht der Welt, sondern ein Militär, das von einer einheitlichen Kommandostruktur geleitet wird. Selbst wenn man die Militärausgaben der EU-Mitgliedstaaten zusammenaddiert, sind sie bei weitem nicht so hoch wie die der USA. Die militärische Führung in den 28 EU-Mitgliedsstaaten liegt in den Händen der jeweiligen Regierungen, von denen jede ihre eigenen nationalen Interessen hat. Jede europäische Regierung ist sich darüber im Klaren, dass sie letztlich vom nuklearen Schirm der USA abhängt. Der Rückzug Großbritanniens, eines der beiden großen Militärmächte des Bündnisses, aus der EU im Jahr 2019, verstärkt zusätzlich die militärische Ohnmacht der EU. Auch Kanada ist aus Gründen seiner geografischen Lage und der relativen Größe nicht in der Lage, sich vom US-Militär, das Nordamerika kontrolliert, loszusagen. Auch Japan ist, obwohl es ein Wirtschaftsgigant ist, von

US-Stützpunkten und der US-Pazifikflotte abhängig, die einen Schutzschirm gegen eine mögliche Bedrohung aus China oder Nordkorea bieten.

Das zweite Ass im Ärmel der USA ist ihre Finanzkraft. Die meisten großen Unternehmen auf der ganzen Welt operieren in einem Geschäftsumfeld, das vom US-Dollar, der weltweit am meisten genutzten Handels- und Reservewährung, der Federal Reserve Bank, der wichtigsten Zentralbank der Welt, und der Wall Street, dem größten Finanzplatz der Welt, dominiert wird. Wie die US-Marines ist der US-Dollar für Washingtons westliche Verbündete unverzichtbar. Egal, was Trump unternimmt, um das internationale Handelssystem zu unterminieren, keine westliche Regierung hat Ambitionen, die Rolle des US-Dollars infrage zu stellen.

Es sind diese beiden Assen – militärische Macht und finanzielle Macht –, die Trump in die Lage versetzen, sich einen Dreck um die Angelegenheiten der EU und anderer Verbündeter der USA zu scheren. Das wird deutlich, wenn man die Entscheidung der USA näher betrachtet, aus dem Nuklearabkommen mit Iran auszutreten. Wenn die EU sich ihre Handelsbeziehungen mit dem Iran anschaut und sich bewusst macht, dass die EU sich auf ein Netz multilateraler Diplomatie stützt, ist sie natürlich sehr daran interessiert, den Deal mit dem Iran zu retten. Aber ihre Mitgliedsstaaten wissen, dass die meisten großen europäischen Unternehmen auf Finanzierungen angewiesen sind, die auf dem US-amerikanischen Aktienmarkt aufgebracht bzw. über US-Banken abgewickelt werden. Konfrontiert mit der Möglichkeit von US-Sanktionen müssen sie sich entscheiden: die USA oder Iran? Für die meisten liegt die Antwort auf der Hand: Die meisten europäischen Unternehmen werden in den sauren Apfel beißen und sich aus dem Handel mit dem Iran zurückziehen. Trumps Pokerspiel, das davon ausgeht, dass einseitige Maßnahmen ausreichen werden, um die Opposition der EU zu brechen, wird wahrscheinlich von Erfolg gekrönt sein. Ähnlich liegt der Fall Kanada. Zwar hat Premierminister Justin Trudeau erklärt, dass US-Zölle vollständig mit kanadischen Zöllen beantwortet werden würden. Aber die USA stellen 75 Prozent des Marktes für kanadische Exporte, Kanada aber nur 15 Prozent des Marktes für US-Importe. Das Ergebnis ist, dass Kanada in einem Handelskrieg viel anfälliger ist – auch wenn das mit Kosten für US-Kapitalisten verbunden sein wird.

Imperialistische Rivalen bekämpfen

Wenn Trumps Politik gegenüber US-Verbündeten in den Reihen der amerikanischen herrschenden Klasse Besorg-

nis erregen mag, so findet die Politik Trumps gegenüber China in der US-Bourgeoisie mehr Rückhalt. China ist im vergangenen Jahrzehnt zur existenziellen Bedrohung für den US-Imperialismus geworden. Gemessen an der Kaufkraftparität ist die Wirtschaft Chinas heute größer als die der USA. Als größter Handelspartner von mehr als 100 Nationen und zunehmend wichtiger ausländischer Investor wächst Chinas internationaler Einfluss stetig auf Kosten der USA. Die militärische Kapazität Chinas ist zwar immer noch viel schwächer als die der USA. Sie wächst aber schneller und China hat sich jetzt Außenposten im Südchinesischen Meer gesichert und ist bestrebt, den USA auf einer der wichtigsten Seerouten der Welt den Rang streitig zu machen. Die chinesische Strategie „Made in China 2025“ ist ein zentraler Bestandteil für den Übergang von einem Niedriglohn-Exportland zu einer modernen Industriemacht. Die Strategie zielt darauf ab, sich vom Import moderner Technologie unabhängig zu werden und in Hochtechnologiesektoren, insbesondere denen mit militärischer Bedeutung, weltweit führende Unternehmen aufzubauen.

Vor diesem Hintergrund versuchen die USA, China wirtschaftlich und militärisch zurückzudrängen, nachzulesen in der im Januar 2018 veröffentlichten „Nationalen Verteidigungsstrategie“ des Pentagons. Viele der im März und April von Trump angekündigten Handelsmaßnahmen sind darauf angelegt, Chinas High-Tech-Industrieentwicklung zu behindern, indem sie den Zugang zu amerikanischer Technologie beschränken, insbesondere in der Luft- und Raumfahrt, Informations- und Kommunikationstechnologie und dem hochentwickelten Maschinenbau, Feldern, in denen die USA nach wie vor gegenüber ihrem asiatischen Rivalen einen großen Vorsprung haben. Die „National Defense Strategy“ bezeichnet diese Branchen als Amerikas „nationale Sicherheitsinnovationsbasis“, die geschützt werden müsse.

Auch wenn amerikanische Unternehmen besorgt über die Auswirkungen der Zollpolitik gegenüber China sind, ist die herrschende Klasse in den USA generell abgeschlossen gegenüber Maßnahmen, die sich gegen Chinas Bemühungen richten, US-Technologien zu nutzen, um seine militärischen Kapazitäten zu erhöhen. Im militärischen Bereich scheint ein ähnliches Einverständnis bei den Zielen zu bestehen. Im vergangenen Dezember ratifizierte der US-Kongress ein Militärausgabengesetz, das Dutzende Milliarden Dollar mehr als vom Präsidenten gefordert enthielt. Die US-Militärausgaben belaufen sich demnach in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 auf insgesamt 1,4 Billionen

Dollar, ein Rekordbetrag. Nach Auffassung der Wall Street ist das Geld, das zur Verteidigung des amerikanischen Imperiums ausgegeben wird, gut angelegtes Geld.

Trumps Beziehungen zu Russland sorgen für mehr Ärger. Seine Versuche, eine herzliche Beziehung mit Präsident Wladimir Putin zu knüpfen, die engen Geschäftsbeziehungen seiner Familie zu russischen Oligarchen und seine Forderung auf dem G7-Gipfeltreffen im Juni, dass Russland wieder zu den Treffen eingeladen werden solle, haben in der herrschenden Klasse der USA Besorgnis hervorgerufen. Insgesamt verfolgt Trump jedoch eine Strategie gegenüber Russland, die durchaus im Einklang mit den Interessen der US-Elite steht. Das mag damit zusammenhängen, dass Russland vielleicht nicht so sehr als eine solche Bedrohung für die US-Hegemonie wie China wahrgenommen wird, weil seine Wirtschaft viel kleiner ist als die der USA. Allerdings verfügt Russland über das – nach dem den USA – größte Atomarsenal der Welt und über große militärische Erfahrung. Mit seinen militärischen Vorstößen in den letzten Jahren auf der Krim, in der Ukraine und in Syrien hat Russland Tatsachen geschaffen, während die internationalen Fischzüge der Amerikaner weniger ertragreich waren.

Die herrschende Klasse steht daher fest hinter Trumps Entscheidung, die Zweite US-Flotte zu reaktivieren, um die Präsenz der USA und der NATO im Atlantik zu stärken. Sie applaudierte auch seiner Ausweisung von 60 russischen Diplomaten im März nach dem Nervengasangriff in England und der Verhängung zweier weiterer Sanktionen gegen Putins Geschäftsfreunde. In dieser Hinsicht entsprechen Trumps Maßnahmen ebenso wie die Reaktion des Präsidenten auf Chinas aufsteigende Macht ganz den Erwartungen der herrschenden Klasse an eine Präsidentschaft Hillary Clintons.

Demonstrationen der US-Schwäche: Syrien und Nordkorea

Die Beispiele Syrien und Nordkorea belegen, dass die Fähigkeit der USA, dem Rest der Welt Bedingungen zu diktieren, geschwächt wurde – wenngleich sie die dominierende Weltmacht bleiben. Das ist die Folge der Debakel in Afghanistan und im Irak, der globalen Finanzkrise und des Aufstiegs Chinas.

In Syrien wurden die Grenzen der amerikanischen Macht daran deutlich, dass sie nicht in der Lage waren, gegen die Angriffe von Präsident Baschar al-Assad mit chemische Waffen so zu reagieren, wie man es von ihnen gewohnt war. Obama hatte schon angekündigt, dass solche Angriffe eine „rote Linie“ darstellten. Doch als Assad 2013 chemi-

sche Waffen einsetzte, blieb Obama in der Beobachterrolle. Obwohl Trump Obama dafür kritisierte, dass er seine „rote Linie“ nicht durchsetzte, war er nun selbst nicht zu einem entscheidenden Gegenschlag in der Lage, als Assad im April letzten Jahres einen erneuten Chemiewaffenangriff durchführen ließ. Trump befahl einen Raketenangriff auf den Flugplatz von Shayrat. Aber das war nicht viel mehr als eine Geste, die Assads militärisches Potential nicht schwächte. Als Assad zwölf Monate später in Ost-Ghouta erneut einen chemischen Angriff durchführen ließ, stand Trump vor der Alternative: Entweder härter zuschlagen oder riskieren, genau wie Obama als schwach und unentschlossen verhöhnt zu werden. Also befahl Trump einen weiteren Angriff, diesmal mit doppelt so vielen Marschflugkörpern gegen drei Ziele des Regimes, unterstützt von Großbritannien und Frankreich. Aber auch dieser Angriff hatte eine sehr begrenzte Feuerkraft. Assad rechnete damit, dass die USA nichts gegen seine militärischen Verbündeten unternehmen würden, aus Angst, einen Konflikt mit Russland einzugehen, einem für die USA ernsthaften Gegner. Assad hatte Recht: Die Bombenangriffe der USA und ihrer Verbündeten richteten sich nicht gegen russische Militäranlagen. Da durch den US-Angriff nur minimaler Schaden an seinen militärischen Anlagen verursacht wurde, konnte sich Assad gegenüber seinen Unterstützern in Damaskus rühmen, sich erneut den USA widersetzt zu haben.

Die USA mussten daher eine Niederlage in Syrien einstecken: Assad hat seine Chemiewaffen behalten, benutzt sie weiterhin und die USA können nur zusehen. Trump muss sich nun mit der Frage auseinandersetzen, was er mit den derzeit 2 000 in Syrien stationierten US-Soldaten machen will, nachdem ihr angebliches Ziel – die Zerstörung des IS – erreicht wurde. Trump scheint dahin zu tendieren, sie abzuziehen; das Pentagon, Saudi-Arabien und Israel sind alarmiert darüber, dass dem Iran freie Hand in Syrien gelassen werden könnte. Aber die Entscheidung über die Zukunft Syriens liegt ohnehin nicht in den Händen der USA: Entscheidender für das, was passiert, ist der Ausgang des Gerangels zwischen Russland, dem Iran, Israel und dem Regime in Damaskus.

Trumps Gipfeltreffen mit Kim Jong-un zeigte ebenfalls die Grenzen der US-amerikanischen Macht. Der nordkoreanische Führer zwang den US-Präsidenten dazu, ihm auf Augenhöhe zu begegnen und Nordkorea zwar nicht formal, aber faktisch als Atommacht anzuerkennen. Dieses Ergebnis schwächt die Glaubwürdigkeit der USA in Ostasien. Demokraten und die liberalen Medien in den USA überschütteten Trump mit Spott und Hohn, weil er auf dem

Gipfel von Kim ausmanövriert worden sei. Tatsache ist aber, dass der US-Präsident, in einer Situation, in der auf der koreanischen Halbinsel ein Feuersturm, möglicherweise sogar ein Krieg mit China drohte, nicht viele Optionen hatte. Die Vereinbarung von Singapur ist Ausdruck der Grenzen der Macht des US-Imperialismus nach dem Scheitern des neokonservativen Projekts der Bush-Regierung und dem gescheiterten „Fokus auf Asien“ der Obama-Regierung. Das Ergebnis von Singapur und die Sabotage des Atomabkommens mit Iran sind dazu angetan, bei den Gegnern der USA die Überzeugung zu nähren, dass der Besitz von Atomwaffen der einzige Schutz gegen US-Mobbing ist. Da sie nicht über solche Waffen verfügten, wurden die Führer des Iraks und Libyens gestürzt und hingerichtet. Der Besitz von Atomwaffen hat Kim ein überschwängliches Lob von Seiten des US-Präsidenten und eine Einladung ins Weiße Haus beschert.

Trump immer noch unbeliebt zu Hause

Über die Gesamtzeit seiner bisherigen Präsidentschaft betrachtet ist Trump der seit Jahrzehnten unpopulärste US-Präsident. Dennoch: Nach dem Tiefpunkt bei den Ratings im letzten Dezember (35 Prozent), verbesserten sich seine Werte leicht und erreichten im Juni 42 Prozent. Der Abstand der Werte für Ablehnung gegenüber Zustimmung ist im gleichen Zeitraum von 25 Prozent auf 12 Prozent zurückgegangen. Der Anstieg der Zustimmungsrates ist hauptsächlich auf die extrem starke Unterstützung bei den Republikanern zurückzuführen: Trump kommt auf 87 Prozent Zustimmung bei den Republikanern gegenüber nur 10 Prozent bei Anhängern der Demokraten.

Der Faktor, der die Wiederbelebung der republikanischen Unterstützung am besten erklärt, sind die im Dezember beschlossenen Steuersenkungen, die bei Republikanern auf starke Zustimmung stießen. Dies ist kaum verwunderlich, da doppelt so viele Republikaner wie Demokraten ihre Lohnerhöhungen als Folge der Steuersenkungen sehen. Ein weiterer Faktor, der dem Präsidenten hilft, ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf unter 4 Prozent: 84 Prozent der Republikaner sagen, dass Trump einen guten Job und Amerika wohlhabender macht gegenüber nur 19 Prozent bei den Demokraten. Der kriegerische Wirtschaftsnationalismus und Rassismus des Präsidenten, der in den Augen seiner Unterstützer „Make America Great Again“ ausmacht, kommt bei der republikanischen Basis gut an. Einige Kommentatoren sagen, dass die Umfragewerte von Trump bemerkenswert schwach sind, wenn man bedenkt, dass die US-Wirtschaft ihre zweitlängste Expansionsphase seit Be-

ginn der Aufzeichnungen durchmacht. Dies kann viel mit der Lebenswirklichkeit vieler amerikanischer Lohnabhängiger zu tun haben, die von den Vorteilen dieser wirtschaftlichen Erholung nichts spüren. Millionen von amerikanischen Lohnabhängigen sind seit 2014 aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden, womit die Erwerbsquoten sowohl für Männer als auch für Frauen gesunken sind. Viele der seit der Großen Finanzkrise von 2008 geschaffenen Arbeitsplätze waren „gewerkschaftsfreie“ Niedriglohn-Arbeitsplätze und zwar vornehmlich im Dienstleistungssektor, beispielsweise in Großmärkten, Call-Centern usw. Einkommen für Arbeiter*innen sind generell niedrig. Solche Faktoren erklären, warum Trump unter den Anhängern der Demokraten nicht landen kann und warum seine Zustimmungsrates immer noch bei deutlich unter 50 Prozent liegt.

In der republikanischen Partei jedoch hat Trump die Lufthoheit. Seine Basis ist fanatisch loyal und der Präsident hat damit die Partei nach seinen Vorstellungen umgestaltet. Erklärte Gegner wurden ausgegrenzt oder vertrieben. Die traditionelle Führung der Partei, die Trump während der Vorrundenwahlkämpfe 2016 feindlich gesonnen war, muss sich nun ständig auf die Zunge beißen, aus Angst, dass Trumps Basis sich gegen sie wendet und sie aus der Partei drängt. Die Mueller-Untersuchung und die Reihe von Skandalen bezüglich des Privatlebens des Präsidenten und seiner Familie sind mögliche künftige Probleme für Trump. Vorläufig haben sie das Ansehen des Präsidenten in den Augen seiner Basis, die in solchen Vorwürfen nur den Versuch sehen, ihren Helden mit Dreck zu bewerfen, nicht beeinträchtigt.

Die Zwischenwahlen im November werden ein Test dafür sein, in welchem Maße es der loyalen Basis des Präsidenten gelingt, die Unterstützung für Trump durch die republikanische Partei im Kongress weiter zu gewährleisten. Wenn die Partei die Kontrolle über den Kongress verliert, wird das Trumps Spielraum einschränken. Ungeachtet dessen markiert die Trump-Präsidentschaft eine tiefgreifende Veränderung in der politischen Szene der USA. Diese Veränderung ergibt sich aus der stetigen Erosion des neoliberalen Modells, das in den vorangegangenen drei Jahrzehnten uneingeschränkt dominiert hat. Es gibt kein Zurück zum alten Status quo.

Inländische Opposition und die Anziehungskraft der Demokraten

Die Herangehensweise der Demokraten bestand darin, aufbauend auf der Unbeliebtheit Trumps und den Ermittlungen der Mueller-Untersuchung zu versuchen, wieder ins

Amt zurückzukehren. Sie sind nach einem kurzen Flirt mit dem Widerstand auf der Straße in den ersten paar Amtswochen des Präsidenten ziemlich nach rechts gerückt. Sie gehen davon aus, dass sie die Linke in der Tasche haben und sich deshalb um die Rechte bemühen müssen. Soweit es um die Offensive gegen China und die Erhöhung des Rüstungshaushalts geht, teilen sie im Großen und Ganzen Trumps Agenda und greifen den Präsidenten nur dafür an, dass er nicht aggressiv genug gegenüber Russland und Nordkorea auftritt. Sie kritisieren die Versuche des Präsidenten, Obamacare aufzuheben, werden jedoch kein Single-Payer-System [einheitliche staatlich finanzierte Basis-Gesundheitsversorgung] unterstützen und reden nicht einmal davon, Trumps Steuersenkungen aufzuheben. Im Prinzip gibt es bei vielen wichtigen politischen Fragen wenig, das Trump und die Demokraten trennt. Bernie Sanders, obwohl immer noch der beliebteste Politiker in den USA, hat sich seit seiner Niederlage bei den Vorwahlen gegen Clinton nach rechts entwickelt. Viele seiner Anhänger wurden aus wichtigen Positionen in der Partei entfernt. Es ist unwahrscheinlich, dass falls Sanders im Jahr 2020 erneut sich um die Nominierung durch die Demokraten bemüht, es ihm gelingen wird, erneut eine Begeisterung wie 2016 zu entfachen.

Wenn sich die Demokraten nach rechts entwickelt haben, so gilt das nicht für die öffentliche Meinung in den USA. Umfragen zeigen regelmäßig Opposition nicht nur gegen Trump, sondern auch gegen den Kapitalismus. Insbesondere unter jungen Menschen gibt es Sympathie für den Sozialismus – natürlich in Maßen. Sozialismus bedeutet für die meisten Amerikaner so etwas wie ein skandinavischer Wohlfahrtsstaat, freie Bildung, eine staatlich organisierte und garantierte Gesundheitsfürsorge usw.

Die wichtigere Grenze für einen Schwenk nach links besteht darin, dass es außer bei den Demokraten, die in der Vergangenheit immer wieder ihre Fähigkeit bewiesen haben, radikalisierte junge Menschen zu absorbieren, keine bedeutenden organisatorischen Strukturen gibt. Die Kampagnen, die in den letzten Jahren entstanden sind – Black Lives Matter, #MeToo, die Anti-Gun-Kampagne – haben nicht lange genug gedauert und waren nicht groß und tief genug, um eine radikale linke Strömung in ihren Reihen wie die Vietnam-Kampagne in den 60er Jahren hervorzubringen. Und die radikale Linke in den USA ist viel zu klein, um als Alternative für die große Masse unzufriedener und sich radikalisierender junger Amerikaner*innen angesehen zu werden.

So wie es im Moment aussieht, werden die sozialen Bewegungen in Ermangelung einer radikalen Strömung

größeren Ausmaßes sehr anfällig für eine Wahlkampagne der Demokraten, die ihren Parteiapparat als die Alternative zu Trump verkaufen. Der Frauen-Marsch im Januar dieses Jahres war viel größer als von vielen erwartet, aber auch viel enger mit den Demokraten verbunden als 2017. Auch die Gewerkschaften, mit dem Rücken zur Wand, haben keine Perspektive auf große betriebliche Kämpfe und schauen deshalb in Richtung Demokraten. Die meisten großen afroamerikanischen Organisationen haben ohnehin enge Verbindungen zu den Demokraten.

In diesem Jahr war der wichtigste Lichtblick der Streik von Lehrer*innen in einer Reihe von republikanisch dominierten Staaten: Es war der größte Ausbruch gewerkschaftlicher Aktivitäten seit Jahren. Diese Streiks zeichneten sich durch einen ungewöhnlich hohen Grad lokaler Organisation aus – und das in Bundesstaaten, in denen gewerkschaftsfeindliche Gesetze für „Recht auf Arbeit“ in Kraft sind, wo der offizielle Gewerkschaftsapparat extrem schwach ist und nationale Gewerkschaften praktisch unsichtbar sind. Das Fehlen eines großen Gewerkschaftsapparats gab den Aktivist*innen an der Basis die Möglichkeit, Initiativen zu ergreifen, in der Regel über soziale Medien und ihre eigenen Arbeitsplätze, ohne sofort durch den höheren Gewerkschaftsapparat in ihren Aktivitäten abgewürgt zu werden. Wenn die Streiks der Lehrer*innen jedoch einen größeren Einfluss auf die US-Politik haben sollen, müssen sie in die größeren Staaten eindringen, in denen lokale Aktivist*innen stärkerem Druck von Seiten von Demokraten ausgesetzt sein werden, die natürlich nicht wollen, dass in einem Wahljahr das Boot gerockt wird. Selbst in West Virginia und Arizona wurden die besten Aktivist*innen mit Slogans wie „Wir sprechen uns im November“ für die Demokratische Partei geworben. Das zeigt, dass die Linke in der Arbeiter*innenbewegung immer noch vor der Herausforderung steht, sich aus den Würgegriff von Amerikas zweitbesten kapitalistischer Partei zu befreien.

■ **Tom Bramble** ist emeritierter Politik- und Wirtschaftswissenschaftler in Australien und schreibt regelmäßig für die Zeitschrift *Red Flag* und das Magazin *Marxist Left Review*, beide herausgegeben von der Socialist Alternative (SA), sympathisierende Organisation der IV. Internationale in Australien.

■ Übersetzung: Paul Michel

Sommer 1938: André Breton und Leo Trotzki treffen sich in Mexiko

Michael Löwy

Im Sommer 1938 haben sich der Adler und der Löwe in Mexiko getroffen, zu Füßen der Vulkane Popocatepetl und Iztaccíhuatl. Das war eine überraschende Begegnung von Persönlichkeiten, die scheinbar genau das Gegenteil voneinander waren: Der eine war ein revolutionärer Erbe der Aufklärung, der andere saß auf dem Schweif des Kometen der Romantik; der eine war Gründer der Roten Armee, der andere Initiator des surrealistischen Abenteurers. Ihre Beziehung war ausgesprochen ungleich: Breton brachte dem Revolutionär des Oktober [1917] enorme Bewunderung entgegen, während Trotzki zwar Respekt für den Mut und den Scharfsinn des Poeten aufbrachte, doch einige Schwierigkeiten hatte, den Surrealismus zu begreifen. Ganz zu schweigen von seinem literarischen Geschmack, der ihn eher zu den realistischen Klassikern des 19. Jahrhunderts hinzog.

Und trotzdem ist der Funke übergesprungen, der Russe und der Franzose haben eine gemeinsame Sprache gefunden: Internationalismus, Revolution. Auf diesem Treffen hat es dadurch, dass sich zweierlei vulkanische Steine aneinander gerieben haben, einen Funken gegeben, der noch heute Strahlkraft besitzt: das „Manifest für eine unabhängige revolutionäre Kunst“. Es ist ein libertäres kommunistisches, ein antifaschistisches und dem Stalinismus gegenüber allergisches Manifest. Darin wird proklamiert, die Kunst habe eine Neigung in Richtung Revolution und sie müsse unbedingt von den Staaten und den politischen Apparaten unabhängig sein.

Ein erstaunlich aktuelles Manifest

Die Idee für solch ein Dokument ist von Leo Trotzki gekommen, André Breton hat umgehend zugestimmt. Es wurde nach langen Gesprächen, Diskussionen und zweifellos auch manchen Meinungsverschiedenheiten vierhändig geschrieben; darunter wurden dann die Namen von André Breton und Diego Rivera gesetzt, dem großen mexikanischen Wandmaler, zu dieser Zeit ein glühender Anhänger von Trotzki (sie sollten sich kurz darauf überwerfen). Diese kleine harmlose Lüge ging auf die Überzeugung des alten Bolschewiken zurück, ein Manifest zur Kunst dürfe einzig von Künstlern unterzeichnet werden. Dieser Text hat eine starke libertäre Tonalität, vor allem in

der von Trotzki vorgeschlagenen Formulierung, in einer revolutionären Gesellschaft müsse es „von Anfang an für das intellektuelle Schaffen ein anarchistisches Regime“ geben, das auf unbeschränkter Freiheit beruht.

Das Manifest hat 80 Jahre danach eine erstaunliche Aktualität behalten, auch wenn es bestimmte Grenzen hat, die auf die historischen Umstände zurückgehen, unter denen es verfasst worden ist. Beispielsweise prangern die Autoren die Fesseln, die vor allem (aber nicht nur) die totalitären Staaten den Künstler*innen aufzwingen, scharf an. Eigenartigerweise fehlt aber eine Erörterung und eine Kritik der Fesseln, die auf den kapitalistischen Markt und den Warenfetischismus zurückgehen ...

Internationale Föderation für unabhängige revolutionäre Kunst

Das Manifest schloss mit einem Aufruf zur Bildung einer breiten Bewegung, die alle zusammenbringen sollte, die sich in dem allgemeinen Geist des Dokuments wiederfanden. So wurde die „Fédération internationale de l'art révolutionnaire indépendant“ (FIARI) gegründet, der es gelang, nicht nur die Anhänger*innen von Trotzki und die Freund*innen von Breton zu sammeln, sondern auch Anarchist*innen und unabhängige Schriftsteller*innen und Künstler*innen. (...) Der FIARI gehörten u. a. Gaston Bachelard, André Breton, Jean Giono, Michel Leiris, Léo Malet, Benjamin Péret, Diego Rivera und Leo Trotzki an.

Diese Namen vermitteln eine Vorstellung von der Fähigkeit der FIARI, recht unterschiedliche politische, kulturelle und künstlerische Persönlichkeiten zusammenzubringen. Es erschienen gerade mal zwei Ausgaben ihrer Zeitschrift *Clé*: Nr. 1 im Januar und Nr. 2 im Februar 1939. Die FIARI war ein schönes, aber kurzlebiges „marxistisch-libertäres“ Experiment – im September 1939 hat ihr der Zweite Weltkrieg de facto ein Ende gesetzt ...

■ Aus dem Französischen übersetzt und bearbeitet von Wilfried Dubois

Gekürzte Fassung, ungekürzt: http://intersoz.org/loewy_trotzki-und-breton-treffen-sich-in-mexiko/